

Entwicklungsraum Billstedt – Horn
Kommunales Handlungskonzept Bildung und lebensbegleitendes Lernen

Dokumentation der Fachgespräche im Billenetz



Entwicklungsraum Billstedt – Horn

Kommunales Handlungskonzept Bildung und lebensbegleitendes Lernen

Dokumentation der Fachgespräche im Billenetz

Redaktion:

Susanne Hüttenhain, Bettina Rosenbusch, Rüdiger Winter

Im Auftrag des Bezirksamtes Hamburg-Mitte

Hamburg, September 2008

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Händen halten Sie die druckfrische Dokumentation der Fachtagungen zur Erarbeitung eines Handlungskonzepts „Bildung und lebensbegleitendes Lernen“ für die Region Billstedt/Horn.

Der „Entwicklungsraum Billstedt/Horn“ ist das zur Zeit größte Stadtteilentwicklungsprojekt Deutschlands. Dabei geht Stadtteilentwicklung schon lange über die reine Finanzierung von Baumaßnahmen hinaus. Einer der wichtigsten Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung ist heute Bildung und Lernen.

Bildung und lebensbegleitendes Lernen ist eine der Basisqualifikationen in unserer globalisierten Wissens- und Informationsgesellschaft.

Bildung befähigt Möglichkeiten zu erkennen, für sich zu bewerten und Entscheidungen zu treffen. Bildung macht lebensstüchtig, schafft die Grundlage für die Sicherung des Lebensunterhaltes und der gesellschaftlichen Teilhabe und schafft damit letztlich Lebenssinn.

Bildung und Lernen - diese Begriffe wurden in der Vergangenheit fast ausschließlich mit dem schulischen Lernen verknüpft. Doch Lernen ist viel mehr. Es beginnt bereits mit der Geburt. Egal ob krabbeln, laufen, sprechen, das Interagieren mit der Umwelt, soziale und kulturelle Kompetenzen - alles muss erlernt werden. Und so wie ein stabiles Haus nur auf einem soliden Fundament entstehen kann, ist dieses erste frühkindliche Lernen die Basis und jede neu erlernte Fähigkeit bietet die Grundlage für den nächsten Lernfortschritt. Ein nicht ausreichender Spracherwerb z.B. verschließt viele Türen. Genau so wie fehlende soziale Kompetenz. Eins baut auf dem anderen auf. Dieser ganzheitliche Ansatz rückt immer mehr ins Bewusstsein.

Es gibt bereits jetzt viele sehr gute Bildungsangebote. Aber zu oft haben in der Vergangenheit die schulischen und die nicht-schulischen Bildungsträger getrennt von einander agiert. Längst überfällig ist deshalb eine generelle Bestandsaufnahme und die Formulierung von Handlungsempfehlungen, wie sie nun durch die Erarbeitung des Handlungskonzepts erfolgen - das heißt, wer deckt welche Bereiche be-

reits ab, wo gibt es Schnittstellen, wo noch Lücken und vor allen Dingen müssen unbedingt Vernetzungen dieser Angebote erfolgen.

Die dadurch gewonnene Transparenz schafft zudem die Voraussetzungen für eine optimale Beratung bei der Wahl der passenden Angebote.

Über 300 lokale Expertinnen und Experten und 31 Referenten haben sich auf Einladung des Billenetzes im Zeitraum von September 2007 bis Juni 2008 an den insgesamt 12 Fachtagungen beteiligt. Ihnen allen gebührt Dank für dieses großartige Engagement.

Ganz besonders herzlich möchte ich mich beim Billenetz bedanken, das im Rahmen des Projektes alle Akteure zusammengeführt hat und mit der Erarbeitung neuer Handlungsansätze die Grundlage für eine nachhaltige Veränderung der Bildungslandschaft im Hamburger Osten geschaffen hat.

Mr. Hans Schreiber

Markus Schreiber
Bezirksamtsleiter



Impressum



Herausgeber: Arbeit und Leben Hamburg e. V. / Billenetz
Billstedter Hauptstraße 97, 22117 Hamburg
Tel. 040 2190 2194
Fax 049 2104 0693
www.billenetz.de

Verantwortlich: Rüdiger Winter
Fotos: Marily Stroux
Layout: Carsten Rabe
Druck: Idee, Satz und Druck GmbH, www.idee-satz-druck.de
Auflage: 500
Erscheinungsdatum: September 2008

Das Billenetz ist ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V., gefördert durch:



Inhaltsverzeichnis

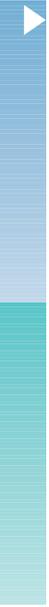
■	Grußwort	03
■	Vorwort	07
■	ReferentInnen	09
■	Frühkindliche Bildung	11
■	Übergang Kita – Grundschule	19
■	Leseförderung	25
■	Elternarbeit	29
■	Familienbildung	35
■	Übergang Schule – Berufs- ausbildung	41
■	Sprachförderung und Integration	47
■	Interkulturelle Bildung	53
■	Kulturelle Bildung	61
■	Gesundheitsbildung	69
■	Allgemeine und politische Weiterbildung	77
■	Seniorenbildung	83
■	Bildung für Menschen mit geistigen Behinderungen	89
■	TeilnehmerInnen der Fachgespräche	94



Zu den Bildern

Die Fotos in unserer Broschüre zeigen BewohnerInnen aus den Stadtteilen Billstedt, Horn und Mümmelmannsberg, die unsere Frage: Was möchten Sie in Ihrem Leben unbedingt noch lernen? mit ihren Wünschen und Erwartungen beantwortet haben.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei der Fotografin Marily Stroux für diese Aufnahmen.



Vorwort

Das Billenetz legt mit dieser Dokumentation wichtige Bausteine für ein kommunales Handlungskonzept Bildung und lebensbegleitendes Lernen in den Stadtteilen Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg vor.

Im März 2007 entschied das Bezirksamt Hamburg-Mitte, den Bildungsbereich im Entwicklungsraum Billstedt/Horn in einem besonderen Verfahren zu bearbeiten und hierfür die kommunale Zusammenarbeit mit dem Billenetz zu vertiefen. Den Rahmen bildete das Bundesprogramm Lernende Regionen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Verantwortung für die Umsetzung lag beim Jugendamt (Region 2).

Das Billenetz organisierte im Auftrag des Bezirksamtes in der Zeit vom September 2007 bis Juni 2008 eine Reihe von zwölf Fachgesprächen, auf denen mit regionalen Expertinnen und Experten wesentliche Bereiche des lebensbegleitenden Lernens – von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung – erörtert wurden. Dabei legten wir den Schwerpunkt auf Handlungsfelder, die der kommunalen Gestaltung auf bezirklicher Ebene offen stehen. Ausgespart wurden die Bereiche Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung sowie der Hochschulsektor. Da auf dem Gebiet des allgemeinbildenden Schulwesens nach den letzten Bürgerschaftswahlen im Februar 2008 ohnehin umfassende Strukturreformen anstehen, verzichteten wir in dieser Phase auch darauf, ein besonderes Fachgespräch zu „Profilbildung und Qualitätsentwicklung der Schulen“ durchzuführen. Die Diskussion hierüber bleibt den weiteren Beteiligungsprozessen im Zuge der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften vorbehalten.

Mit unseren Fachgesprächen knüpften wir an Vorarbeiten an, die bereits von der AG Bildung der Zukunftskonferenz Billstedt / Horn in der Zeit Oktober 2006 bis März 2007 geleistet wurden. Einen besonderen Akzent legten wir auf die Übergänge – von der Kindertagesbetreuung in die Grundschule sowie von der Schule in das Berufsleben – und auf die Elternarbeit, die sich über verschiedene Handlungsfelder hinweg als zentrales Querschnittsthema herausstellte.

An den Fachgesprächen des Billenetzes beteiligten sich insgesamt 324 Expertinnen und Experten aus den Einrichtungen der Region und von Institutionen der Landesebene. 31 Referentinnen und Referenten brachten in inhaltlichen Beiträgen ihre Expertise ein und bereicherten damit die Fachdiskussion. Ihnen allen gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank. Die große Beteiligung und das hohe Engagement der Akteure kennzeichnen nicht nur den Stellenwert, den das Thema Bildung im Entwicklungsraum genießt. Sie unterstreichen auch die große Bereitschaft der Partner des Billenetzes, den Prozess zur Entwicklung lokaler Bildungslandschaften aktiv mit zu gestalten. Hiermit ist ein entscheidendes Fundament für unsere weitere Arbeit gegeben.

Im Verlauf unserer Fachgespräche wurde immer wieder deutlich, dass es in der Region auf dem Bildungssektor bereits zahlreiche wertvolle Initiativen und Projekte gibt. Oft kommt es deshalb nicht unbedingt darauf an, etwas Neues zu erfinden, sondern die vorhandenen Potenziale systematischer miteinander zu verbinden und im Rahmen einer Gesamtstrategie effektiver zu nutzen. An vielen Stellen fehlt es allerdings noch an den notwendigen Ressourcen, um den Austausch untereinander zu vertiefen, die Zusammenarbeit zu pflegen und Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen. Andererseits besteht unter den Akteuren auch eine hohe Bereitschaft, die Diskussionen und Konzeptentwicklungen zu den Handlungsfeldern in den Arbeitskreisen des Billenetzes kontinuierlich fortzuführen und zielorientiert umzusetzen.

Zahlreiche neue Projektideen haben während des laufenden Prozesses bereits Eingang in den Entwurf des regionalen Entwicklungskonzeptes Billstedt/Horn gefunden.

Mit unserer Dokumentation legen wir nun die Positionspapiere und Handlungsempfehlungen vor, die die Grundlage unserer Fachgespräche im Billenetz bildeten und die von den Beteiligten abgestimmt wurden. Außerdem haben wir wichtige Ergebnisse aus den Diskussionen zusammengefasst. Nachträglich aufgenommen haben wir ein Positionspapier von Maren Röse, Das Rauhe Haus, zur Bildung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Zu diesem Thema wurde kein



Fachgespräch durchgeführt. Die vollständigen Protokolle sind auf unserer Webseite www.billenetz.de nachzulesen.

Wir sehen darin bedeutende Zwischenergebnisse, die zur Anregung der weiteren Diskussion dienen sollen und wichtige Bausteine für ein kommunales Handlungskonzept Bildung und lebensbegleitendes Lernen bilden können. Der Prozess ist damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Alle Interessierten bleiben aufgefordert, ihre Stellungnahmen hierzu abzugeben und sich am weiteren Gestaltungsprozess zu beteiligen. Dabei müssen neben den Expertinnen und Experten auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile stärker einbezogen werden.

Die Handlungsempfehlungen und Diskussionsergebnisse orientieren sich an dem, was die beteiligten Akteure für notwendig erachten. Es bleibt Aufgabe von Politik und Verwaltung, den weiteren Beteiligungsprozess zu organisieren, über die Umsetzung der Empfehlungen zu entscheiden und diese zu einem kommunalen Handlungskonzept zu verdichten. Bei der Gestaltung der lokalen Bildungslandschaft im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung können sie auf erheblichem Potenzial und Engagement in der Region aufbauen.

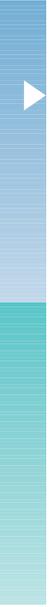
Wenn es darum geht, kommunale Entwicklungsstrategien mit der Förderung des lebensbegleitenden Lernen zu verbinden, wird das Billenetz auch weiterhin den Rahmen für die Fachdiskussion gestalten und die Zusammenarbeit der Akteure mit den Zielen fördern, die Bildungschancen der Menschen in der Region zu verbessern und damit die Bildung als Standortfaktor zu stärken.

Wir danken dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, das die Durchführung der Fachgespräche ermöglicht hat, wir danken Susanne Hüttenhain für die sorgfältige Ausarbeitung der Diskussionspapiere und für die Moderation der Fachgespräche sowie Dr. Martin Pauli für die Protokollführung.

Rüdiger Winter
Billenetz Projektleitung

Wir bedanken uns bei allen ReferentInnen und Beteiligten für ihre fachlichen Beiträge und für Ihr Engagement

- Maha Al-Asiri, basis und woge e.V.
 - Elke Andresen, GS Horn
 - Dr. Hannelore Bastian, VHS Hamburg
 - Ingo Benze, Das Rauhe Haus
 - Heidi Böhm, Bewohnerin
 - Nina Bürstenbinder, Elternschule Horner Geest
 - Maria Engst, basis und woge e.V.
 - Dirk Erdmann, Grundschule Rahewinkel
 - Ute Grütter, Jugendmigrationsdienst der AWO
 - Regine Hartung, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
 - Ingrid Heldmann, IHR Hermannstal
 - Dörte Inselmann, Kulturpalast im Wasserwerk e.V.
 - Mariam Jaqubi, Jugendmigrationsdienst der AWO
 - Ulrich Kluge, Seniorenbüro Hamburg
 - Katrin Koldewey, Das Rauhe Haus, KiFaZ Dringsheide
 - Tina Lakemeier, AWO Integrationszentrum Billstedt
 - Barbara Löptien, Evangelische Familienbildungsstätte Horn
 - Susanne Märtens, Bücherhalle Horn
 - Raimund Menzel, Das Rauhe Haus, KiFaZ Dringsheide
 - Aktive Mütter aus der Elternschule Horner Geest
 - Karin Naeve, AWO Seniorentreff Billstedt
 - Katja Röschmann, Das Rauhe Haus
 - Maren Röse, Das Rauhe Haus
 - Jenni Runge, Spielhaus Horner Landstraße
 - Regina Schlage, Internationaler Bund
 - Randi Spitzer, Bezirksamt Hamburg-Mitte
 - Norbert Steffen, Gesamtschule Mümmelmannsberg
 - Dr. Christine Tuschinsky, verikom
 - Ines Weding, Das Rauhe Haus
 - Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg/Billenetz
 - Klaudia Wöhlk, Kita Bauerberg
 - Irmgard Wolff, Landesseniorenbeirat Hamburg
-
- Erstellung der Diskussionspapiere, Vorbereitung und Moderation der Fachgespräche: Susanne Hüttenhain
 - Vorbereitung und Begleitung der Fachgespräche: Bettina Rosenbusch
 - Protokolle der Fachgespräche: Dr. Martin Pauli



Frühkindliche Bildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 19. Juni 2008 im Spielhaus Speckenreye

Ausgangslage

„Der Grundstein für die lebenslange Bildung und Entwicklung eines jeden Menschen [wird] in der frühen Kindheit gelegt (...). Bildung beginnt mit der Geburt.“¹

„Bildung ... ist der Prozess der aktiven Auseinandersetzung mit sich und der natürlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Umwelt. Er vollzieht sich unter Beteiligung aller Sinne, in dem sich das Kind ein Bild von der Welt und zugleich von sich selbst macht. Dabei werden nicht nur Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, sondern auch Einstellungen, Verhaltensweisen und Persönlichkeitseigenschaften ausgebildet und verändert.“²

„Je früher Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft an Bildung teilhaben können, desto mehr Chancengerechtigkeit wird es geben in diesem Land.“³

Das Thema frühkindliche Bildung hat in den letzten Jahren eine bedeutende Aufwertung in der Öffentlichkeit sowie der Fachwelt erfahren. Auslöser dafür waren nicht zuletzt die Erkenntnisse der PISA-Studien, die Defizite im deutschen Bildungssystem aufgezeigt haben und für Deutschland eine sehr enge Kopplung zwischen sozioökonomischer und soziokultureller Herkunft und den individuellen Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen belegen. Bildungsbenachteiligt sind insbesondere Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund.

Parallel dazu haben pädagogische, entwicklungspsychologische und neurowissenschaftliche Untersuchungen auf die hohen Lernpotenziale von Kindern in ihren frühen Lebensjahren verwiesen, die in der Vergangenheit oft nicht in ausreichendem Maße gefördert wurden.

Die Familie hat dabei unabhängig von ihrer Struktur (Ein- oder Zweielternfamilie, Stieffamilien etc.) den größten Einfluss auf die Bildungs- und Entwicklungsprozesse der Kinder.⁴ Die Notwendigkeit von gut konzipierter, umfangreicher und qualitativ hochwertiger Elternarbeit wird dadurch eindrücklich unterstrichen.

Gleichzeitig zeigen Studien übereinstimmend, dass die Entwicklung der Kinder durch eine möglichst früh

beginnende vorschulische Förderung in Institutionen sehr positiv beeinflusst wird: „Bildungsprozesse beginnen früh und bauen im Entwicklungsverlauf aufeinander auf. Die Vernachlässigung früher Bildung verschärft Chancenungleichheit, denn benachteiligte Kinder profitieren in besonderem Maße von frühen Bildungsangeboten. Der Zugang zu den Institutionen früher Bildung muss daher allen Kindern in ausreichendem Maße gewährt werden und die strukturellen Rahmenbedingungen müssen eine altersgemäße Förderung sicherstellen.“⁵

Ein umfangreicher Bericht der OECD aus dem Jahr 2004, der „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ untersucht, hebt zwar viele Stärken im deutschen System frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung hervor, bemängelt aber gleichzeitig, dass viel zu wenige Kinder – gerade aus armen Familien – von den Angeboten erreicht werden.⁶ Zudem empfiehlt der OECD-Bericht dringend die Aufstockung der staatlichen Finanzierung von derzeit 0,42 Prozent des BIP auf mindestens 1 Prozent. Dieses Geld solle der Entwicklung der Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren zugute kommen, das niedrige Ausbildungs- und Bezahlungsniveau der Beschäftigten anheben sowie zur Unabhängigkeit von Elternbeiträgen führen. Bei letzterem Punkt verweist die OECD zudem auf Standards in anderen europäischen Ländern wie Belgien, Frankreich, Dänemark, Schweden und Großbritannien, in denen die halbtägige Betreuung für Kinder ab 3 Jahren generell für die Eltern kostenlos ist.⁷

Bildung in Kindertagesstätten

Viele Hamburger Kitas sehen in der Trias von frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, die das deutsche Kindertagesbetreuungssystem traditionell kennzeichnet, ihren Schwerpunkt seit langem im Bereich der frühkindlichen Bildung. Um ihren Bildungsauftrag zu stärken und darüber hinaus einheitliche sowie verbindliche Bildungsstandards einzuführen, hat die Behörde für Soziales und Familie (BSF) im November 2005 die „Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“ herausgegeben. Damit folgt Hamburg einer bundesweiten Entwicklung. Die Emp-

fehlungen wurden gemeinsam mit den lokalen Verbänden und Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeitet. Sie sollen „dazu beitragen, dass jedes einzelne Kind gleiche Rechte und gute Chancen für eine lebenswerte Perspektive in dieser Gesellschaft hat, gleich, welchem Geschlecht es angehört, in welcher sozialen und ökonomischen Situation seine Eltern leben und welcher ethnisch-kulturellen Gruppe es angehört.“⁸

Diese Zielsetzung zu erfüllen, ist gerade im Hamburger Osten mit besonderen Herausforderungen verbunden. Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg gehören zu den kinderreichsten Stadtteilen der Hansestadt und werden vom Senat als Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen eingestuft.

Die Einrichtungen frühkindlicher Bildung müssen daher einen Spagat zwischen niedrigschwelliger, nachholender Entwicklung und altersgerechter Bildung bewerkstelligen, die sowohl Kindern aus bildungsfernen und/oder sozial benachteiligten Familien als auch Kinder aus Mittelschichtfamilien gerecht wird. Zu berücksichtigen ist, dass „für benachteiligte Kinder (...) der Kita-Besuch besonders förderlich [ist], sie aber andererseits auch größere Nachteile durch eine schlechte Qualität der Betreuung“ haben.⁹

Zudem sind erhebliche Anstrengungen im Bereich der Förderung von Bilingualität resp. Sprachförderung zu leisten, da die Muttersprache von 39 Prozent der Kinder in Billstedt und von 36,9 Prozent in Horn eine andere Sprache als deutsch ist.

Viele Kitas vor Ort begrüßen daher die Entwicklung verbindlicher Bildungsstandards, die bewusst und strukturiert umgesetzt werden können. Sie nehmen ihren Bildungsauftrag ernst und haben bereits in der Vergangenheit zahlreiche Bildungsangebote gemacht. Auch innovative Ansätze und Konzepte aus der Region, deren Umsetzung oft am Personalmangel scheitert, liegen vor.

Die Einführung von Qualitätskontrollen und qualitativen Evaluationsverfahren könnte zudem zur umfassenden Implementierung sowie zur Weiterentwicklung der Konzepte beitragen.¹⁰ Qualitätsstandards wären dann in geringerem Maße als heute vom jeweiligen Träger und der Kitaleitung abhängig.

Um frühkindliche Bildungsprozesse kontinuierlich, bruchlos und erfolgreich zu gestalten, ist darüber hinaus der gelungene Übergang zwischen Kita und Grund- resp. Vorschule sehr bedeutsam. Hier ist eine enge und verbindliche Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kitas auf lokaler Ebene gefragt, die beiden Bildungsansätzen gerecht wird und auf Augenhöhe erfolgt. Übergangsmanagement, Schnuppertage und fortlaufende Bildungsdokumentationen sind Ansätze, die vor Ort in den letzten Jahren erfolgreich erprobt worden sind, jedoch noch nicht an allen Grundschulen und Kitas in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg die notwendige Aufmerksamkeit und konsequente Implementierung erfahren.

Handlungsempfehlungen

Bereitstellung der notwendigen personellen Ressourcen zur erfolgreichen Umsetzung der vorhandenen Bildungskonzepte sowie für die regionale Vernetzung.

Qualitätskontrolle und qualitative Evaluation bezogen auf die Umsetzung von Bildungsstandards und mit dem Ziel, erfolgreiche Good-Practice Beispiele in der Region und darüber hinaus zu verbreiten und gezielt zu fördern.

Einführung von ÜbergangsmanagerInnen (z.B. SozialpädagogInnen), die den Übergang zwischen Kita und Grundschule langfristig und erfolgreich gestalten.

Unterstützung bei der Etablierung dauerhafter Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen bei gleichzeitiger Stärkung und Anerkennung der verschiedenen Bildungsansätze. Kooperation statt Konkurrenz, daher klare Regelung der Zuständigkeiten z.B. beim Sprachförderbedarf oder der Vorschule.

Frühkindliche Bildung ruht auf vielen Schultern

Über die allgemeinen Bildungsempfehlungen und die vorhandenen Konzepte hinaus bedarf es regionaler Bildungskonzepte, die explizit sozialräumliche Bezüge herstellen und einrichtungs- sowie trägerübergreifend entwickelt werden.

Dazu ist eine lokale Vernetzung neuer Qualität zwischen allen relevanten Einrichtungen, Institutionen und Akteuren in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg unabdingbar. Denn neben Krippen, Kindertagesstätten und Vorschulen, sind es auch die offenen Angebote und Kurse in Spielhäusern, Elternschulen, Eltern-Kind-Zentren und Familienbildungsstätten, die maßgeblich die lokale Landschaft frühkindlicher Bildung prägen.

Im Raum Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg existieren insgesamt sechs Spielhäuser, die im Vormittagsbereich diverse Angebote und offene Gruppen für Kinder zwischen 0 und 6 Jahre machen. Ihre Angebote zeichnen sich durch besondere Niedrigschwelligkeit aus, da sie in der Regel kostenlos und ohne Anmeldung genutzt werden können. Neben Spielgruppen stehen u.a. auch Sprach- und Bewegungsförderung auf dem Programm.

Während die Spielhäuser teilweise vor über 50 Jahren ihren Betrieb aufgenommen haben, sind die Eltern-Kind-Zentren eine neue Entwicklung. Angeschlossen an die Kitas Druckerstraße, Mümmelmaus und Hermannstal (Eröffnung Mai 2008) bieten sie niedrigschwellige Unterstützung für Eltern mit Kindern unter drei Jahren an, die noch keine Kita besuchen. Sie ergänzen damit das Angebot der drei Elternschulen vor Ort, deren Programm sich ebenfalls an Eltern und Kinder gemeinsam richtet.



Mit ihrer Elternarbeit stärken Elternschulen, Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienhilfezentren sowie die evangelische Familienbildungsstätte Hamm-Horn nachhaltig die elterlichen Erziehungskompetenzen und legen die Grundsteine frühkindlicher Bildung in und außerhalb der Familien. Darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren Projekte wie „Obstapje“ und „HIPPY“ mit ihrer aufsuchenden Familien-Bildungsarbeit im Hamburger Osten einen Namen gemacht.

Durch die Niedrigschwelligkeit des Angebotes erreichen diese Einrichtungen und Projekte Familien mit kleinen Kindern, die keine anderen Angebote frühkindlicher Bildung in Anspruch nehmen. Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen wie Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg, in denen viele bildungsferne und/oder arme Familien leben, ist ihre Arbeit auch im Hinblick auf frühkindliche Förderung und Bildung nicht hoch genug zu bewerten. Besonders problematisch ist daher die geringe Personaldecke von nur jeweils einer fest angestellten Kraft (der Leitung) in Elternschulen und Spielhäusern.

Neben den bereits genannten Einrichtungen bieten auch Bücherhallen, Sportvereine, Schwimmbäder und Musikschulen sowie der Billstedter Kulturpalast zahlreiche Veranstaltungen für Kinder im Vorschulalter an. Ihre Angebotspalette reicht von Veranstaltungen wie „Gedichte für Wichte“ und „Bilderbuchkino“ über Babyschwimmen bis hin zur musischen Bildung bei den „Klangstrolchen“.

Trotz erheblicher Anstrengungen, die hier in den letzten Jahren gemacht wurden, sind diese Angebote immer noch punktuell und zu wenig untereinander vernetzt. Gerade bildungsferne Zielgruppen können nur schwer erreicht werden.

Darüber hinaus werden externe Fachkräfte aus Forschung und Wissenschaft sowie Kunst- und Kulturschaffende bisher nur selten für die frühkindliche Bildung in der Region herangezogen. Diese Zusammenarbeit mit Fachleuten könnte jedoch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssteigerung leisten. Zudem haben Beispiele aus anderen Städten und Regionen gezeigt, wie durch die Zusammenarbeit mit Stiftungen und privaten Sponsoren innovative Kooperationen und Projekte initiiert und umgesetzt werden konnten (z.B. das „Haus der kleinen Forscher“).

Handlungsempfehlungen

Qualitativ neue Formen der lokalen Vernetzung mit dem Ziel:

die Angebote zwischen den verschiedenen Einrichtungen so abzustimmen, dass die Angebotspalette vor Ort insgesamt größer und vielfältiger wird und unterschiedliche Bedarfe gedeckt werden können, die von einer Einrichtung alleine nicht bedient werden können;

gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit in den Stadtteilen Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg zu gestalten, um Bildungsleistungen der Kitas sowie anderer Einrichtungen sichtbarer machen;

neue Zielgruppen z.B. aus bildungsfernen oder migrantischen Bevölkerungskreisen zu gewinnen, die bis dato bei der Wahrnehmung von Angeboten frühkindlicher Bildung deutlich unterrepräsentiert sind;

lokale Aktionen vergleichbar der Kampagne „Kita: weil wir's wissen wollen“ zu gestalten, um die Kitas als Bildungsorte bekannter und anerkannter zu machen;

Projekte wie „Haus der kleinen Forscher“ für die Region zu gewinnen, die von Stiftungen oder privaten Sponsoren finanziert werden und das Angebot vor Ort attraktiver und wissenschaftlich fundierter gestalten;

Bereitstellung notwendiger Ressourcen für Vernetzung und übergreifende Konzeptentwicklung;

Personelle Stärkung der Elternschulen und Spielhäuser vor Ort;

Die Finanzierung von bewährten Good Practice-Projekten muss in die Regelförderung aufgenommen und langfristig gesichert werden.

Nutzung der Angebote frühkindlicher Bildung in Kindertagesstätten

Bis dato besuchen in Hamburg etwa 19,5 Prozent der Kinder unter drei Jahren eine Krippe und 87,7 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen eine Kindertageseinrichtung. In beiden Bereichen konnte der Anteil zwischen 2002 und 2006 um mehrere Prozent-

punkte gesteigert werden, sodass die Hansestadt nun leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt.¹¹

Diese Erfolge dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch mehr als 10 Prozent aller Hamburger Kinder keine vorschulische Einrichtung besuchen.¹² Hierbei handelt es sich im überwiegenden Maße um Kinder, die einer besonderen Förderung bedürftig sind, da sie entweder aus sozial- und bildungsbenachteiligten Familien stammen und/oder Migrationshintergrund haben.

Zudem hat sich seit der Einführung des Kita-Gutscheinsystems im Jahr 2003 eine signifikante Verschiebung zugunsten der Halbtagesplätze ereignet. Während 2002 noch 43,7 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen ganztags betreut wurden, waren es vier Jahre später nur noch 38,3 Prozent.

Eine wissenschaftliche Untersuchung der Max-Traeger-Stiftung zur „Lage der Kitas im Jahr 2006“ kommt zu dem Schluss, dass mit dem Wechsel von einem zentralen angebotsplanenden Pflegesatzsystem hin zu einem nachfrageorientierten Kita-Gutschein-System und dem zeitgleich erweiterten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung eine gravierende Schlechterstellung der Kinder in benachteiligten Quartieren Hamburgs erfolgt ist, da beides ohne die dafür notwendige Budgeterweiterung vorgenommen wurde.

Der erweiterte Rechtsanspruch, der bis 2005 sukzessive ausgedehnt wurde, hat jedoch zu einer deutlichen Verbesserung der Kinderbetreuungssituation für berufstätige Eltern und damit zu einer wesentlich besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geführt.¹³ Die Kinder können länger in der Kita betreut werden und zu flexibleren Zeiten gebracht und abgeholt werden.

Der individuelle Anspruch der Kinder auf Förderung, der, neben dem Rechtsanspruch für Kinder berufstätiger Eltern, im Gesetz verankert ist, wurde jedoch nicht gleichberechtigt umgesetzt.¹⁴ So hat laut Kita-Befragung 2006 eine deutliche Verschiebung zuungunsten der 13 Hamburger Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen, zu denen auch Billstedt und Horn zählen, stattgefunden: „Kinder nicht-berufstätiger Eltern, Kinder von Eltern mit prekären Arbeitsverhältnissen haben das Nachsehen. Die eigenen,

individuellen Bildungsrechte und Bildungsbedarfe dieser Kinder und die zusätzlichen Bedarfe ihrer ggf. durch Armut, Sucht u.ä. belasteten Eltern rücken bei der Umsetzung in den Hintergrund.“¹⁵

Mit Ausnahme eines kleinen Sprachfördertopfes für Kitas, die nach Selbsteinschätzung mehr als 25 Prozent Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache betreuen, gibt es keine weitere gesonderte einrichtungsbezogene Förderung. Jeder Gutschein, egal welcher Leistungsart und unabhängig vom Bewilligungskriterium – Berufstätigkeit der Eltern oder „dringlicher sozialer und pädagogischer Bedarf“ des Kindes – ist in jeder Kita gleichviel Personal- und Sachmittelressourcen „wert“.

Zudem kam es im Doppelhaushalt 2005/2006 trotz erheblicher Proteste hamburgweit zu einer Standardabsenkung von 11 Prozent beim pädagogischen Personal, sodass sich der Betreuungsschlüssel deutlich verschlechtert hat. Diese Situation muss zwangsläufig zu Einschränkungen der Betreuungsqualität führen.

Kitas in sozial benachteiligten Stadtteilen sind darüber hinaus vielfach mit den Problemen konfrontiert, die sich aus den Elternbeiträgen ergeben. In besonderen Härtefällen kann der Beitragssatz zwar auf Null Euro gesenkt werden, diese Regelung wird allerdings sehr restriktiv ausgelegt und wurde bspw. im September 2006 lediglich 727 Eltern (1,3 Prozent aller Eltern) hamburgweit gewährt. Unabhängig davon, ob es sich um Mindest- oder Höchstzahler handelt, wird seit 2005 zusätzlich zum Betreuungsanteil ein pauschaler Verpflegungsanteil von 13 Euro erhoben, was insbesondere bei Geringverdienern mit mehr als einem Kind gravierende Auswirkungen hat.¹⁶ Ein erheblicher Anteil von Eltern bleibt den Kitas den Elternbeitrag schuldig. Viele Kinder arbeitsloser Eltern – insbesondere in Stadtteilen wie Horn und Billstedt – sind daher entweder ganz aus der Betreuung gefallen (Krippen und Hortbereich) oder wurden auf den „beitragsgünstigen“ Rechtsanspruch von 5 Stunden (Kita) herabgestuft. Von dieser Regelung sind ausschließlich Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten betroffen. Trotz eines oft erhöhten pädagogischen Förderbedarfes fallen sie aus Betreuungsverhältnissen heraus oder werden in wesentlich geringerem Zeitumfang gefördert.

Handlungsempfehlungen

Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Plätzen für Kinder unter drei Jahren.

Verbesserung der Voraussetzungen zum Kitabesuch von mehr Kindern aus allen sozialen Bereichen.

Rücknahme der Standardabsenkung beim pädagogischen Personal.

Besondere personelle und finanzielle Gewichtung der Förderung zugunsten von Kindern mit besonderem sozialen und pädagogischen Förderbedarf, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Streichung des Elternbeitrags für Verpflegung bei arbeitslosen und gering verdienenden Familien.

Barriere- und gebührenfreier Kindergarten für alle Kinder bis 6 Jahre, insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Mindestens aber Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor dem Schuleintritt.

Verbesserung des ErzieherInnen-Kind-Schlüssels, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen, wo viele Kinder mit besonderem Förderbedarf (z.B. Sprachförderbedarf) die Kitas besuchen.

Personalressourcen in Hamburger Kitas

Die gestiegenen Bildungserwartungen, die heute zurecht an Kitas gestellt werden, verlangen von den Kitaleitungen ebenso wie vom gesamten pädagogischen Personal ein hohes Kompetenzniveau nicht nur in pädagogischen, sondern auch in inhaltlich-fachlichen Fragen.

Die Hamburger Bildungsempfehlungen benennen sieben Bildungsbereiche, die in Kitas abgedeckt werden sollen. Dazu zählen neben Körper, Bewegung und Gesundheit auch bildnerisches Gestalten und Musik sowie mathematische, naturwissenschaftliche und technische Grunderfahrungen. Zudem sollen Kinder Kenntnisse über ihre soziale und kulturelle Umwelt erwerben und den Bereich der Kommunikation (Sprachen, Schriftkultur und Medien), der für den weiteren Bildungsweg absolut zentral ist, entwickeln.¹⁷

In krassem Gegensatz zu diesen Erwartungen, die an ErzieherInnen gestellt werden, steht bis heute das geringe Ausbildungsniveau sowie die geringe Anerkennung, die dieser Beruf in Deutschland erfährt. Die Ausbildung der Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung findet auf sehr niedrigem Niveau statt, was seinen Ausdruck auch im geringen Lohnniveau findet. Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder Westeuropas, in denen keine nennenswerte Präsenz von Beschäftigten in Kitas mit grundlegender Hochschulausbildung zu verzeichnen ist.

Die Hansestadt Hamburg schneidet darüber hinaus auch im bundesdeutschen Vergleich sehr schlecht ab: Sie belegt den vorletzten Platz hinsichtlich des Verfachlichungsgrades des Kita Personals. Nur 60 Prozent der pädagogischen Kräfte in Kitas verfügen über einen Fachschulabschluss.¹⁸

Eine hohe Qualität frühkindlicher Bildung, die heute nicht nur von Eltern und Bildungseinrichtungen, sondern auch von Wirtschaftsvertretern gefordert und erwartet wird, kann auf diese Weise nicht gewährleistet werden. Hier ist ein politisches Bekenntnis zum Stellenwert frühkindlicher Bildung in Deutschland gefordert, das inhaltliche Weichen und finanzielle Ressourcen stellt.

Darüber hinaus muss eine grundlegende Neugestaltung der Hochschul- und Fachhochschulbildung in der frühkindlichen Pädagogik erfolgen, die auch eine deutliche Ausweitung von Forschung und Lehre in diesem Feld mit sich bringt. Zudem besteht umfassender Fort- und Weiterbildungsbedarf.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass der ErzieherInnenberuf bis heute überwiegend weiblich besetzt ist. Eine wichtige und unverzichtbare Anstrengung muss daher sein, sowohl Männer als auch Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt für dieses Berufsfeld zu gewinnen und qualifiziert auszubilden.

Handlungsempfehlungen

Ausbildung, Qualifizierung und verstärkte Berücksichtigung bei der Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund sowie von Männern für Berufsbilder im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Höhere Bildungsabschlüsse im Bereich der frühkindlichen Bildung, Anstellung von höher qualifiziertem pädagogischen Personal im Hamburger Osten, höheres Lohnniveau und damit verbunden größere gesellschaftliche Anerkennung.

Aufwertung der ErzieherInnenausbildung / ErzieherInnen mit Fachhochschulabschluss, sodass eine qualifizierte frühkindliche Bildung gewährleistet wird, die ihr Augenmerk auf die verschiedenen Bildungsbereiche und sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen (gesellschaftliche Integration) richten kann.

Weiterbildung auf lokaler Ebene z.B. in Netzwerken der Kitas und anderen Einrichtungen frühkindlicher Bildung auch über Trägergrenzen hinweg.

¹ Universität Köln. Institut für frühkindliche Bildung. 2006.

² Freie und Hansestadt Hamburg: Konzeptioneller Rahmen und gemeinsame Bildungsstandards und -ziele von Vorschulklassen und Kindertageseinrichtung. Hamburg 2005, S. 3.

³ Prof. Dr. Jürgen Kluge. Rede auf dem II. McKinsey-Bildungskongress: Frühkindliche Bildung. Am 27.10.2005.

⁴ Vgl. Petra Strehmel: Wovon hängt „gute Bildung“ tatsächlich ab? In: Kindergarten heute 1/2008.

⁵ Petra Strehmel: Wovon hängt „gute Bildung“ tatsächlich ab? In: Kindergarten heute 1/2008, S. 13.

⁶ „Nur 64 % der Kinder aus armen Familien (€ 500-900 pro Monat) [besuchen] überhaupt jemals einen Kindergarten.“ OECD: „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“, Nov. 2004, S. 64.

⁷ OECD: „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“, Nov. 2004, S. 70.

⁸ Freie und Hansestadt Hamburg: Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen. 2005, S. 11.

⁹ Petra Strehmel: Wovon hängt „gute Bildung“ tatsächlich ab? In: Kindergarten heute 1/2008, S. 10.

¹⁰ Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL wird bereits die Einführung eines Kita-TÜV als unbürokratische Qualitätskontrolle angeregt

¹¹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz: „Familien stärken – Kinder schützen“ Lebenslagen von Familien und Kindern in Hamburg. Kinder- und Jugendbericht 2002-2007. S. 12.

¹² In anderen europäischen Ländern besucht jedes Kind eine Kindertageseinrichtung.

¹³ Vgl. A. Hilgers, J. Kastner, P. Strehmel: Die Lage der Kitas im Jahr 2006. Band 1: Endbericht für die Max-Traeger-Stiftung. Hamburg, April 2007, S. 10.

¹⁴ Vgl. Kinderbetreuungsgesetz (KibEG) § 6, Abs. 2 und 3.

¹⁵ A. Hilgers, J. Kastner, P. Strehmel: Die Lage der Kitas im Jahr 2006. Band 1: Endbericht für die Max-Traeger-Stiftung. Hamburg, April 2007, S. 227.

¹⁶ A. Hilgers, J. Kastner, P. Strehmel: Die Lage der Kitas im Jahr 2006. Band 1: Endbericht für die Max-Traeger-Stiftung. Hamburg, April 2007, S. 57.

¹⁷ Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg: Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen. 2005, S. 10.

¹⁸ In Sachsen-Anhalt sind es demgegenüber 97,9 Prozent. Der Durchschnitt des Verfachlichungsgrades aller Bundesländer beträgt 76,3 Prozent. Vgl. KMK Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2006, S. 42.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

Gesundheit und Bewegung

- Bildungsdokumentationen und diagnostische Untersuchungen werden heute in Kitas zum Standard, finden jedoch bis dato kaum Eingang in die 4,5-jährigen Untersuchung an Schulen. Die Erkenntnisse sollten im Rahmen einer intensivierten Zusammenarbeit von Kitas und Schulen unbedingt zusammengeführt und gesichert werden.
- Der Aspekt der Gesundheitsförderung müsste wesentlich stärker in die Kitas und Einrichtungen geholt werden, um eine gute gesundheitliche Versorgung aller Kinder sowie die verstärkte Betreuung behinderter Kinder in den Regeleinrichtungen zu gewährleisten. Gegenwärtig verfügen die zuständigen Ärzte des Bezirks nur über ein sehr geringes Stundenkontingent und suchen die Kitas daher selten auf. Zudem wird sowohl bei den niedergelassenen Kinderärzten wie auch in den Bereichen Logopädie, Ergotherapie und Heilpädagogik ein Fachkräftemangel vor Ort deutlich. Der Bezirk ist aufgefordert, hier gegen zu steuern.
- Die Erfahrungen der Kitas zeigen, dass die Kinder über sinkende motorische Fähigkeiten verfügen. Der Zugang zu Sport- und Bewegungsstätten von Schulen und Vereinen sowie Schwimmbädern sollte für Kitas verbindlich z.B. im Rahmen von festen Nutzungszeiten geregelt werden.

Elternarbeit

- Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen sind viele Eltern nur schwer zu erreichen. Soziale Disparitäten führen zudem zu einem vergleichsweise niedrigen Anfangsbildungsniveau der Kinder. Elternarbeit ist daher eine Grundvoraussetzung für gelungene frühkindliche Bildung. Der Ausbau von Eltern-Kind-Zentren und dezentralen Elternkursen sowie von aufsuchenden Angeboten für Familien wird für dringend erforderlich erachtet und sehr befürwortet.

Sprachförderung

- Sprachförderbedarf besteht bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Die additive Sprachförderung sollte daher nicht erst im Anschluss an die 4,5-jährigen Untersuchung, sondern bereits viel früher und direkt in den Kindertagesstätten einsetzen. Das pädagogische Personal der Kitas müsste entsprechend aufgestockt und geschult werden, um die qualitative Weiterentwicklung umsetzen zu können. Die Träger allein sind nicht in der Lage, diese Leistung zu erbringen.

Weiteres

- Es wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit Stiftungen und privaten Sponsoren angestrebt, um Bildungsmöglichkeiten zu verbessern und vielseitiger zu gestalten. Experten von außen könnten z.B. Wissen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich anschaulich vermitteln. Beispielhafte Projekte wie das „AWO KidsLab“ oder das „Haus der kleinen Forscher“ sollten daher auch im Hamburger Osten angesiedelt werden.
- Die Zusammenarbeit mit den Öffentlichen Bibliotheken sollte weiter intensiviert werden. Medienboxen für Kita-Kinder existieren in einigen Bibliotheken, werden aber nicht überall gleichermaßen genutzt.
- Die Kontinuität der Bildungsarbeit ist bei Vorschulkindern von großer Bedeutung. Brüche z.B. durch Aberkennung von Kitagutscheinen sollten daher im Interesse der Kinder unbedingt vermieden werden. Trotz gestiegener Erfordernisse an flexible Öffnungszeiten sind feste Kernanwesenheitszeiten, in denen die Bildungsangebote der Kita für alle Kinder durchgeführt werden können, sehr wichtig.
- Übergangmanagement zwischen Kita und Grundschule sollte flächendeckend eingeführt werden.
- Die Förderung gemeinsamer Projekte von Jung und Alt ist wünschenswert.



Übergang Kita – Grundschule

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 11. September 2007 im Bürgertreff Horner Geest

Bildungsauftrag der Kitas

Bereits im Jahre 1990 wurde den Kindertageseinrichtungen mit dem SGB VIII der Auftrag gegeben, Kindern neben Betreuung und Erziehung auch Bildung anzubieten.

Im Mai 2003 wurde in Hamburg für die Kindertageseinrichtungen eine neue Steuerungsstruktur in Kraft gesetzt, die auch die Bildungsaufgabe betrifft. Das neue Steuerungssystem regelt mit den Trägerverbänden der Kindertageseinrichtungen durch Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen die Grundlage, auf der öffentliche Subventionen an Kindertageseinrichtungen vergeben werden.

Form und Inhalt der Umsetzung des Bildungsauftrages liegt in der Eigenverantwortung der Kitas und erfolgt dementsprechend sehr unterschiedlich.

Es gibt zu viele verschiedene zersplitterte Konzepte.

Bisher gibt es keine gemeinsame Förderung von Kindern und Eltern in einer Einrichtung.

Die Umsetzung von gemeinsamen Konzepten zur frühkindlichen Bildung benötigt ausreichende Ressourcen.

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ stellt in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000) fest, dass „aufgrund einer bisher noch nicht ausreichenden diagnostischen, pädagogischen und sprachdidaktischen Ausbildung des Personals in vorschulischen Einrichtungen (...) Zugehörigkeiten zur Risikogruppe teilweise zu spät erkannt“ werden. Sie empfiehlt, dass die „Bildungsausgaben für die frühe Bildung in Kitas, Vorschule und Grundschule (...) zu erhöhen“ sind. Dies sei notwendig für den systematischen Ausbau der vorschulischen Einrichtungen zu Bildungseinrichtungen z.B. durch Verbesserung der Qualifizierung.

Ziele

- Verbindliche Umsetzung der Hamburger Bildungsempfehlungen für Kitas
- In vorschulischen Bildungseinrichtungen werden Kinder im Bereich ihrer emotionalen, sozialen, motorischen, musischen, sprachlichen und kognitiven Entwicklung gefördert
- In den vorschulischen Einrichtungen im Hamburger Osten werden die Umsetzungen der Bildungspläne miteinander abgestimmt
- Mehr Transparenz, bessere Kommunikation und Kooperation zwischen den Einrichtungen
- Brücke zwischen ASD und offener Arbeit, Kitas und Schulen
- Frühkindliche Förderung von Kindern und Eltern gemeinsam in einer Einrichtung
- Integration der Mütterberatung in die Kinderbetreuungseinrichtungen
- Bereitstellung ausreichender Ressourcen hinsichtlich Personal, Räume, Qualifizierung der MitarbeiterInnen.

Handlungsempfehlungen

Erarbeitung übergreifender Standards für Bildungspläne

Gemeinsame Konferenzen der jeweiligen Einrichtungsleitungen

Regelmäßige Fachabsprachen in den jeweiligen Einrichtungen

Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes zur frühkindlichen Bildung für Eltern und Kinder

Die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt in der Verantwortung von:

Kitas, Grundschulen, ASD

Kitas, Spielhäusern, Elternschulen, Familienbildungsstätten, KiFaZ, Volkshochschule, Grundschulen

Übergang Kita – Grundschule

Der 12. Kinder- und Jugendbericht bemängelt, dass „hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen, wie auch aus finanzieller Sicht (..) keine Unterstützung bei der Gestaltung der Übergänge“ von der Kita in die Grundschule in Aussicht gestellt wird, womit „Beliebigkeit vorprogrammiert“ werde. Diese Situation gilt bisher auch im Entwicklungsraum Billstedt / Horn.

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ gibt hierzu in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000) folgende Empfehlungen:

„Der Wechsel des Kindes von Kita bzw. Vorschule in die Grundschule ist durch einen gezielten Austausch der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Grundschullehrkräfte gleitend zu gestalten. Dabei müssen insbesondere Risikoschülerinnen und Risikoschüler beraten und gefördert werden. Eine an Migrantenfamilien gerichtete Aufklärungskampagne sollte gestartet werden, um Kinder frühzeitig an vorschulische Betreuungs- und Bildungseinrichtungen heranzuführen.“ Darüber hinaus empfiehlt die Kommission eine intensive Zusammenarbeit von Kita, Vorschule und Grundschule sowie die Zusammenführung der Verantwortlichkeit für den Elementarbereich und die Schule in einer Behörde.



Im Rahmen des Billenetzes führt das Rauhe Haus das Modellprojekt „Übergangsmanagement Kita – Grundschule“ im Hamburger Osten durch. An drei Standorten arbeiten SozialpädagogInnen als ÜbergangsmanagerInnen mit den Kitas und Schulen zusammen. Wesentliche Bestandteile:

Leitungstreffen:

Die Grundlage der vernetzten Zusammenarbeit zwischen den Kitas und Schulen bildet das vierteljährliche Leitungstreffen, auf dem Informationen ausgetauscht und Planungen vorgenommen werden.

Informationsaustausch und Bildungsdokumentation:

Für die Bildungsdokumentation wurde der Gelsenkirchener Entwicklungsbegleiter eingesetzt (3 bis 5,5 Jährige). Wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit sind Gespräche zum Entwicklungsstand der Kinder sowohl zwischen Schule und Kita als auch mit den Eltern. Aus Gründen des Datenschutzes sollte immer das Einverständnis der Eltern eingeholt werden, es sei denn, es liegt eine Gesundheitsgefährdung vor. Neben der Bildungsdokumentation erfolgt auch ein Austausch über verwandte Themen: Stand der Integration, Sprachförderung, Gesundheit, Familie, Einschulungsdiagnostik, Zuständigkeit und Verantwortlichkeit.

Gemeinsame Planung:

Von Kita und Schule gemeinsam geplant werden Hospitationen und Veranstaltungen, wie z.B. ein gemeinsamer Laternenumzug.

Kooperation mit den Eltern:

Wesentliche Voraussetzung zum Gelingen ist die Einbeziehung der Eltern: Viereinhalbjährigen-Untersuchung und Austausch ist nur im Dreieck Eltern – Kita – Schule möglich.

Ziele

- Systematisches Übergangsmanagement zwischen Kitas und Grundschulen
- Erstellen von Bildungsplänen bzw. -empfehlungen mit konkretem Umsetzungsplan für jedes Kind
- Für jedes Kind wird eine Bildungsdokumentation erstellt
- Die Dokumentation macht eine aufwändige Schuleingangsuntersuchung durch die Schulleitung überflüssig.
- Stattdessen: Zeit für Gespräche mit Kitas in Bezug auf schwierige Einzelfälle
- Angstabbau, Kennenlernen der Schule und ihrer Arbeitsweisen und Konzepte

Handlungsempfehlungen

Erarbeitung übergreifender Standards für Bildungspläne bzw. -empfehlungen

Einführung einer Bildungsdokumentation für Kinder unter Rückgriff auf die im Rahmen des Billenetz-Übergangsmanagements Kita-Grundschule entwickelten Standards

Es wird ein leicht auszufüllendes Dokumentationsraster entwickelt

Die Bildungsdokumentation wird den Eltern zur Viereinhalbjährigen-Untersuchung und den Eltern zur Anmeldung in die Schule mitgegeben

Organisation eines Begegnungsjahres zwischen Kitas und Grundschulen

Inhaltlicher Abgleich der Arbeit der Monate bis zum Schuleintritt zwischen Kitas und VSK

Die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt in der Verantwortung von:

Einrichtungsleitungen, Gruppenleitungen, Grundschulen

ErzieherInnen, Gruppenleitungen, Schulleitungen, VSK-Leitungen, Lehrkräften

Handlungsempfehlungen

Die Eltern werden mit den Inhalten der Bildungspläne bzw. -empfehlungen regelmäßig vertraut gemacht

Regelmäßige Elterninfoabende in den Einrichtungen

Die Eltern (Sorgeberechtigte) werden regelmäßig über die Bildungsentwicklung ihres Kindes informiert

Elterngespräche sind verpflichtend

Die Bildungsdokumentation wird den Eltern zur Viereinhalbjährigen-Untersuchung in die Schule mitgegeben

Die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt in der Verantwortung von:

Einrichtungsleitungen und Gruppenleitungen

Gruppenleitungen und Eltern (= Sorgeberechtigte)

Viereinhalbjährigen-Untersuchung und Sprachförderung

In den §§ 42 und 28a (2) Hamburgisches Schulgesetz wurde festgelegt, dass alle Kinder 1,5 Jahre vor der Einschulung in den Grundschulen auf ihren Entwicklungsstand hin untersucht werden und förderbedürftige Kinder zu entweder einem Kindergartenjahr oder einem kostenlosen Vorschulbesuch verpflichtet werden. Bei einem Kindergartenbesuch ist die Sprachförderung durch Lehrkräfte der Schulen durchzuführen. *Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ gibt hierzu in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000) folgende Empfehlungen:*

„Bildungsbeteiligung der 5-Jährigen: Erhöhung des Anteils auf 100 %.“

„Sprachförderungsmaßnahmen sind in Kitas für Kinder und ihre Eltern einzurichten bzw. auszubauen. Gleiches gilt für Deutschkurse für Väter und/oder Mütter an Kitas und Vorschulen.“

Ziele

Alle Bildungseinrichtungen wissen, welche ihrer Kinder zum Einzugsbereich welcher Grundschule gehören und sind über die Termine und Inhalte der Vier-einhalbjährigen-Untersuchung nach § 42 Hamb. Schulgesetz informiert.

Die verpflichtende additive Sprachförderung nach der Untersuchung für die Förderbedürftigen bis zum Schulanfang wird in allen Einrichtungen in Absprache mit den Grundschulen nach einheitlichen Standards durchgeführt.

Sie kann von dafür besonders qualifizierten ErzieherInnen und/oder Lehrkräften in den Einrichtungen durchgeführt werden.

Handlungsempfehlungen

Regelmäßige Kooperation mit den umliegenden Grundschulen

Organisation einer „Kooperativen Vorschule“

Bestehende Förderprogramme werden ausgetauscht und auf ihre Tauglichkeit hin untersucht

Förderprogramme werden laut § 28a Hamb. Schulgesetz 2 mal 2 Stunden pro Woche additiv durchgeführt

Es werden gemeinsame Absprachen darüber geführt, welche sprachförderbedürftigen Kinder nach dem Ergebnis der Untersuchung wo am besten (unter Berücksichtigung der Stundenbedürfnisse der Eltern und der Anschlussbetreuungsmöglichkeiten) gefördert werden können

Die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt in der Verantwortung von:

Schulleitungen und Kita-Leitungen

Förderlehrkräften bzw. Sozialpädagogen in VSK und besonders ausgebildeten ErzieherInnen



Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

Übergangmanagement

- Zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen sind spezielle ÜbergangsmanagerInnen wichtig, die mit den entsprechenden Zeitressourcen ausgestattet sind. Dieses erfolgreiche Modell sollte auf den gesamten Entwicklungsraum ausgeweitet und verstetigt werden. Die Bildungsdokumentation soll von Kitas und Schulen gleichermaßen genutzt werden. Voraussetzung ist dabei, unbedingt das Einverständnis der Eltern einzuholen (Datenschutz!).
- Förder- und Entwicklungskonzeptionen müssen in ein Gesamtkonzept einfließen, um einen curricularen, logischen Aufbau zu gewährleisten. Die unterschiedlichen Förderungsmöglichkeiten in Kita und Schule sowie die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder gilt es dabei zu berücksichtigen.
- Um die Übergänge zu erleichtern und bruchlos zu gestalten, soll der flexible Einsatz von ErzieherInnen und LehrerInnen zwischen den Institutionen eingeführt werden.
- Es sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit alle Kinder, unabhängig vom Migrationshintergrund, bei Bedarf eine Sprachförderung erhalten können.

Zusammenarbeit mit den Eltern

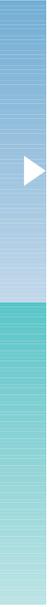
- Elternarbeit soll regelmäßig und systematisch stattfinden.
- Es wird als sehr wichtig erachtet eine Kultur der Zusammenarbeit aufzubauen, die auch Widerstände auf Seiten der Eltern berücksichtigt. Auf diese Weise können Eltern besser erreicht werden als durch Verordnungen.
- Um bei Eltern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erhöhen, sind gezielte Schritte zur Information und zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses notwendig, denn sonst bleiben viele Anstrengungen ohne Folgen.

Mittel und Finanzen

- Die Mittel zur frühen Förderung der Kinder müssen dringend erhöht werden, um den großen Bedarf zu decken und langfristig zu ermöglichen, dass deutlich mehr Personen einen höheren Bildungsgrad erreichen.

Gesundheit

- Das Thema Gesundheit ist von großer Bedeutung für den erfolgreichen Übergang und Start in der Schule. Eine frühzeitige Diagnose vorhandener Krankheiten und Entwicklungsstörungen sowie entsprechende Therapiemöglichkeiten sollten bereits während der Kita-Zeit sicher gestellt sein, damit die Kinder den Übergang in die Schule besser bewältigen können.
- Im Protokoll der Fachgespräche Frühkindliche Bildung und Gesundheitsbildung finden sich hierzu weitere Aussagen und Handlungsempfehlungen.



Leseförderung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 05. Dezember 2007 in der Bücherhalle Horn

Lesen ist eine der zentralen Kulturtechniken in unserer Gesellschaft, die auch den Schlüssel zur kompetenten Beherrschung neuer Medien (Computer, Internet etc.) sowie zur erfolgreichen Teilnahme am Berufs- und Arbeitsleben darstellt. Die zunehmende Verbreitung audiovisueller Medien insbesondere in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen erfordert jedoch höhere Anstrengung im Bereich der Leseförderung als in der Vergangenheit.

In den letzten Jahren durchgeführte Studien (u.a. PISA 2000 und 2003) belegen große Defizite im Bereich der Lesekompetenz und haben das Thema verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ein besonderer Förderbedarf besteht dabei in deutschen Großstädten, die einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund aufweisen. Laut PISA 2003 erreichen etwa ein Drittel der Hamburger Schülerinnen und Schüler (27,9%) im Alter von fünfzehn Jahren lediglich die unterste Stufe der Lesekompetenz. Hamburg belegt damit im bundesdeutschen Vergleich den vorletzten Rang.

Dabei ist zu konstatieren, dass die Lesekompetenz nicht etwa flächendeckend bei Kindern und Jugendlichen wenig ausgeprägt ist oder gar fehlt. Eine Studie der Stiftung Lesen stellt fest, dass „das Lesen



von Büchern in der Freizeit bei Jugendlichen noch immer weit verbreitet ist. 40 % lesen täglich oder mehrmals die Woche in Büchern“. Ein Wert, der seit Jahren stabil ist. Die Studie kommt daher zu dem Ergebnis, dass „trotz der Eroberung des Alltags der Jugendlichen durch elektronische Medien (...) das Lesen in der Freizeit nicht verdrängt“ wurde (JIM Studie 2006, Stiftung Lesen).

Signifikant ist jedoch der große Unterschied zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten, der auf eine ausgeprägte Kopplung von Kompetenzniveau und sozioökonomischer sowie soziokultureller Herkunft verweist. Risikogruppen sind insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Jungen lesen zudem deutlich weniger als Mädchen.

In den letzten Jahren sind daher im Hamburger Osten zahlreiche, teilweise prämierte Modellprojekte der Leseförderung entstanden oder weiterentwickelt worden, die sich an alle Kinder und Jugendlichen und in besonderem Maße an die benannten Risikogruppen richten.

Das Angebot reicht von Bilderbuch-Kino, „Gedichte für Wichte“ und Buchstart für die Kleinsten über Lesekisten in den Klassen 1, 2 und 5 bis zu Lesewettbewerben, Lesenächten und Autorenlesungen. Zudem gibt es „Family Literacy“-Ansätze, die Eltern und ihre Kinder gemeinsam stärken, und viele weitere, teilweise auch ehrenamtliche, Maßnahmen und Aktivitäten.¹

Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Freude am Lesen, denn nicht nur die Lesekompetenz, also die Fähigkeit geschriebene Texte unterschiedlicher Art in ihren Aussagen, ihren Absichten und ihrer formalen Struktur zu verstehen und sie in einen sinnstiftenden Zusammenhang einzuordnen, sondern auch Lesemotivation, soll gefördert werden.

Neben den Kindertagesstätten, den Vor- und Grundschulen sowie den weiterführenden Schulen, sind die öffentlichen Bücherhallen zentrale Einrichtungen der Leseförderung. Verschiedene wissenschaftlich begleitete Projekte wurden zudem von der Kulturbehörde, dem UNESCO-Institut für Pädagogik und der Universität Hamburg initiiert und umgesetzt. Dane-

ben engagieren sich mehrere Vereine und Stiftungen (z.B. Mentor – die Leselernhelfer e.V. und Stiftung Lesen) mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften.

Die Bandbreite der beteiligten Einrichtungen, Initiativen und Vereine spiegelt sich in der Multiprofessionalität der Akteure wider. Die vertretenen Fachrichtungen reichen von BibliothekarInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen und KinderärztInnen bis hin zu AutorInnen und SchauspielerInnen.

Kooperation der Akteure und Vernetzung der Angebote

Vielseitigkeit und Anzahl der verschiedenen Projekte in Billstedt, Horn und Mümmelmannsberg bieten gute Chancen, Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Lebenslagen und Altersstufen zu erreichen und ihnen die passende Förderung anzubieten. Hierzu tragen auch Wohnortnähe und Niedrigschwelligkeit des Angebots positiv bei.

Das vorhandene Angebot ist jedoch teilweise unübersichtlich und zu wenig aufeinander abgestimmt. Koordination und gemeinsame zielgruppenspezifische Angebotsplanung sind bisher nur punktuell gegeben zwischen Einrichtungen, die in Kontakt zueinander stehen. Eine systematische Koordination fehlt bisher im Hamburger Osten.

Die Leseförderung bedarf jedoch der Systematisierung, um tragfähige und langfristige Konzepte zu entwickeln, die vorhandene Angebote miteinander in Beziehung setzen und lokale Netzwerke bilden. Eine Schwerpunktsetzung einzelner Einrichtungen könnte dadurch ermöglicht werden.

Modellprojekte bleiben zudem oft auf den Ort beschränkt, an dem sie konzipiert wurden, ohne ihr Potenzial in der Region oder darüber hinaus zu entfalten. Eine umfassende und stets aktuelle Information über das bereits vorgehaltene Angebot vor Ort fehlt.

Handlungsempfehlungen

Die Angebote zur Leseförderung sind besser aufeinander abzustimmen und im Zusammenwirken der Einrichtungen ist eine zielgruppenspezifische Angebotsplanung vorzunehmen.

Ein lokales Bündnis für Leseförderung sollte gegründet werden, das die Transparenz und Übersicht über die Angebote erhöht.

Bedarfsanalyse, Evaluation und personelle Ausstattung der Leseförderung

Da die zu fördernden Personen sehr heterogen über den Stadtraum verteilt sind, ist es notwendig, die Bedarfe der Leseförderung stadtteil- und sozialraumbezogen zu erheben.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass in sozial benachteiligten Stadtteilen der Bedarf größer ist und die Förderkompetenzen der Eltern häufig geringer ausfallen (Bildungsferne und / oder Migrationshintergrund). Zudem ist ehrenamtliches Engagement hier oft weniger ausgeprägt als in anderen Stadtteilen.

Im Hamburger Osten ist bei allen Altersgruppen ein wesentlich höherer Bedarf an Leseförderungsangeboten zu verzeichnen als gegenwärtig abgedeckt werden kann. Ohne die entsprechenden personellen Ressourcen ist dieser Aufgabe nicht zu begegnen.

Es bedarf dabei sowohl gut ausgebildeter Fachleute als auch Honorarkräfte und ehrenamtlich tätiger Personen. Zudem kann nur durch regelmäßige Fortbildungen (mit sozialräumlichem Bezug) die fachliche Qualität gesichert werden.

Notwendig ist die begleitende, qualitative Evaluation der einzelnen Projekte, um zu klären, welche der Maßnahmen erfolgreich sind und ihre gesetzten Ziele erreichen. Bisher wurde Evaluation kaum durchgeführt, obwohl sie die Möglichkeit für Erfolgssicherung und qualitative Weiterentwicklung eröffnet.

Der Anspruch muss sein, nicht nur die TeilnehmerInnen von Leseförderung zu befragen, sondern auch

Erkenntnisse über diejenigen Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien zu gewinnen, die bisher vom Angebot nicht erreicht werden konnten.

Handlungsempfehlungen

Es ist eine stadtteil- und sozialraumbezogene Bedarfs-erhebung zur Leseförderung durchzuführen, außerdem begleitende Evaluationen einzelner Projekte, um Erfolge und Zielerreichung der Maßnahmen zu klären.

Zur bedarfsgerechten Umsetzung von Maßnahmen zur Leseförderung sind ausreichende personelle und sachliche Ressourcen bereitzustellen.

Es sind regelmäßige Fortbildungen für haupt- und ehrenamtliche Kräfte zu organisieren.

Gerade bei den älteren SchülerInnen steht zudem meist die Lesemotivation sehr stark im Mittelpunkt, während oft davon ausgegangen wird, dass die Kompetenz vorhanden ist. In einigen Schulen in Billstedt, Horn und Mümmelmannsberg wurden jedoch Modellprojekte entwickelt (u.a. Kurt-Körper Gymnasium und Gesamtschule Horn), die gleichermaßen bei Lesemotivation und -kompetenz ansetzen und in der Region als Vorbilder dienen können.

Neben der Weiterentwicklung und regionalen Verbreitung von Modellprojekten ist vor allem die Kontinuität der Förderung auch über Lebensphasen und Schulwechsel hinweg von besonderer Bedeutung. Eine enge lokale Verzahnung des Angebotes, die Lebenslauf und altersspezifische Brüche vermeidet, wäre daher von ebenso großer Bedeutung wie die Verankerung der Leseförderung als Basiskompetenz in allen Unterrichtsfächern.

Altersgruppenspezifische Leseförderung und Elternarbeit

Die verschiedenen Altersgruppen bringen sowohl bei Lese- und Textverstehenskompetenz als auch bei Motivation und Leseinhalten sehr unterschiedliche Vorkenntnisse und Bedürfnisse mit.

Die Weichenstellung der Lesesozialisation erfolgt bereits im Elementar- und Primarbereich, während „die Leseabstinenz“ bei den 15-Jährigen, „die PISA im Blick auf das Freizeitlesen konstatiert, weitgehend endgültig ist.“ Zumal die Hälfte der Nicht- oder Wenigleser in diesem Alter nicht ausreichend lesen können, wie PISA zeigen konnte (vgl. C. Rosebrock, „Wege zur Lesekompetenz“). Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, bereits im Kleinkindalter mit der Leseförderung zu beginnen, die Eltern aktiv einzubeziehen und familienorientierte Konzepte (weiter) zu entwickeln. Kinder aus bildungsfernen Familien gilt es dabei in besonderem Maße zu unterstützen.

Während sich in den Kindertagesstätten und Grundschulen im Hamburger Osten gerade in den letzten Jahren die kindbezogenen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bücherhallen vervielfacht haben, stecken familienorientierte Ansätze sowie Angebote für ältere SchülerInnen noch in den Anfängen.

Handlungsempfehlungen

Im Zusammenwirken der Einrichtungen sind familienorientierte Ansätze der Leseförderung auszubauen.

Durch eine enge lokale Verzahnung der Angebote ist die Kontinuität der Förderung auch über Lebensphasen und Schulwechsel hinweg sicherzustellen.

In Zusammenarbeit mit den Schulen ist auf eine Verankerung der Leseförderung als Querschnittsthema und Basiskompetenz in allen Unterrichtsfächern hinzuwirken.

Interkulturelle Ansätze der Leseförderung

Unterschiedliche Studien und Erfahrungen aus der (schulischen) Praxis haben gezeigt, dass die Lesekompetenz insbesondere bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund deutlich schlechter ausgeprägt ist als bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund. Ein Problem, das in den Stadtteilen Billstedt, Horn und Mümmelmannsberg auf Grund eines relativ hohen MigrantInnenanteils an der Bevölkerung besonders zum Tragen kommt.

Diese Kinder und Jugendlichen verfügen in der Regel über Kompetenzen in der Alltagssprache, haben aber häufig große Defizite im Bereich der Schriftsprache. Auf Grund fehlender Kompetenzen in der deutschen Sprache können vielfach auch die Eltern keine Unterstützung bieten.

Besonderes Augenmerk verdienen daher Pilotprojekte wie „Family Literacy“ (FLY), bei denen Eltern (meist Mütter) und ihre Kinder gemeinsam im Bereich Sprach- und Literalitätserwerb gestärkt werden. Eltern werden auf diesem Wege befähigt, ihre Kinder auch zukünftig beim Schriftsprachenerwerb zu unterstützen.

Neuere Untersuchungen zeigen darüber hinaus, dass die Vorlesekultur in Familien mit Migrationshintergrund nur wenig ausgeprägt ist. Hier setzt das Projekt „Buchstart“ an, bei dem nach britischem Vorbild Kinderbücher sowohl auf deutsch als auch in der jeweiligen Muttersprache in einem „Starterpaket“ an die Eltern verteilt werden.

Handlungsempfehlungen

Das Projekt „Family Literacy“ sollte ausgeweitet und nachhaltig in der Region verankert werden.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Leseförderung muss differenziert angegangen werden und sollte sich – wenn sie nicht in gut gemeintem Aktionismus münden soll – an den unterschiedlichen Phasen der Lesesozialisation orientieren. Entsprechende Konzepte müssen mit den je nach Alter wechselnden Interessen und Bedürfnissen abgestimmt werden. Hierfür wäre auch die Entwicklung einer „Stadtteildidaktik“ hilfreich, die die Lebenslagen der BewohnerInnen berücksichtigt .
- Die bisherigen Projekte zur Leseförderung sind zu wenig aufeinander abgestimmt.
- Nachhaltige Leseförderung erfordert konzertierte und kontinuierliche Aktionen mit zahlreichen Akteuren. Kooperationspotentiale sollten stärker genutzt werden. Ein „Lokales Bündnis für Leseförderung“ könnte eine Struktur bieten, den fachlichen Austausch untereinander gewährleisten und Kontinuität in die Beziehungen und in die Arbeit bringen.
- Einmal pro Jahr sollte eine größere öffentlichkeitswirksame Aktion zur Leseförderung stattfinden und gemeinsam von den Akteuren organisiert werden. Eine hohe Wirksamkeit geht von Lesewettbewerben aus, diese benötigen allerdings ausreichende Ressourcen für die Planung und Durchführung.
- Die Elternarbeit steht erst am Beginn und müsste stärker in die Leseförderung integriert werden. Vorbilder sind die Projekte FLY Family Literacy und „Eltern als Leselernhelfer“ .
- Analog zum Berliner Projekt „wortstark“ sollten auch in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg Kitas und Schulen mit Gruppen von 3 bis 12 Jahren verbindlich in die Leseförderung einbezogen werden. Mit einer halben Personalstelle könnten pro Jahr vermutlich 12 Kindergruppen mit 10 Terminen erreicht werden. Ein solches Projekt könnte auch im Kita-Bereich dazu dienen, Eltern stärker in die Leseförderung zu integrieren.

¹ Die Senatsdrucksache 18/6968 vom 09.10.2007 weist zudem hamburgweit eine große Bandbreite von Aktivitäten zur Leseförderung aus, die von zahlreichen Akteuren verschiedener Fachrichtungen bewegt werden.

Elternarbeit

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 06. März 2008 im Kurt-Körper-Gymnasium

Ausgangslage

Das Thema Elternarbeit hat in den letzten Jahren eine deutliche Aufwertung im öffentlichen Bewusstsein erfahren. Dazu haben nicht zuletzt die PISA-Studien beigetragen, die deutlich machen, dass der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland sehr eng mit dessen sozialer Herkunft verknüpft ist.

Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben ebenso wie Kinder mit Migrationshintergrund in den Untersuchungen deutlich schlechter abgeschnitten als Kinder aus bildungsgewohnten Familien ohne Migrationshintergrund:

„Risikogruppen korrelieren sowohl in PISA 2000 als auch in PISA 2003 in signifikanter Weise mit der sozialen bzw. soziokulturellen Herkunft und damit den materiellen und kulturellen Ressourcen der Elternhäuser. Diese spielen eine bedeutsame Rolle bei der Kompetenzentwicklung.“¹

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Eltern und Pädagogen, die nicht erst im Schulalter, sondern wesentlich früher beginnt, ist in vielen Fällen entscheidend für die Entwicklung und die Bildungschancen der Kinder.

Vordringliches Ziel der von Pädagogen geleiteten Elternarbeit ist das Erreichen einer *Erziehungspartner-schaft* mit den Eltern, bei der Erziehungsvorstellungen transparent gemacht werden und eine Kooperation zum Wohle des Kindes zustande kommt.² Weiteres Ziel von Elternarbeit ist zudem die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Sie sollen befähigt werden, ein entwicklungsförderndes Sozialisationsumfeld zu schaffen, um ihre Kinder sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich gut zu unterstützen.

Auf Grund der großen gesellschaftlichen Heterogenität ist es von besonderem Belang, den unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern und Familien adäquat, d.h. mit einer großen Vielfalt an Methoden und Ansätzen zu begegnen. Eine zunehmende Deregulierung der Arbeitsverhältnisse erfordert zudem eine zeitliche Flexibilität im Bereich der Elternarbeit.

Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen mit hohem MigrantInnenanteil erweist es sich in der Praxis immer wieder als sehr schwierig, die Eltern zu

erreichen und aktiv in die Arbeit einzubeziehen. Im Hamburger Osten entwickeln und erproben daher zahlreiche Kitas, Schulen, Elternschulen, Büchereien sowie Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit seit vielen Jahren – nicht erst seit den PISA-Studien – innovative Ansätze der Elternarbeit. Darüber hinaus sind in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg drei Eltern-Kind-Zentren entstanden, die in den letzten Wochen ihre Arbeit mit Kindern unter drei Jahren und deren Eltern aufgenommen haben.

Neben den klassischen Elternabenden wird versucht, mit unterschiedlichen Ansätzen und Methoden die heterogene Zielgruppe der Eltern zu erreichen. Die Angebote reichen dabei von offenen Elterncafés und informellen Gesprächskreisen über Beratungsangebote und Sprach- und Computerkurse bis hin zur aufsuchenden Arbeit. Einige der im Hamburger Osten entwickelten Modelle und Netzwerke können hier Vorbildcharakter für die Region und darüber hinaus tragen.



Inhaltlich wird im Rahmen der Elternarbeit ein breites Themenspektrum abgedeckt: Einerseits geht es direkt um die Entwicklung und die Leistungen des eigenen Kindes z.B. in Kita oder Schule sowie um eine Beteiligung bei Gruppenaktivitäten und Festen, darüber hinaus kann das deutsche Bildungssystem im Allgemeinen ebenso Thema sein, wie Sozial- oder Erziehungsberatungen.

Generell stehen die positive Entwicklung und das Wohl des Kindes im Mittelpunkt der Elternarbeit, da die

Erwachsenen in ihrer Rolle als Eltern/Erziehungsbeauftragte angesprochen werden. Die Stärkung der Eltern, die Steigerung ihrer Lebenszufriedenheit und Erziehungskompetenz, tragen entscheidend dazu bei, dass sie ihre Kinder stärken und fördern können.

Kooperation und Vernetzung im Stadtteil

Elternarbeit ist in erster Linie bei den Einrichtungen und Institutionen angesiedelt, in denen sich Kinder (und ihre Eltern) regelmäßig aufhalten. An zahlreichen Schulen und Kitas im Hamburger Osten haben sich unterschiedliche Modelle der Elternarbeit etabliert und werden im Rahmen der jeweiligen personellen Möglichkeiten regelmäßig durchgeführt. Darüber hinaus gibt es verschiedene Angebote der Elternarbeit und Familienbildung, die sich entweder nur an Eltern oder an Kinder und Eltern gemeinsam richten.³ Eine Vernetzung dieser Angebote im lokalen Kontext findet bisher punktuell wie z.B. rund um die Schule Hermannstal (Horn-Südost) oder in Dringsheide zwischen der Grundschule Fuchsbergredder und dem KifaZ Dringsheide statt.

Um den Bildungserfolg der Kinder zu unterstützen, ist es jedoch von großer Bedeutung, systematische Strukturen der sozialräumlichen Vernetzung zu etablieren, die u.a. das vorherrschende Nebeneinander von schulischen und nicht-schulischen Angeboten aufbrechen. Auf diese Weise können auch in sozial benachteiligten Stadtteilen mehr Eltern erreicht, aktiviert und an die verschiedenen Angebote im Stadtteil herangeführt werden.

Übergänge in der Bildungsbiographie werden zudem bruchloser gestaltet, Informationen gehen zwischen den Einrichtungen nicht mehr so schnell verloren und Eltern können über einen längeren Zeitraum nachhaltiger zur Mitwirkung motiviert werden. Erst bei einer flächendeckenden und guten Vernetzung im Bereich der Elternarbeit besteht zudem eine Chance, auch Familien zu erreichen, deren Kinder bisher keine Regeleinrichtungen besuchen.

Handlungsempfehlungen

Es wird sowohl personell als auch von der räumlichen Ausstattung her die Möglichkeit eröffnet, innovative Ansätze der Elternarbeit auch über Einrichtungs- und Institutionengrenzen hinweg in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg zu erproben. Dafür stehen erfahrene ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen zur Verfügung, die auf lokaler Ebene vernetzte Elterntreffs und -cafés, sowie Beratungs- und Bildungsangebote machen und auf diese Weise die Elternarbeit der einzelnen Einrichtungen ergänzen.

Um die Übergänge zwischen Kita und Vor- und Grundschule zu erleichtern, werden spezielle ÜbergangsmangerInnen eingesetzt, die nicht nur den bruchlosen Übergang der Kinder begleiten, sondern auch intensive Elternarbeit, z.B. in Form von Gesprächskreisen und Seminaren, durchführen.

Im Rahmen von lokalen Netzwerken wird die Möglichkeit geschaffen, Informationen zum Thema Elternarbeit auszutauschen und das Angebot kooperativ zu planen.

Es werden gemeinsame Fortbildungen der LehrerInnen und ErzieherInnen zum Thema Elternarbeit mit konkretem sozialräumlichem Bezug zum Hamburger Osten durchgeführt.

Personelle Ressourcen der Elternarbeit in Kitas und Schulen

Einrichtungen wie Kitas und Schulen sind und bleiben zwar vorrangig Kindereinrichtungen, aber erst eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern ermöglicht die erfolgreiche Erfüllung ihres Betreuungs- und Bildungsauftrages.

Das Sozialgesetzbuch VIII regelt daher, dass „die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (...) sicherstellen [sollen], dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen (...) mit den Erziehungsberechtigten und Tagespflegepersonen zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses [zusammenarbeiten]. (...) Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.“ (SGB VIII, §22a Abs. 2).

Um diesen gesetzlichen Anspruch auf Beteiligung umsetzen zu können, der bis heute zumeist uneingelöst bleibt, bedarf es eines langen Prozesses, in dessen Verlauf ein Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und ErzieherInnen geschaffen werden muss. Dabei sind es nicht nur die Eltern, die zu Teilnahme und Mitsprache motiviert werden, sondern auch die ErzieherInnen, die lernen müssen sich auf die Partizipation der Eltern einzulassen und sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen.

Ein wesentlicher Faktor, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu etablieren, ist der Faktor Zeit: Elternarbeit ist zeitaufwendig und benötigt personelle Ressourcen.

ErzieherInnen und KitaleiterInnen benötigen ein entsprechendes Arbeitszeitkontingent, um sich der Elternarbeit widmen zu können. Dabei beginnt die Elternarbeit bereits vor dem Eintritt des Kindes in die betreffende Einrichtung durch vorbereitende Gespräche und Besuche und endet erst nach dem gelungenen Übergang in die Vor- oder Grundschule.

Anders als Kitas verfügen Schulen über einen eigenständigen Bildungsauftrag. Das Bildungs- und Erziehungsrecht muss ihnen daher nicht erst „per Vertrag“ von den Eltern übertragen werden.⁴ Diese Tatsache ändert jedoch nichts an der Bedeutung,

die Elternarbeit auch und gerade im schulischen Bereich für die Bildungschancen der Kinder innehat. Ebenso wie in Kitas gilt daher in Schulen, dass Elternarbeit mit einem eigenen Arbeitszeitkontingent ausgestattet werden muss. Erst wenn unterschiedliche Angebote der Elternarbeit langfristig einen festen Platz im Schulalltag haben und die Eltern gemeinsam mit den PädagogInnen am Bildungserfolg ihrer Kinder arbeiten, wird sich auch in sozial benachteiligten Stadtteilen nachhaltig etwas an der Bildungssituation verbessern.

Handlungsempfehlungen

Für die Elternarbeit stehen ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung. Zum einen verfügen ErzieherInnen und LehrerInnen über entsprechende Stunden für die Elternarbeit. Zum anderen werden ggf. SozialpädagogInnen für spezielle Elternangebote beschäftigt (z.B. offene Treffs und Gruppen, Sprachkurse etc.).

Es besteht sowohl personell als auch von der räumlichen Ausstattung her die Möglichkeit, innovative Ansätze der Elternarbeit zu erproben (z.B. Treffpunkte, Seminar- und Kursräume, Elternsitzgruppen, Möglichkeit zur Hospitation).

ErzieherInnen und LehrerInnen besuchen regelmäßig Weiterbildungen zum Thema Elternarbeit und haben ein Forum, in dem sie sich über erfolgreiche Konzepte und Ansätze austauschen.

Weiterbildungen werden auch für ElternvertreterInnen angeboten, um sie für die Bildungsproblematik in sozial benachteiligten Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren. Ziel: Aktivierung anderer Eltern / Einbeziehung von bildungsfernen Personen in Elterngremien.

Interkulturelle Elternarbeit

Obwohl im Hamburger Osten zahlreiche Familien mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Bildungsschichten leben, sind Eltern mit Migrationshintergrund, sowohl in Kitas wie in Schulen, oft vernachlässigte Akteure.

Zum einen bedingen Sprachschwierigkeiten eine schlechtere Erreichbarkeit dieser Eltern auf herkömmlichen Wegen. Schriftliche Einladungen können teilweise nicht gelesen oder verstanden werden. Zum anderen liegt u.U. eine geringe Kenntnis über das deutsche Bildungs- und Schulsystem vor. Sie wissen daher oft nicht, was von ihnen erwartet wird. In ihrem Herkunftsland besteht möglicherweise ein anderes Verhältnis zwischen Eltern und ErzieherInnen resp. LehrerInnen.

Insgesamt resultiert daraus eine größere Hemmschwelle, zu Elternabenden oder anderen Veranstaltungen zu erscheinen und sich aktiv zu beteiligen. Diese Tatsache lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass generell weniger Interesse am Bildungserfolg der Kinder bestünde. Befragungen von Migranteltern zeigen im Gegenteil, dass ihnen viel am Lernerfolg und an der Verbesserung der Lernleistungen ihrer Kinder liegt.⁵

Kitas und Schulen müssen es sich daher zum Ziel machen, interkulturelle Elternarbeit zu forcieren, um auf diesem Wege Benachteiligungen abzubauen und Bildungschancen der Kinder mit Migrationshintergrund langfristig deutlich zu verbessern.



Handlungsempfehlungen

Einladungen und Informationsmaterial liegen in mehreren Sprachen vor.

Es werden spezielle Elternseminare und interkulturelle Elternabende mit Dolmetschern angeboten, um das deutsche Bildungssystem besser kennen und verstehen zu lernen.

In Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen werden niedrigschwellige Sprachkurse für Eltern angeboten.

Programme wie „HIPPY“ werden verstärkt auch im Hamburger Osten durchgeführt.

ErzieherInnen und LehrerInnen besuchen Fortbildungen zum Thema interkulturelle Elternarbeit.

Weiterbildungen werden auch für ElternvertreterInnen angeboten, um sie zu aktiven Partnern im Bereich der interkulturellen Elternarbeit zu machen.

Mehrsprachigkeit wird aufgewertet und in die Arbeit der Einrichtungen und Schulen aktiv einbezogen, z.B. durch mehrsprachige Vorlesestage o.ä.

Seminare wie „Starke Eltern – Starke Kinder“ werden in unterschiedlichen Sprachen, z.B. auch auf Türkisch durchgeführt.

Einbindung von Vätern

Elternarbeit ist bis heute überwiegend Mütterarbeit. ErzieherInnen und LehrerInnen – im Grundschul- und Kitabereich meist selbst Frauen – erreichen mit den verschiedenen Angeboten der Elternarbeit häufig in erster Linie die Mütter der betreuten Kinder. Für die Entwicklung der Kinder – sowohl für Mädchen als auch für Jungen – ist es jedoch von großer Bedeutung auch männliche Bezugspersonen und Rollenmuster kennen zu lernen. Zudem gilt es, überkommene Rollenverteilungen aufzubrechen und die Väter im Interesse ihrer Kinder stärker in die Erziehungs- und Bildungsverantwortung zu nehmen. Der Einbindung von Vätern in die Elternarbeit an Kitas und Schulen sollte daher besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Handlungsempfehlungen

Langfristig werden mehr männliche Erzieher und Grundschulpädagogen ausgebildet und eingestellt. Zudem wird im Rahmen von Fortbildung für die Thematik sensibilisiert.

Väter werden durch besondere Einladungen und Angebote stärker in die Elternarbeit integriert, z.B. werden reine Vater-Kind Aktivitäten geplant oder sie erhalten die Möglichkeit, Kinder an Hobbys oder beruflichen Fähigkeiten teilhaben zu lassen. Dazu werden zeitliche und räumliche Möglichkeiten geschaffen.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- In der Elternarbeit bewährt sich das Anknüpfen an Fähigkeiten und Potenzialen der Eltern, eine von Defiziten ausgehende Herangehensweise muss vermieden werden.
- Das Ansprechen und Aktivieren von Eltern stellt sich häufig als besondere Herausforderung dar, allerdings gibt es bereits viele positive Ansätze. Zum Erfahrungsaustausch zwischen MultiplikatorInnen soll ein institutionen-übergreifender Gesprächskreis eingerichtet werden.
- Ein bewährter Ansatz, um Eltern zu erreichen, sind Events wie Schulfeste, gemeinsame Abschluss-Essen von Kochkursen, Elterncafés, usw. Bei diesen Aktivitäten kann eine Vertrauensbasis entstehen, sie können als Ausgangspunkte für weitere Kontakte genutzt werden.
- Ein Dolmetscherdienst vereinfacht Gespräche zwischen PädagogInnen und Eltern. Es soll auf jeden Fall vermieden werden, dass ältere Geschwister oder gar die betroffenen Kinder selber als Dolmetscher fungieren.
- An den Förderschulen laufen zum Teil bereits intensive Bemühungen im Bereich der Elternarbeit, diese sollen unbedingt gestärkt und unterstützt werden.
- Beim Übergang von der Kita in die Grundschule sollen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der an der Kita stattfindenden Elternarbeit an die Schule weiter gegeben werden. Außer Aktivitäten zur Erleichterung des Übergangs der Kinder in die Schule sind auch Aktivitäten zum Übergang der Eltern sinnvoll, z.B. ein gemeinsames Fest von Kita und Schule.

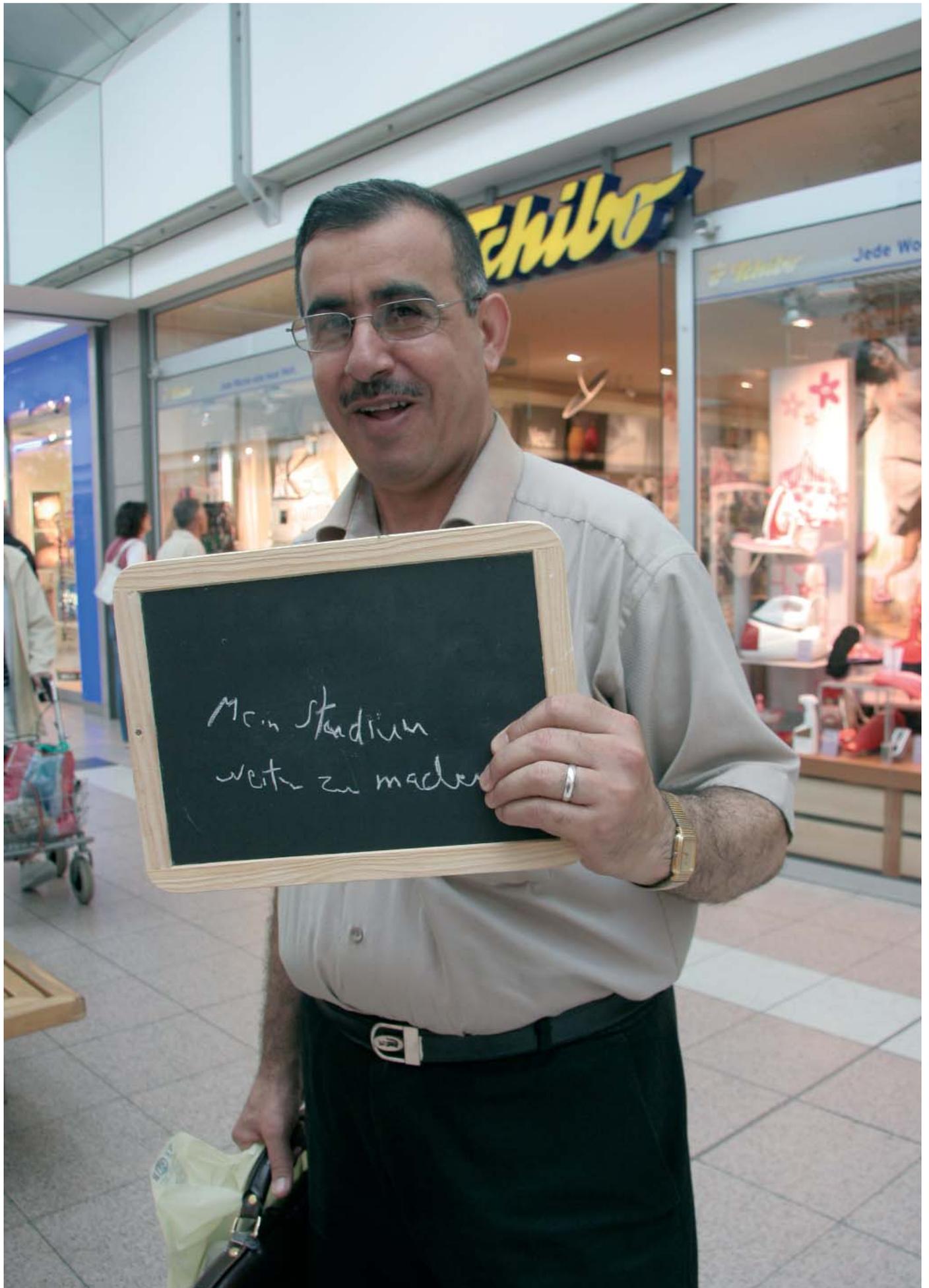
¹ Bericht der Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 18/6000 vom 16.03.2007, S. 28.

² Vgl. Martin R. Textor: „Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen“ S.1.

³ Da die Angebote der Elternschulen und Familienbildungsstätten bereits Thema des Fachgesprächs „Familienbildung“ waren, werden sie hier nur am Rande thematisiert. Ihnen kommt jedoch in der lokalen Bildungslandschaft sowie der sozial-räumlichen Vernetzung eine sehr große Bedeutung zu.

⁴ Vgl. Martin R. Textor: „Innovative Ansätze der Elternarbeit“, in: Kindergartenpädagogik – Online Handbuch, S. 8.

⁵ Vgl. Regine Hartung, Dragica Brügel: „Aktivierende Elternarbeit in Schulen mit multikulturellem Umfeld“, in: Demokratiepädagogische Blätter des Li-Hamburg.



Familienbildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 13. November 2007 im Bürgertreff Horner Geest

Die intensive Ansprache und Einbeziehung der Familien stellt auf verschiedenen Handlungsfeldern im Entwicklungsraum Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn eine zentrale Herausforderung dar. Dies gilt ganz besonders für den Bildungssektor. Zugleich steht auf dem Gebiet der Familienbildung ein bedeutendes Potenzial an Einrichtungen und Kompetenzen zur Verfügung, um den Herausforderungen zumindest qualitativ in geeigneter Weise begegnen zu können.

Gemäß § 16 SGB VIII (Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie) sollen Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden, die dazu beitragen, dass diese ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie sollen auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können.

Die Angebote der Familienbildung sollen auf die Bedürfnisse und Interessen sowie auf die Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und



das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten (§ 16 Abs 2 Nr. 1 SGB VIII). Durch Elternbildung soll die Familie als Erziehungsinstanz gestärkt werden, indem Eltern geholfen wird, für ihre Kinder ein entwicklungs-förderndes Sozialisationsumfeld zu schaffen.

Im Entwicklungsraum Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn bietet eine Vielzahl von Einrichtungen öffentlicher und freier Träger ein breites Spektrum an Familienbildungsangeboten an: Elternschulen, Familienbildungsstätten, Kinder- und Familienhilfe-Zentren, Mütterberatungsstellen, Mehrgenerationenhäuser, Integrationszentren und die Volkshochschule, ebenso Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Die Einrichtungen entwickeln ihre Angebote bedarfsorientiert und interdisziplinär und betonen als zentrales Leitprinzip ihre Offenheit gegenüber den Interessen der Eltern und Familien, die die Grundlage ihrer Arbeit bilden. Weitere Leitprinzipien der Familienbildung sind Niedrigschwelligkeit und Wohnortnähe. Eine kleinräumige Angebotsstruktur ist sinnvoller als große zentrale Angebote.

Durch ihren flexiblen Charakter in Form von offenen Angeboten, themenbezogener Gruppenarbeit, Beratung, Informationsveranstaltungen und besonderen Veranstaltungen (Ausflüge, Feste, Flohmärkte) erleichtern die Familienbildungseinrichtungen den Zugang zu den Bildungsangeboten und stärken das soziale und (inter-)kulturelle Zusammenleben im Stadtteil.

Neben institutionellen und unterrichtlichen Angeboten gibt es auch informelle Formen der Familienbildung, wie Erfahrungsaustausch von Eltern ohne professionelle Anleitung, z.B. im Rahmen der Familienselbsthilfe.

Wichtige Themengebiete im Rahmen der Familienbildung sind

- Eltern-Kind-Gruppen (offene und geschlossene Angebote)
- Gesundheitsbildung und Ernährung
- Sprachförderung und Kommunikation
- Pädagogik, Erziehung, Entwicklungspsychologie und (Säuglings-) Pflege
- kreatives und musikalisches Gestalten
- Beratung und Vermittlung von Hilfen im Einzelfall
- Geburtsvor- und -nachbereitung
- Aktives Stadtteilleben / Beteiligung

Weitere Angebote sind Hauswirtschaft, Leben in der Familie, Selbsterfahrung/Selbsthilfe, gesellschaftliche und politische Bildung, religiöse Themen, Partnerschaft, Ökologie, berufliche Bildung, freizeitorientierte Angebote und Fragen der finanziellen Sicherheit und Versorgung.

Personelle Ausstattung der Familienbildung und Qualitätssicherung durch kontinuierliche Fortbildungen

Familienbildung braucht qualifiziertes Fachpersonal, sowohl hauptamtliche- als auch Honorarkräfte, ebenso wie ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Die Arbeit der Familienbildungseinrichtungen stützt sich ganz wesentlich auf freie MitarbeiterInnen, die ihre Arbeit auf Honorarbasis leisten. Angesichts der Bedarfslage besteht eine Notwendigkeit, mehr qualifiziertes Personal zu beschäftigen.

Insbesondere die Ausstattung mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen ist in vielen Einrichtungen unzureichend und führt dazu, dass beispielsweise im Krankheitsfall keine Vertretung der Leitungsperson gewährleistet ist.

Die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen und gesetzlicher Neuerungen erfordert darüber hinaus regelmäßige Fortbildungen als wesentliches Element einer Qualitätssicherung in der Familienbildung. In vielen Bereichen existiert bereits ein gutes Fortbildungsangebot, das jedoch aus Zeitgründen oft nicht wahrgenommen werden kann.

Handlungsempfehlungen

Neben der Leitungsperson benötigt jede Familienbildungseinrichtung mindestens eine weitere halbe hauptamtliche Stelle, damit qualitativ verlässliche Vertretungslösungen gewährleistet werden können.

Fortbildungen sollten themenbezogen von kompetenten und kostengünstigen Trägern organisiert werden, die ein besonderes Augenmerk auf den jeweiligen Stadtteil sowie die Praxisorientierung legen.

Kooperation und Vernetzung

Am familienbildenden Angebot im Entwicklungsraum Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn wirken sehr verschiedene Institutionen mit. Diese Vielfalt auf Anbieterseite ist zunächst positiv, denn durch die Verteilung von Angeboten auf verschiedene Stellen ergeben sich für potenzielle TeilnehmerInnen vielfältige Anlaufstationen. So bietet sich die Gelegenheit, Familien auch über den „Umweg“ anderer Angebote einer Einrichtung in familienbezogene Präventionsmaßnahmen zu bringen. Ein über verschiedene Anbieter und Institutionen gestreutes Angebot erhöht somit die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern auf für sie hilfreiche Angebote stoßen. Andererseits kann die Vielfalt der Anbieter potenziellen TeilnehmerInnen auch den Weg zu einem bedarfsgerechten Angebot erschweren, da manche Einrichtungen vielleicht nur über eine begrenzte Bandbreite an Maßnahmen sowie über unzureichende Kompetenzen der Weitervermittlung verfügen.

Aus diesem Grund ist eine stärkere Vernetzung und Kooperation sinnvoll, die darauf abzielt, systematische Strukturen zu entwickeln. Diese sollten sich an inhaltlichen und strukturellen Zielen wie der Optimierung einer ganzheitlichen Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen, einer Verbesserung der elterlichen Erziehungskompetenzen und der bestmöglichen Partizipation an allen arbeitsteiligen Erziehungs- und Sozialisationsprozessen ausrichten.

Die Einrichtungen der Familienbildung sind bereits durch vielfache Kooperation mit anderen Einrichtungen sowohl in den Stadtteilen, als auch regional fest verankert. Durch ihre Mitwirkung bei der Entwicklung sozialräumlicher Netzwerke leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer familienfreundlichen Infrastruktur. Diese Strukturen gilt es auszubauen.

Der regelmäßige Austausch zwischen den regionalen Einrichtungen und die gegenseitige Information über die jeweiligen Angebote eröffnen die Möglichkeit, die Eltern bei Bedarf auf Veranstaltungen anderer Einrichtungen hinzuweisen und so eine Vermittlungsfunktion zu übernehmen.

Die systematische und stets aktualisierte Sammlung von Angeboten, die dann anderen Anbietern, sozialen

Diensten oder den Eltern selbst einen schnellen Überblick geben kann, ist eine aufwändige, aber wirkungsvolle Hilfe.

Die Vernetzung der Einrichtungen ist außerdem im Rahmen einer gemeinsamen Angebotsplanung sinnvoll. Durch Koordination und Kooperation könnten einzelne Einrichtungen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und auf diese Weise Know-how bündeln. Eine solche Bündelung kann zusätzlich dadurch erfolgen, dass sich verschiedene Stellen gegenseitig mit entsprechenden Angeboten versorgen, so dass nicht die Teilnehmer wandern, sondern die Angebote.



Insbesondere die Arbeit mit Familien in belastenden Lebenssituationen bildet einen bedeutenden Schwerpunkt der Familienbildung. Diese Aufgabe steht vor der besonderen Herausforderung, dass gerade diese Zielgruppe sehr schwer zu erreichen ist. Auch aus diesem Grund ist es notwendig, das Netz der Anbieter zur Erreichung belasteter Familien ständig zu erweitern, engmaschiger zu gestalten und zu verbessern.

Dennoch kommen viele Angebote bei den Menschen nachwievor nicht an, weil sie entweder zu knapp bemessen sind, oder weil die Zusammenarbeit und der Informationsfluss noch verbesserungswürdig sind.

Handlungsempfehlungen

Um Ressourcen zu bündeln und die Vernetzung und Kommunikation in quartiersbezogenen kleinräumigen Strukturen zu gewährleisten, sind lokale Koordinatoren erforderlich, die eine wichtige Klammer zwischen den Anbietern bilden. Die Gewährleistung einer lokalen Koordination wird als eine wichtige Aufgabe des Sozialraummanagements angesehen.

Lokale Bildungslandschaften

Die Einrichtungen der Familienbildung in Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn begrüßen die Entwicklung von Eltern-Kind-Zentren, die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Bildungshäusern der frühkindlichen Erziehung, die auch die Familien mit einbezieht, die enge Zusammenarbeit von Kitas, Vorschulen und Grundschulen und die Entstehung von Zentren für Bildung, Beratung und Betreuung im Rahmen lokaler Bildungslandschaften.

Diese Entwicklung erzeugt jedoch auch einen zunehmenden Abstimmungsbedarf. Um die Qualität der Familienbildung innerhalb der neu entstehenden Einrichtungen und Kooperationsformen sicherzustellen, ist die Einbeziehung von Fachkräften aus dem Bereich der Familienbildung unerlässlich.

Besonders die Schulen, die ein großes Interesse an einer Intensivierung der Familienbildung haben, müssen sich noch enger mit den entsprechenden Einrichtungen in ihrem Umfeld verknüpfen und den regelmäßigen Dialog mit diesen pflegen.

Handlungsempfehlungen

Die Schulen setzen – ebenso wie in den Bereichen Sprachförderung und Berufsorientierung – Koordinatoren für Familienbildung ein.

Bedarfsanalyse

Allgemein ist ein sehr viel höherer Bedarf an familienbezogenen Präventionsangeboten festzustellen, als ihn die derzeitige Versorgung abdecken kann. Die Bedarfsorientierung der Angebote wird durch regelmäßige Abfragen gesichert. Dabei sind die Interessen unterschiedlicher Zielgruppen zu berücksichtigen, sowohl bildungsgewohnter und sozial besser gestellter, als auch bildungsungewohnter und sozial belasteter Familien.

Neben den Befragungen von TeilnehmerInnen wären auch Informationen über die Nichtnutzer von Familienbildungsangeboten relevant. Durch sie könnten besondere Lücken im Angebot und/oder in der Verbreitung von Informationen aufgedeckt werden. Neben direkten Befragungen von potenziellen Teilnehmern und anderen Experten (z.B. Sozialarbeiter, Pädagogen aus verwandten Bereichen) sollten Sozialraumanalysen herangezogen werden. Sie könnten Informationen über die soziodemographische Verteilung der Bevölkerung und damit über eventuell unterversorgte Zielgruppen liefern.

Eine Bedarfsanalyse sollte auch berücksichtigen, dass ein Bedarf bestehen kann, obwohl die Nachfrage gering ist. So erweisen sich Väter trotz zunehmender Beteiligung an Präventionsangeboten noch weitgehend als Randgruppe.

Interkulturelle Offenheit

Familienbildung kommt gerade für die soziale Integration und gesellschaftliche Partizipation sowie für die Gestaltung des wechselseitigen Verhältnisses von Deutschen und Migranten wesentliche Funktionen zu. Dies gilt insbesondere für Frauen (Mütter), weil ihnen eine soziale Integration über eine Arbeitstätigkeit vielfach nicht offen steht, sie stärker unter Einsamkeit und sozialer Isolation leiden und sie als Hauptbezugspersonen ihrer Kinder für deren soziale Integration maßgebend sind. Dies gilt ebenso für die Kinder, weil die Einrichtungen der Familienbildung ihre späteren Bildungs- und Integrationschancen wesentlich fördern können.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit mit Migranten ist die interkulturelle Offenheit der Einrich-

tung, die z.B. durch die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit eigenem Migrationshintergrund deutlich wird. Neben der besseren sprachlichen Verständigung, die dadurch erreicht wird, wird die Zugangsschwelle zur Teilnahme an den Angeboten gesenkt. Ebenso kann weiteren Hilfestellungen besser entsprochen werden, und es wird eine größere Vertrauensbasis geschaffen. Darüber hinaus stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für die BesucherInnen auch ein erfolgreiches „Modell“ der sozialen Integration dar.



Handlungsempfehlungen

Im Sinne eines niedrighwelligen Zugangs zu einzelnen Migrationsgruppen, insbesondere zu solchen, die noch nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, sollten verstärkt muttersprachliche Angebote aufgenommen werden.

Eine weitere Option für die Einrichtungen der Familienbildung sollte die Ausweitung interkultureller Kooperation sein, d.h. die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den religiösen und den kulturellen Einrichtungen, den sozialen Zusammenschlüssen und Gruppierungen der einzelnen ethnischen Gruppen.

Rahmenkonzept Familienbildung

Das Rahmenkonzept der Hamburger Elternschulen stellt eine wichtige Grundlage für die Standortbestimmung, die Zielorientierung und die Weiterentwicklung der Familienbildung dar. Es soll zu einem integrierten Rahmenkonzept Familienbildung für den Entwicklungsraum Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn weiterentwickelt werden.

Handlungsempfehlungen

Um ein integriertes Rahmenkonzept der Familienbildung zu entwickeln, ist eine Arbeitsgruppe Familienbildung für Billstedt, Horn und Mümmelmannsberg zu gründen, die mit einem offiziellen Auftrag und ausreichend zeitlichem Potenzial ausgestattet ist. Den Auftakt könnte ein Fachtag für den Hamburger Osten bilden.

Rechtlicher Rahmen und Förderung der Familienbildung

Familienbildung beruht im Wesentlichen auf der Förderung im Rahmen des SGB VIII und findet nur zu einem sehr geringen Teil im Rahmen der allgemeinen Weiterbildung statt. So verweist die Hamburger Volkshochschule in der Regel an die Elternschulen. Da es in Hamburg kein Weiterbildungsgesetz gibt, könnten Angebote zur Familienbildung sonst nur über die Landeszentrale für politische Bildung gefördert werden, deren Richtlinien allerdings auf bestimmte (politische) Themen und Angebotsformen begrenzt sind.

Handlungsempfehlungen

Es sind gesetzliche Regelungen bzw. Verordnungen zu schaffen, die Familienbildung auch außerhalb der Regelungen des SGB VIII auf eine breitere Grundlage stellen.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Von zentraler Bedeutung ist die personelle Aufstockung der Elternschulen um jeweils eine halbe Stelle, damit der kontinuierliche Betrieb auch im Krankheitsfall gewährleistet ist. Außerdem werden auf diese Weise auch der Informationsaustausch, die Koordination und die Vernetzung mit anderen Einrichtungen im Stadtteil sichergestellt. Auch vorhandene Ressourcen wie z.B. Quartiersmanager können hier eine wichtige Rolle spielen.
- Stadtteil- bzw. Sozialraumkoordinatoren sind für je den Stadtteil wünschenswert, sie könnten eventuell an Schulen angebunden sein.
- Zusätzlich zu dem Personal in den Elternschulen, das die persönliche Unterstützung der BewohnerInnen übernimmt, soll für jeden Stadtteil ein sozialraumbezogener Familienwegweiser als Broschüre erstellt werden, der eine Sammlung von themenbezogenen Ansprechpartnern und Adressen enthält. Darüber hinaus ist es wichtig und notwendig, Kontakte zwischen den BewohnerInnen und Einrichtungen sowie zwischen den Einrichtungen untereinander herzustellen bzw. zu stärken, denn die Broschüre kann und soll die persönlichen Kontakte nicht ersetzen.
- Das vorhandene Rahmenkonzept zur Familienbildung in Hamburg soll auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Region heruntergebrochen werden. Hierzu bietet sich an, eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden.
- Einige wichtige Aktivitäten fehlen in der Region und sollten dringend angeboten bzw. ausgebaut werden: Selbstverteidigung, Deutschkurse, Kurse zur Erziehungskompetenz.
- Die vorhandenen Ressourcen der Familienhebammen sollten dringend ausgebaut werden, andere aufsuchende Ansätze sollen gestärkt werden.



Übergang Schule – Berufsausbildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 04. Oktober 2007 im Kulturpalast im Wasserwerk

Berufsorientierung

In allen Schulen der Sekundarstufe I gibt es eine lange Praxis der Berufsorientierung. Sie ist allerdings häufig personenabhängig und innerhalb zahlreicher Schulen nicht strukturell abgesichert.

Im Ergebnis sind viele Jugendliche i. d. R. aus der Schule heraus nicht umfassend genug über aktuelle Berufsfelder in der Region informiert. Sie kennen ihre eigenen Potenziale nicht gut genug und hängen immer noch an wenigen, aber traditionellen, Berufswünschen.

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ gibt hier zu in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000) folgende Empfehlungen: „Berufsorientierende und berufsvorbereitende Maßnahmen in der Sekundarstufe I sind auszubauen. In diesem Zusammenhang müssen Praxistag-Lernmodelle flächendeckend ausgeweitet werden. Eine Kompetenzfeststellung zum Aufzeigen potenzieller Ausbildungsperspektiven ist in Klasse 8 einzuführen. Diese Maßnahmen sind regelmäßig zu evaluieren.“

Ziele

- Ausreichende personelle Ressourcen für die Benennung von Koordinatoren für Berufswahlfragen durch die Behörde für Schule und Berufsbildung zur Entwicklung nachhaltiger Konzepte und deren erfolgreicher Umsetzung.
- Bündelung von Kompetenzen zur Berufsorientierung an jeder Schule und Abstimmung der Vorgehensweisen und Maßnahmen zwischen den verschiedenen Schulen in der Region.

Handlungsempfehlungen

Bereitstellung der notwendigen personellen Ressourcen und Einrichtung fester Teams zur Berufsorientierung und zum Übergang Schule – Berufsausbildung an allen Schulen mit Sek I.

Qualifizierung von Lehrkräften mit dem Ziel, die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Verantwortlich

Schulleitungen, LehrerInnen, Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Kenntnis des Arbeitsmarktes / Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben

Oft ist nicht ausreichend bekannt, in welchen Bereichen der Wirtschaft es wachsende Beschäftigungsfelder gibt und welche Berufe sich für bestimmte Schulabsolventen besonders eignen.

- Fehlende Informationen der Schüler über Ausbildungsberufe.
- Fehlende Informationen und Vernetzung von Schulen und Betrieben.

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ gibt hierzu in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000) folgende Empfehlungen: „Es ist Klarheit über den künftigen Arbeitskräftebedarf in Hamburg und der Region herzustellen. Hamburg richtet ein regelmäßiges Monitoring ein, das für die Metropolregion Hamburg den demografischen Wandel zeitnah analysiert und kontinuierlich Bedarfsanalysen der Wirtschaft (der Betriebe) vornimmt.“

Ziele

- Herstellung von Transparenz und Schaffung von Möglichkeiten passgenauer Vermittlung.
- Bessere Kooperation, Information und lokale Verantwortung für Berufsausbildung entwickeln zwischen Schulen, Betrieben und Schülern.
- Kontakte und neue Praktika ermöglichen.
- Firmen, Betriebe bei Ausbildung unterstützen.

Handlungsempfehlungen

Um den Arbeitssuchenden und Jugendlichen zu zeigen, in welchen Bereichen der Wirtschaft es in den letzten Jahren wachsende Beschäftigungsfelder gab, wird ein Branchen- und Berufsmonitoring für Wirtschafts- und Berufsgruppen durchgeführt.

Ausbildungsmesse Hamburger Osten

Verantwortlich

Schulen, Betriebe, Kammern und Verbände, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Agentur für Arbeit Hamburg

BilleVue Partner (AK), Billenetz

Übergang von der Schule in Berufsausbildung und Arbeitsleben

Das Bildungs- und Übergangsmanagement in der Region bedarf der Unterstützung und Koordinierung.

Es gibt keine systematische, ineinander greifende und aufeinander abgestimmte Förderung von gering qualifizierten SchulabsolventInnen.

Die in Hamburg durchgeführten ULME-Studien stellen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf eine generelle Benachteiligung und Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fest. Die Benachteiligung ausländischer Jugendlicher wirkt sich besonders im dualen System aus.¹

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ fordert in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000): „Der Übergang Schule – Beruf ist zu verbessern und Warteschleifen sind abzubauen. Keine Bildungsgänge ohne Anschlussperspektive, kein Abschluss ohne Anschluss (...).“

Ziele

- Optimierung des Übergangsmanagements durch Herstellung von Transparenz, Ausweitung der Kooperation sowie durch die Abstimmung von Zielen und Standards.
- Dabei sind im Rahmen der Bildungsberatung auch die besonderen Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen.
- Die Bildungsregion Mümmelmannsberg, Billstedt, Horn soll eine Modellregion für das Konzept sein.

Handlungsempfehlungen

Einrichtung eines regionalen Bildungsmanagements, das die vor Ort vorhandenen Initiativen, Projekte und Akteure bündelt, die Weiterentwicklung der Kooperation im Sinne der regionalen Entwicklungsziele begleitet und notwendige neue Entwicklungen anstößt.

Das regionale Bildungsmanagement nutzt vorhandene und bewährte Strukturen – z. B. Agentur für Arbeit (Berufsberatung etc.), Ausbildungskonsensrunden und vorhandene Netzwerke – durch intensive Zusammenarbeit und bildet mit allen Akteuren vor Ort eine Netzwerkstruktur.

Evaluierung der zahlreichen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von schwer vermittelbaren Jugendlichen, da eine Konzentration auf wenige überschaubare, aber erfolgreiche und nachhaltige Projekte zwingend ist.

Verantwortlich

Schulen, offene Kinder- und Jugendarbeit, lokale Netzwerke, Jugendamt, Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), Betriebe, Agentur für Arbeit Hamburg

Kompetenzanalyse

Die allgemeinen und fachlichen Anforderungen in der Berufsausbildung und im Beruf steigen. Die Möglichkeiten einer Beschäftigung für niedrig Qualifizierte sinken kontinuierlich. Mittelfristig droht ein Fachkräftemangel.

Schülerinnen und Schüler kennen andererseits ihre Kompetenzen und Potenziale oft nicht.

Entsprechende Analyseverfahren und Profiling setzen i.d.R. erst am Ende der Schulzeit an und werden nach unterschiedlichen Standards von schulexternen Trägern durchgeführt.

Ziele

- Es ist ein höheres Grundbildungsniveau zu sichern und die Zahl der höher qualifizierenden Abschlüsse zu steigern, um mit den wachsenden Anforderungen Schritt zu halten.
- Kompetenzanalyse wird zu einer Querschnittsaufgabe von Schule.
- Schülerinnen und Schüler kennen ihre Kompetenzen und Potenziale und können entsprechend geeignete Berufe wählen.



Handlungsempfehlungen

Bildung einer Arbeitsgruppe, die den Prozess auf Bundes- und Landesebene bei der Entwicklung und Ausarbeitung passgenauer Qualifizierungsbausteine (= Teil von geforderter/notwendiger Gesamtqualifikation) im Übergang Schule-Beruf beobachtet, regelmäßig über den Stand informiert und Vorschläge zur Nutzung unterbreitet.

Einführung regelmäßiger Kompetenzanalyseverfahren mit Schülerinnen und Schülern zur Selbsteinschätzung und Lebensplanung in der Schule.

Erfassen der Eignungs- und Qualifikationsprofile aller Jugendlichen zur Beurteilung ihrer individuellen Ausbildungs- und Arbeitsmarktfähigkeit.

Einführung von Portfolios (schriftliche Dokumentation/Mappe) als Laufbahnbegleitung für die Schülerinnen und Schüler. In den Portfolios dokumentieren die Jugendlichen ihren Werdegang zur Selbsteinschätzung oder auch, um andere über ihre Laufbahn informieren zu können.

Dabei sind die bereits vorhandenen Maßnahmen/Projekte/Instrumente einzubeziehen. (z.B. Kompro & Lernen; Praxislerntag u.a.)

Verantwortlich

LehrerInnen, SchülerInnen, Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Schulabschlüsse und Ausbildungsreife

Von Ausbildungsbetrieben wird beklagt, dass zu viele Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende nicht über die notwendige Ausbildungsreife verfügen.

Hauptschüler haben schlechte Chancen einen Ausbildungsberuf zu erlernen.

Im Hamburger Osten erlangen 31,14 % der Schulabsolventen einen Hauptschulabschluss, 22,12 % der Absolventen verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.² Diese Zahlen liegen weit über dem Hamburger Durchschnitt.

Die Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ konstatiert in ihrem Bericht vom 16.03.2007 (Drs 18/6000): „Die Hauptschule ist in Hamburg mit einem Anteil von nur noch 10,6 % aller Schülerinnen und Schüler zur einer „Restschule“ geworden, in der häufig eine Ballung bestimmter sozialer Milieus anzutreffen ist. Sie vermittelt zu wenig Berufschancen und Anschlussperspektiven.“

Es wird empfohlen, „Mittel der Bundesanstalt für Arbeit in das Schulsystem umzuschichten („Prävention statt Nachqualifizierung“) (...). Dabei sollen Arbeitsfördermittel der BA schon in der Schule ab Klasse 7 eingesetzt werden. Zur Vermeidung von teuren Nachqualifizierungsmaßnahmen sollen zusätzliche Mittel zur frühzeitigen Förderung von Risikoschülerinnen und -schülern und zur Reduktion der Abbrecherquote bereitgestellt werden.“

Ziele

- Der durch eine Expertengruppe des Nationalen Paktes für Beschäftigung im Januar 2006 erstellte Kriterien- und Indikatorenkatalog zur Ausbildungsreife wird in den Schulen des Entwicklungsraumes als Maßstab und Ziel für die Arbeit im Unterricht sowie als Grundlage für die Elternarbeit genutzt.
- Deutliche Senkung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss. Im Hamburger Osten Erreichung des Hamburger Durchschnitts bei der Qualität der Schulabschlüsse.
- Ausbildungsplätze schaffen speziell für SchülerInnen mit Haupt- und Realschulabschluss.

Handlungsempfehlungen

Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife in den Schulen.

Abschließen einer Kooperationsvereinbarung zwischen Schulen der Sekundarstufe I im Hinblick auf die eingesetzten Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife.

Vorstellung des Kriterienkatalogs zur Ausbildungsreife bei den Eltern der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II mit dem Ziel, diese zur Mitarbeit und Übernahme von Verantwortung zu bewegen. Hierzu sind neue Formen der Elternarbeit zu entwickeln, um mehr Eltern zu erreichen.

Gezielte Förderung und Unterstützung von Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund.

Verantwortlich:

LehrerInnen, Eltern, Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), Agentur für Arbeit, Ausbildungsbetriebe

¹ Vgl. ULME I Untersuchung der Leistungen, Motivation und Einstellung zu Beginn der beruflichen Ausbildung, Hamburg 2005, S. 105 ff.

² Vgl. Billenetz: „Übergangsmanagement Kita - Schule - Ausbildung - Beruf“. Zahlen von 2005, Datenquelle: Behörde für Bildung und Sport

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Die Schulen benötigen Unterstützung bei der Anbahnung von Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen. Erwünscht sind dauerhafte Kontakte zu verlässlichen Großbetrieben. Dabei ist nach Möglichkeit auf einen gewissen Branchenmix zu achten.
- Es bedarf verstärkter Bemühungen, um bei Unternehmen Verständnis – und Ausbildungsangebote – für SchülerInnen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu entwickeln.
- Die Bemühungen zur breiteren Nutzung der Möglichkeiten zur Verbundausbildung in kleineren und mittleren Betrieben sollten intensiviert werden.
- Die intensive Einbeziehung der Eltern wird als vorrangige Aufgabe angesehen. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen innerhalb der Schulen und einer engeren Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe.
- Der Berufswahlpass sollte systematischer eingesetzt werden.
- Das System der Berufsvorbereitung und der berufsbildenden Schulen wird als kompliziert und intransparent angesehen. Hier besteht erheblicher Informationsbedarf. Notwendig sind engere Kontakte sowie ein intensiverer Austausch zwischen den Sek 1-Schulen und den Gewerbeschulen.
- Die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Hamburger Ausbildungsagenturen sollte intensiviert werden.
- Ein regionales Schulinformationszentrum ist wünschenswert.





Sprachförderung und Integration

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 26. Februar 2008 im Kulturpalast im Wasserwerk

Ausgangslage

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist seit vielen Jahren Einwanderungsstadt und ein nennenswerter Anteil der Bevölkerung verfügt über Migrationserfahrung.

Die neu eingewanderten Menschen sind ebenso wie die MigrantInnen der zweiten und dritten Generation mit ihren vielfältigen kulturellen, persönlichen und beruflichen Hintergründen und Fähigkeiten zu einem wichtigen Teil der städtischen Bevölkerung geworden. Gleichzeitig ist es notwendig, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um allen in Hamburg lebenden Menschen egal welcher Herkunft die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Geringe Sprachkenntnisse sind oftmals ein entscheidendes Hindernis für Partizipation und Integration: Das Erlernen der deutschen Sprache stellt eine notwendige Voraussetzung dar, um das eigene Umfeld und die öffentliche Infrastruktur erschließen und nutzen zu können (Arztbesuche, Behördenkontakte, Informationsstellen etc.). Zudem ist Sprache der Schlüssel für selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben sowie für Teilhabe auf dem regulären Arbeitsmarkt und die Nutzung von Bildungsangeboten.

Trotz der 2005 eingeführten Integrationskurse ist der Bedarf an Sprachförderung nicht nur bei „Neuankömmlingen“, sondern auch bei MigrantInnen der zweiten und dritten Generation sehr groß. Dieser Bedarf wird bis heute nicht ausreichend gedeckt. Sprachförderung ist dabei nie singular als Spracherwerb zu betrachten, sondern beinhaltet immer vielfältige integrative Aspekte. Der heterogenen Zielgruppe angemessen, ist vor allem eine Vielfalt der Angebote hinsichtlich der Lehr- und Lernformen, der Formalisierung sowie der Inhalte und Niveaus gefragt.

In der Fachdiskussion hat sich ein ressourcenorientierter Ansatz durchgesetzt, der davon ausgeht, dass ein erfolgreicher Integrationsprozess in erster Linie dann möglich ist, wenn die Fähigkeiten und Kenntnisse der MigrantInnen positiv anerkannt werden und sich auch die deutsche Gesellschaft einem Entwicklungs- und Veränderungsprozess unterzieht.

Sprachförderung und Integration im Hamburger Osten

In Hamburg, wie auch in anderen Städten, verteilt sich die eingewanderte Bevölkerung nicht homogen über das gesamte Stadtgebiet. Die Ursachen dieser sozial-räumlichen Segregation sind vielschichtig: Neben Benachteiligungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, spielt auch der erschwerte Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten eine wichtige Rolle.¹ Daneben führt eine gewachsene migrantische Infrastruktur vor Ort (Läden, kulturelle Angebote und Begegnungsmöglichkeiten etc.) zu einer Bevorzugung bestimmter Stadtteile.

Im Hamburger Osten hatten im Jahr 2006 ca. 22 Prozent der Bevölkerung einen ausländischen Pass² (Hamburg gesamt: 14,8 Prozent; Daten des *Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein*), bei den SchülerInnen belief sich der Anteil auf 26 Prozent (HH gesamt 15,6 Prozent).



In Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg besteht daher ein besonderer Bedarf an Sprachförderung und Integration. Um langfristig das soziale Miteinander aller Bevölkerungsgruppen zu erreichen, gilt es, diese Angebote als integrale Bestandteile der Aktiven Stadtteilentwicklung festzuschreiben. In den „Basisinformationen zum Entwicklungsraum Billstedt/Horn“ im Rahmen des Programms „Aktive Stadtteilentwicklung“ ist bereits der übergreifende Projektansatz „Sozialräumliche Integration von Zuwanderern: Netzwerk Forschung und Praxis“ als wichtige Netzwerkstruktur benannt. Hamburger Mo-

dellgebiete des bundesweiten Projektes sind Schiffbeker Berg und Mümmelmannsberg.

Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern / Integrationsleitbild Hamburg-Mitte

Der Hamburger Senat hat im Dezember 2006 das „Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern“ beschlossen. Damit liegt zum ersten Mal ein umfassendes Integrationskonzept für die Stadt vor, an dessen Entwicklung neben den Fachbehörden und dem Integrationsbeirat zahlreiche Institutionen und Experten aus dem Bereich der Integrationsförderung beteiligt waren. Dem Handlungsfeld „Sprache, Bildung und Ausbildung“ ist im Rahmen des Konzeptes ein eigenes Kapitel mit konkreten Zielformulierungen und Handlungsansätzen gewidmet, die kontinuierlich fortgeschrieben werden sollen.

Darüber hinaus hat der Bezirk Hamburg-Mitte im Juni 2007 ein richtungsweisendes Leitbild zur Integrationsarbeit beschlossen, in dem Spracherwerb hervorgehoben wird als „Grundvoraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Deutschland“. Empfohlen wird „die Ermittlung der Bedarfe an Sprachförderangeboten im wohnortnahen Umfeld mit dem Ziel des niedrigschwelligen Zugangs – nach Möglichkeit in Kombination mit dem Angebot der Kinderbetreuung“ sowie die „Durchsetzung kostengünstiger Angebote der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen, Spielhäusern, Elternschulen, Häusern der Jugend, Häusern der Familie und Mehrgenerationenhäusern als Regelangebote.“

Niedrigschwelliges und wohnortnahes Angebot

In den Stadtteilen Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg bestehen seit Jahren zahlreiche Angebote der Sprachförderung und Integration, die dezentral an verschiedenen Orten durchgeführt werden. Durch ihre Vielfaltigkeit sind sie gut geeignet, den Bedürfnissen der heterogenen Zielgruppe der MigrantInnen differenziert und passgenau zu begegnen.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass gerade diejenigen Kurse, die an Orten des täglichen Lebens

von MigrantInnen stattfinden, besonders große Akzeptanz genießen. Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Elternschulen, Kinder- und Familienhilfezentren etc. bieten niedrigschwellige Kurse an, die sowohl inhaltlich als auch vom Zeitumfang her sehr flexibel gestaltet werden können. Neue Kursformen und -methoden, die durch ihre große Alltagsnähe quasi nebenbei eine enorme Vielfalt an lebenspraktischem Wissen vermitteln (Gesundheitsversorgung, Sozialberatung, Mobilität in Hamburg, Geldmanagement etc.), konnten in der Vergangenheit erprobt werden. So sind Projekte und Ansätze mit hoher integrativer Wirkung entstanden, die nicht nur regional als Vorbild dienen können, wie z.B. der Sprach- und Fahrradkurs am KiFaZ oder verschiedene Koch- und Sprachkurse an Schulen und Kitas.

Die niedrigschwelligen Kurse finden im unmittelbaren sozialen und räumlichen Umfeld der MigrantInnen statt und erreichen dadurch auch bildungsferne oder bildungsungewohnte Menschen im Hamburger Osten, die sonst große Hemmungen haben, entsprechende Angebote wahrzunehmen oder nicht dazu in der Lage sind. Neben dem Spracherwerb und/oder der Alphabetisierung wird hier idealerweise auch das Lernen selbst gelernt. Dadurch schaffen diese Kurse für einen bestimmten Teil der MigrantInnen erst den Zugang zu verbindlicheren und anspruchsvolleren Kursformen wie den Integrationskursen.

Integrationskurse

Anfang 2005 wurden bundesweit die sogenannten Integrationskurse eingeführt, die seitdem von zahlreichen MigrantInnen besucht wurden. Allein in Hamburg haben im Jahr 2006 fast neuntausend Personen (ca. dreitausend Männer und sechstausend Frauen) an Integrationskursen teilgenommen (Daten des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*, BAMF). Laut eines umfangreichen Evaluationsberichtes³ konnten sie zu einer deutlichen qualitativen Verbesserung der deutschen Integrationspolitik beitragen. Bestehende Instrumente wurden zusammengeführt und eine strukturierte Förderlandschaft ins Leben gerufen.

Zudem hat die zum 01.01.2008 beschlossene Änderung der Integrationskursverordnung einige der

Kritikpunkte, die in den ersten drei Jahren des Bestehens offenkundig wurden, aufgegriffen: Für Personen mit besonderem Förderbedarf umfassen die Integrationskurse künftig 945 Unterrichtsstunden (einschließlich Alphabetisierung und 45 Orientierungsstunden) statt wie bisher 630 Unterrichtsstunden (einschließlich 30 Orientierungsstunden). Eine stärkere Ausdifferenzierung nach Zielgruppen, Progressionsstufen und wöchentlichem Stundenumfang ist vorgesehen. Darüber hinaus können die anerkannten Träger – im Hamburger Osten handelt es sich um vier Anbieter⁴ – die Anzahl der Kurse nach dem Bedarf vor Ort ausrichten, ohne diese gesondert beim BAMF beantragen zu müssen; d.h., entsprechend den Anmeldezahlen kann eine nahezu unbegrenzte Anzahl von Integrationskursen angeboten werden.

Für viele MigrantInnen verbessert sich dadurch der Zugang zu Sprachförderung deutlich. Zudem kann positiv hervorgehoben werden, dass erstmalig die Möglichkeit besteht, auch Mütter-Sprachkurse an Schulen im Hamburger Osten als Integrationskurse durchzuführen und über Mittel des BAMF zu finanzieren.

Sehr problematisch ist jedoch, dass im Zuge der Neuregelung der Integrationskurse andere Kursformen massiv beschnitten wurden: Die Gelder für niedrigschwellige Angebote sind auch im Hamburger Osten gekürzt bzw. ganz gestrichen worden. Für einen bestimmten Teil der MigrantInnen sind diese Kurse jedoch nach wie vor der einzig mögliche Zugang zu Sprachförderung, da die Integrationskurse einen hohen Grad von Zentralisierung und Formalisierung aufweisen, der längst nicht für alle Personen mit Sprachförderbedarf geeignet und erfüllbar ist. So umfassen Integrationskurse i.d.R. mindestens 16 Stunden pro Woche, sind in ihren Methoden eingeschränkt und tragen eher schulischen Charakter.

Neu eingereiste AusländerInnen werden zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet, sofern sie über unzureichende oder keine Deutschkenntnisse verfügen. Kommen diese TeilnehmerInnen ihrer Verpflichtung nicht ordnungsgemäß nach, kann das sowohl finanzielle Folgen als auch Folgen für ihren Aufenthalt haben.⁵ Gerade die bildungsfernen EinwanderInnen benötigen jedoch im ersten Schritt eine wohnortnahe Heranführung an Sprachförderung, um zu einer verbindlichen Teilnahme am Integrationskurs überhaupt befähigt zu werden.

Handlungsempfehlungen

Niedrigschwellige und wohnortnahe Sprachkurse in unterschiedlichen Einrichtungen in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg, die von MigrantInnen im Alltag besucht werden, müssen weiterhin parallel zu den Integrationskursen bestehen und erhalten eine gesicherte und langfristige finanzielle Grundlage.

Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Elternschulen etc., bei denen Sprachförderung nicht zu den Regelaufgaben gehört, werden strukturell gestärkt und unterstützt, wenn sie niedrigschwellige Sprachkurse anbieten möchten. (Behördliche Anlaufstelle o. ä.)

Erfolgreiche Projekte wie z.B. Koch- und Sprachkurse für Mütter werden auf die gesamte Region übertragen und dort angeboten, wo Bedarf besteht.

Angebote insbesondere für bildungsferne TeilnehmerInnen werden in ihrer dezentralen Struktur gestärkt und langfristig ausgerichtet.

Die verschiedenen Angebotsformen konkurrieren nicht miteinander, sondern ergänzen sich sinnvoll und passgenau im Sinne der unterschiedlichen Lebens- und Lernsituationen der KursteilnehmerInnen. Die Vielseitigkeit des Angebotes wird erhalten und ausgeweitet, um die unterschiedlichen Zielgruppen mit ihren spezifischen Bedürfnislagen zu erreichen.

Der Spielraum, der sich durch die Neuerungen in der Integrationskursverordnung für die Träger vor Ort bietet, sollte z.B. durch Förderkurse an unterschiedlichen Orten dezentral im Hamburger Osten, ein gut ausdifferenziertes Kursangebot für bestimmte Zielgruppen sowie die Kooperation mit anderen Anbietern für ein möglichst diversifiziertes Angebot ausgenutzt werden.

Sprachkurse für Migrantinnen

Frauen sind beim Spracherwerb nach wie vor deutlich benachteiligt und neuere Untersuchungen belegen, dass sie häufiger als Männer überwiegend ihre Muttersprache sprechen. Bedingt werden diese Unterschiede in erster Linie durch klassische Rollenmuster.

Sprachförderung ist daher ein wichtiger Aspekt auf dem Weg zu Gleichstellung und Emanzipation. Außerdem sind Frauen der Schlüssel zur Bildung und Integration ihrer Kinder. Sie erfüllen eine Multiplikatorinnenfunktion für deren Spracherwerb. Projekte wie HIPPY[®] haben gezeigt, dass gerade die Förderung von Müttern langfristig auch den Bildungserfolg der Kinder sicherstellt.

Wie groß der Sprachförderbedarf bei Frauen ist, zeigt die hohe Beteiligung an Integrationskursen: Bundesweit waren etwa 60 Prozent der TeilnehmerInnen Frauen; in Hamburg lag ihre Quote sogar noch etwas höher, bei etwa 66 Prozent. Die Mehrheit von ihnen hat an allgemeinen Integrationskursen teilgenommen, während ein kleinerer Teil die speziellen Eltern- bzw. Frauenkurse besucht hat.

Die Erfahrungen der verschiedenen Einrichtungen im Hamburger Osten zeigen, dass sich darüber hinaus diejenigen Sprachförderprojekte einer besonderen Beliebtheit bei Frauen erfreuen, die wohnortnah stattfinden und sich an lebenspraktischen Situationen orientieren (z.B. Sprach- und Kochkurse). Ein Kinderbetreuungsangebot darf nicht vergessen werden.

Eines der besonders gelungenen Beispiele vor Ort ist der Fahrrad- und Sprachkurs am Kinder- und Familienhilfzentrum Dringsheide. Die Idee zu diesem Kurs entstand gemeinsam mit den TeilnehmerInnen und hat sprachlich wie räumlich zu einer konkreten Steigerung der Mobilität und Unabhängigkeit geführt.

Handlungsempfehlungen

Spezielle wohnortnahe Angebote für Frauen (mit Kinderbetreuung) werden ausgeweitet und langfristig gesichert.

Freiräume zur flexiblen Kursgestaltung werden sowohl organisatorisch als auch finanziell erhalten bzw. eröffnet, um gelungene Integrationsprozesse zu initiieren. Dazu könnte z.B. ein Angebot wie „Hamburg kennenlernen“ gehören, bei dem sowohl das unmittelbare Umfeld als auch die eigene Stadt und ihre Funktionsweisen (Verkehrsmittel, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten etc.) erkundet werden.

Die unterschiedlichen Einrichtungen von Kitas bis zu Bücherhallen werden gestärkt bei Angeboten, die Mütter und Kinder resp. Eltern und Kinder gemeinsam fördern.

Kooperation, Vernetzung und Qualitätsentwicklung

Neben den vier Anbietern, die im Hamburger Osten Integrationskurse durchführen (u.a. AWO-Integrationscenter und Bilim), gibt es zahlreiche Einzelprojekte, die verteilt über die Stadtteile und ihre Einrichtungen stattfinden. Diese Einzelprojekte, die zu einem differenzierten Angebot vor Ort geführt haben, basieren oft auf der Eigeninitiative von engagierten Einzelpersonen und Trägern. Viele dieser Ansätze könnten als Good Practice-Beispiele für die Region dienen. Insgesamt sind sie jedoch untereinander viel zu wenig bekannt; ein Informationsaustausch findet oft nur punktuell bspw. zwischen benachbarten Einrichtungen statt. Im Sinne einer gelungenen Angebotsplanung, sowie im Hinblick auf die optimale Beratung und Vermittlung der TeilnehmerInnen wäre eine engere Vernetzung jedoch von sehr großem Interesse.

Auch für die Integrationskurse kommt Rambøll Management zu dem Schluss, dass sich Netzwerke der lokalen Träger sehr positiv auf die Angebotsvielfalt auswirken.

Ziel regionaler Vernetzung und Kooperation könnte, neben dem Austausch von Informationen und Erfahrungen, langfristig auch eine gemeinsame Angebotsplanung sein, die trotz knapper Ressourcen ein vielseitiges und passgenaues Angebot für alle MigrantInnen sicherstellt. Diese könnte sich auch unter Beibehaltung der dezentralen Struktur, die charakteristisch ist für niedrigschwelliges und wohnortnahes Angebot, langfristig Ressourcen schonend auswirken.

Grundlage für die zukünftige Entwicklung und Zusammenarbeit sollte eine qualitative Evaluation des vorhandenen Sprachförderangebotes in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg sein. Damit einher gehend müsste auch der Bedarf kleinräumig erhoben werden. Auf diese Weise würde eine nachhaltige Qualitätssicherung des Angebotes erreicht und gelungene Projekte erhalten die Chance, an anderen Orten im Hamburger Osten und darüber hinaus, ihre Nachahmer zu finden.

Handlungsempfehlungen

Der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Anbietern von Sprach- und Integrationskursen muss sichergestellt werden. Sowohl für den Informationsaustausch als auch für eine vernetzte Angebotsplanung bedarf es entsprechender Mittel und einer strukturierten Koordination.

Qualitative Evaluation der vorhandenen Projekte sowie Ermittlung der Bedarfe vor Ort.

Qualitätsentwicklung durch Verallgemeinerung und Ausweitung von erfolgreichen Projekten (Good Practice-Beispielen).

Von den Kürzungen im niedrighschwelligem Bereich sind genau diejenigen MigrantInnen mit besonderer Härte betroffen, die auf Grund von Bildungsferne oder erschwerten Lebensumständen (z.B. Alleinerziehende) nicht oder noch nicht in der Lage sind, an einem Integrationskurs teilzunehmen.

Im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration und das Zusammenleben von MigrantInnen und Deutschen ist das eine sehr problematische Entwicklung, die immense soziale und finanzielle Folgekosten verursacht. Es werden damit nicht nur Zugangschancen zur Gesellschaft, sondern auch zum Arbeitsmarkt und zu (Weiter-) Bildungsangeboten verwehrt.

Finanzierung

Insgesamt ist Sprachförderung ein personalintensiver Bereich, in dem die Qualität des Angebotes und dessen Akzeptanz ganz entscheidend von der Qualifizierung der beteiligten LehrerInnen, SozialpädagogInnen etc. abhängt.

In Bezug auf die Integrationskurse kommt Rambøll Management⁷ zu dem Ergebnis, dass die Kursqualität durch die geringe Vergütung der Kursstunden deutlich beeinträchtigt wurde.⁸

Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass nur einseitig, im Bereich der Integrationskurse, mehr Mittel zur Verfügung gestellt, die niedrighschwelligem Kurse vor Ort jedoch (teilweise) eingespart werden. Zahlreiche Angebote im Hamburger Osten fallen daher weg.

Schon in der Vergangenheit konnten in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg auf Grund mangelnder finanzieller Ressourcen nicht genug niedrighschwellige Sprachkurse angeboten werden, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Zudem war die Finanzierung dieser Kurse oft prekär, da die Angebote kurzfristig über Projektmittel oder verschiedene öffentliche Fördertöpfe etc. gesichert werden mussten. Viele Einrichtungen im Hamburger Osten waren zwar erfindereich im Auftun von Finanzquellen; trotzdem wurden langfristige Planung und lokale Vernetzung durch diese Situation deutlich erschwert.

Handlungsempfehlungen

Langfristige Sicherung der Finanzierung von niedrighschwelligem und wohnortnahen Kursen.

Weg von kurzfristiger Projektförderung hin zur Aufnahme in die städtische und / oder staatliche Regelförderung. Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte.

Das Angebot muss für die MigrantInnen selbst erschwinglich sein.

¹ Diese Faktoren bedingen insgesamt eine sozio-ökonomische Benachteiligung.

² Diese Zahlen geben nur bedingt Auskunft über den Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund, da sie nur diejenigen Personen zählen, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen.

³ Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz durchgeführt von Rambøll Management im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren.

⁴ AWO Integrationscenter (AWO Migration gGmbH), Bilim, DAA - Deutsche Angestellten Akademie in Billstedt und Deutsch-Türkischer Kultur- und Bildungsverein in Horn.

⁵ Vgl. Information für Träger von Integrationskursen des BAMF, Dezember 2007

⁶ Die Abkürzung HIPPY steht für „Home Instruction for Pre-school Youngsters“ und ist ein Eltern-Kind Programm, bei dem Vorschulkindern und ihren Eltern niedrighschwellig Sprachkenntnisse vermittelt werden.

⁷ Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz durchgeführt von Rambøll Management im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren.

⁸ Die Sprachschule erhalten 2,05 Euro pro Unterrichtsstunde und TeilnehmerIn, davon ein Euro Selbstbeitrag des Teilnehmers. Durch diese niedrige Vergütung ist zum einen das SprachlehrerInnenhonorar durchschnittlich um zwei Euro pro Stunde auf etwa 17 Euro brutto gesunken, zum anderen bietet die Art der Berechnung Anreize für die Träger, möglichst große Kurse einzurichten.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Die Erfahrungen im Hamburger Osten haben gezeigt, dass der Bedarf an niedrigschwelligen Sprachförderangeboten sehr groß ist und in der Vergangenheit nicht gedeckt werden konnte.
- Die Neuregelung der Integrationskurse schafft zwar Verbesserungen durch flexiblere Kursformen; gleichzeitig wird jedoch der Fortbestand der niedrigschwelligen Angebote zur Disposition gestellt.
- Parallel zu den Integrationskursen besteht weiterhin die unbedingte Notwendigkeit, niedrigschwellige Kurse wie die „Vorschule des Lernens“ wohnortnah für spezielle Zielgruppen anzubieten, die mit geringeren Wochenstundenzahlen und unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus besucht werden können.
- Die Finanzierung dieser Kurse muss langfristig gesichert werden.
- Die vorhandenen Angebote sind vor Ort insgesamt zu wenig bekannt. Es existiert zwar mehrsprachiges Informationsmaterial, dieses ist jedoch bisher nicht regional ausgerichtet und erreicht die Zielgruppe nicht im erforderlichen Maße.
Um sicherzustellen, dass die Angebote passgenau wahrgenommen werden können, gilt es, die qualifizierte Beratung für MigrantInnen auszuweiten. Zudem sollten die MultiplikatorInnen in Schulen, Kitas, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit etc. entsprechend informiert und geschult werden.
- Sprachkurse dienen nicht allein dem Spracherwerb, sondern haben immer einen großen integrativen Aspekt. Das Kennenlernen der eigenen Umgebung sowie der Stadt Hamburg und ihrer Institutionen bspw. durch Ausflüge sollte ebenso Bestandteil der Kurse sein wie die Weitervermittlung an andere Bildungs- und Beratungseinrichtungen.
- Die Teilnahme an Integrationskursen berechtigt zum Erhalt eines Kitagutscheins. Allerdings reichen die Plätze in den Kitas zumeist nicht aus, um eine kurzfristige Aufnahme der Kinder zu ermöglichen. Zudem erlischt für Kinder unter drei Jahren der Betreuungsanspruch mit dem Ende des elterlichen Deutschkurses wieder. Eine kontinuierliche Förderung ist auf diese Weise nicht möglich.
- Es gilt daher, Kitaplätze für diese Zielgruppe zu schaffen und den Anspruch auf Betreuungszeiten auch über das Kursende hinaus zu gewährleisten. Zudem sollten mehr Ressourcen für die Sprachförderung in Kitas (unabhängig von der 25 Prozent Regelung) bereitgestellt werden und Sprachförderbedarf als eigenständiger Grund für den Kitabesuch anerkannt werden.
Die Sprachförderung für Eltern und Kinder muss Hand in Hand gehen.
- Es besteht der große Wunsch, den regionalen „Arbeitskreis Sprachförderung“ des Billenetzes wieder ins Leben zu rufen, der in der Vergangenheit erfolgreich gearbeitet hat. Ziel des Arbeitskreises soll die regionale Koordinierung und fachliche Weiterentwicklung der Sprachförderung vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrung sowie die Stärkung des niedrigschwelligen Angebotes sein.

Interkulturelle Bildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 27. Mai 2008 im Kulturpalast im Wasserwerk

Ausgangslage

„Bildung ist der entscheidende Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration.“¹

„Die Bedeutung von Bildung für Integrationsprozesse ist hoch zu bewerten. Differenziertheit des Denkens, Einblicke in gesellschaftliche Zusammenhänge, berufliche Qualifikation und Demokratiefähigkeit zum Beispiel machen den gebildeten Menschen aus, der zur friedlichen Mitgestaltung des Gemeinwesens in der Lage ist. (...). In der Einwanderungsgesellschaft ist dies eine Frage interkultureller Kompetenz für die einzelnen Menschen, aber auch für die Institutionen der öffentlichen Verwaltung, die politischen Gremien und Medien.“²

In einem Einwanderungsland wie Deutschland bedeutet die Gewährung des Rechtes auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch und vor allem die Anerkennung verschiedener kultureller, religiöser und sozialer Hintergründe der Bevölkerung sowie die Ermöglichung eines gleichberechtigten interkulturellen Austausches, aus dem neue kulturelle Praxen und Kompetenzen erwachsen.

Der Begriff „interkulturell“ meint in diesem Zusammenhang weder die Anpassung der MigrantInnen an eine „deutsche Norm“ durch die Übernahme einer als statisch verstandenen Mehrheitskultur (Dominanzkultur) noch meint er die Schaffung neuer Nischen, als Räume für kulturelle Artikulation (ausschließlich) von MigrantInnen.³ Vielmehr geht es darum, Mehrdeutigkeit, Differenz und Diversity (Vielfältigkeit) zuzulassen und wertzuschätzen sowie die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zur „interkulturellen Öffnung“ zu schaffen. Das bedeutet auch, dass sich Kultur- und Bildungsangebote für neue Formen öffnen müssen, die die kulturelle Vielfalt in Deutschland widerspiegeln.⁴

Der deutsche Migrationsforscher M. Terkessidis bemerkt dazu, dass „eine interkulturelle Öffnung (...) ein durchaus schmerzhafter, aber auch höchst kreativer Prozess [ist], in dem sich die Institutionen im Sinne eines Mainstreaming befragen müssen, inwiefern sie die Vielfalt in der Gesellschaft, also die unterschiedlichen Hintergründe, Voraussetzungen, Herangehensweisen etc., im normalen Ablauf berücksichtigen. Im Fall der

Personen mit Migrationshintergrund kann es nicht darum gehen Nischen zu schaffen, sondern alle Bereiche müssen für das Thema sensibilisiert werden.“

Diese Orientierung betont Ressourcen und Potenziale kultureller Vielheit und vollzieht bewusst eine Abkehr von der vorherrschenden Defizit- oder Problemperspektive.

Ziel interkultureller Bildung ist es, allen in Deutschland lebenden Menschen die Partizipation an gesellschaftlichen, politischen und sozialen Prozessen sowie die aktive Gestaltung der eigenen (sozialen) Umwelt zu ermöglichen (Empowerment). Existente Benachteiligungen gilt es aufzuarbeiten.

Zudem fördert interkulturelle Bildung das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und erhöht die Wahlmöglichkeiten für individuelle Lebensweisen und die Persönlichkeitsentwicklung.

Interkulturelle Bildung ist daher eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die in den allgemeinen Bildungsprozessen fest verankert sein muss. Sie befähigt die Individuen, die gesellschaftlich vorhandene kulturelle Vielfalt produktiv zu bewältigen und hat als solche sowohl eine politische, juristische, soziale und künstlerische als auch eine pädagogische Dimension.

Zentral ist die Partizipation von MigrantInnenorganisationen und Fachleuten mit Migrationshintergrund im Prozess der interkulturellen Öffnung in allen genannten Bereichen.

Die Ausbildung interkultureller Kompetenzen ist indes nicht nur für das gesellschaftliche Zusammenleben (in Deutschland) von großem Belang, sondern gewinnt durch den internationalen Handel von Dienstleistungen und Gütern auch im wirtschaftlichen Bereich stark an Bedeutung. In der Unternehmenskultur wurde daher der Begriff des „Diversity Management“ geprägt, der personale Vielfalt im Hinblick auf Kultur, Ethnie, Geschlecht, Behinderung und Alter, aber auch hinsichtlich sexueller Orientierung, Religion und Lebensstil positiv hervorhebt und wertschätzt.

Der Hamburger Senat hat im Dezember 2006 das „Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zu-

wanderern“ beschlossen. Damit liegt zum ersten Mal ein umfassendes Integrationskonzept für die Stadt vor, an dessen Entwicklung neben den Fachbehörden und dem Integrationsbeirat zahlreiche Institutionen und Experten aus dem Bereich der Integrationsförderung beteiligt waren. Dem Handlungsfeld „Sprache, Bildung und Ausbildung“ ist im Rahmen des Konzeptes ein eigenes Kapitel mit konkreten Zielformulierungen und Handlungsansätzen gewidmet, die kontinuierlich fortgeschrieben werden sollen.

Darüber hinaus hat der Bezirk Hamburg-Mitte im Juni 2007 ein Integrationsleitbild verabschiedet, in dem die Themenbereiche „Schule, Ausbildung und Arbeit“ ebenso wie „Sprachförderung“ in ihrer Bedeutung hervorgehoben und gewürdigt werden.

Auf Bundesebene wurde im Juli 2007 der erste „Nationale Integrationsplan: Neue Wege – neue Chancen“ von der Regierung vorgelegt.

Interkulturelle Bildung im Hamburger Osten

In Großstädten wie Hamburg hat gegenwärtig mehr als ein Viertel der Bevölkerung Migrationshintergrund. Rund 15 Prozent aller HamburgerInnen haben einen ausländischen Pass und stammen aus 180 verschiedenen Ländern. Etwa ein Viertel von ihnen, die größte Gruppe, besitzt die türkische Staatsbürgerschaft.⁵ Darüber hinaus leben etwa 12,5 Prozent deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund in der Hansestadt.⁶

Allerdings verteilt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr ungleich über das Hamburger Stadtgebiet. Die Ursachen dieser sozialräumlichen Segregation sind vielschichtig: Neben Benachteiligungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, spielt auch der erschwerte Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten eine wichtige Rolle. Daneben führt eine gewachsene migran-tische Infrastruktur vor Ort z.B. im kulturellen Bereich (kulturelle Angebote, Läden und Begegnungsmöglichkeiten etc.) zu einer Bevorzugung bestimmter Stadtteile.

Im Hamburger Osten hatten im Jahr 2006 ca. 22 Prozent der Bevölkerung einen ausländischen Pass, bei den SchülerInnen belief sich der Anteil auf 26 Prozent

(Hamburg gesamt 15,6 Prozent). Hinzukommen die deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund.⁷

In den Stadtteilen Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg besteht daher eine große Notwendigkeit zur interkulturellen Öffnung, die gerade vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Benachteiligung eines großen Teils der lokalen Bevölkerung der besonderen Unterstützung bedarf.

Nicht nur Kitas und Schulen, die tagtäglich von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft aufgesucht werden, sondern auch zahlreiche weitere Einrichtungen, Institutionen und Vereine vor Ort, wie Elternschulen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Integrationscenter und Jugendmigrationsdienst, Elterncafés und -verbände, der Kulturpalast, verschiedene Kulturcafés und Gemeinden unterschiedlicher Glaubensrichtungen, Bücherhallen, Volkshochschule etc. machen seit Jahren Angebote der interkulturellen Bildung bzw. berücksichtigen interkulturelle Kompetenz als Querschnittsthema in ihrem Angebot.

Niedrigschwelligkeit und Wohnortnähe des Angebotes sowie die Verankerung in den Lebenswelten der lokalen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung interkultureller Kompetenzen vor Ort.

Leider tragen viele Angebote auf Grund mangelnder langfristiger Finanzierung nur Projektcharakter. Sie sind nicht in der Lage den großen Bedarf im Hamburger Osten zu decken und es fehlt ihnen an Dauerhaftigkeit und Kontinuität.

Zudem richten sich zahlreiche Angebote ausschließlich an MigrantInnen, was vor dem Hintergrund sehr begrenzter Ressourcen, der Heterogenität der Zielgruppe und in Anbetracht des immensen Bedarfes verständlich ist. Wichtig wäre jedoch die Etablierung interkultureller Bildung als Querschnittsthema in allen gesellschaftlichen und lokalen Bereichen und die Aufhebung des Nischendaseins, bei dem vornehmlich Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund erreicht werden, ohne dass tatsächlich ein interkultureller Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungskreisen stattfindet.

Interkulturelle Bildung in der frühkindlichen Erziehung

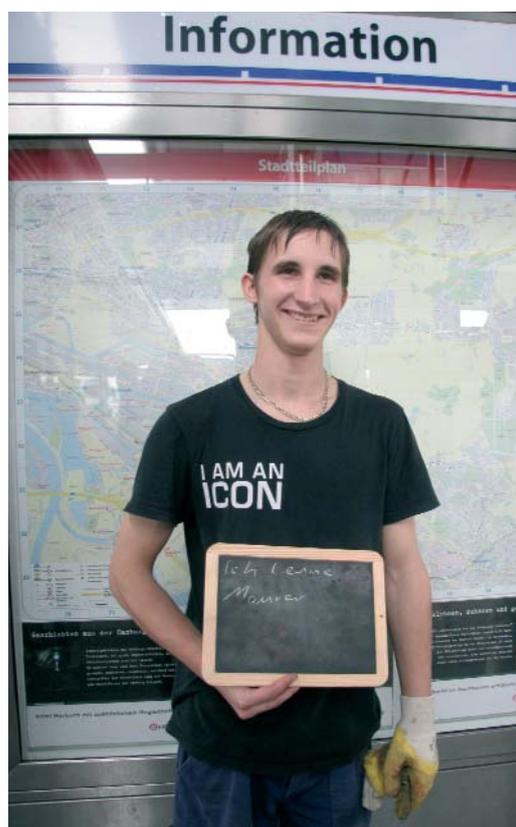
In Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, wie Eltern-Kind-Zentren, Elternschulen, Spielhäusern etc., kann kulturelle Vielfalt nicht nur lebendig vermittelt, sondern im besten Falle gelebt werden. Kinder begegnen einander zunächst offen und lernen frühzeitig mit unterschiedlichen Werten und Lebensweisen umzugehen. Sie erfahren, dass ihre Kultur und ihre Traditionen anerkannt und wertgeschätzt werden und können sich spielerisch neuen Einflüssen öffnen. Andere Sprachen, andere religiöse oder kulturelle Gebräuche werden lediglich als Differenz wahrgenommen und nicht gewertet. In der frühkindlichen Bildung bestehen daher besondere Chancen der interkulturellen Bildung. Dazu gehört sowohl der Erwerb der deutschen Sprache für Kinder mit als auch das Kennenlernen einer anderen Sprache für Kinder ohne Migrationshintergrund.⁸ Bilingualität kann in diesem Kontext bereits positiv hervorgehoben und gefördert werden.

Neben dem Spracherwerb besteht hier die Gelegenheit, sich durch Tanzen, Malen, Musizieren, Theater spielen, Geschichten erzählen, Lesen, Schreiben usw. spielerisch mit Kultur auseinander zu setzen. Die Stadt Hamburg hat Ende 2005 die „Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“ veröffentlicht, in denen grundsätzlich festgehalten ist, dass „Bildung, Erziehung und Betreuung in Krippen und Kindergärten (...) dazu beitragen [soll], dass jedes Kind gleiche Rechte und gute Chancen für eine lebenswerte Perspektive in der Gesellschaft hat, gleich, welchem Geschlecht es angehört, in welcher sozialen und ökonomischen Situation seine Eltern leben oder welcher ethnisch-kulturellen Gruppe es angehört.“⁹

Empfehlungen zur Entwicklung interkultureller Kompetenz finden zudem Berücksichtigung in allen dort angesprochenen Bildungsbereichen. Die Umsetzung dieser Empfehlungen obliegt jedoch in großem Maße den einzelnen Kitas und ihren Leitungen. Viele Kitas im Hamburger Osten legen auf Grund der großen Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung interkultureller Kompetenzen sowie den Spracherwerb. Oft fehlt jedoch der Austausch über erfolgreiche Ansätze,

Konzepte und Projekte auf lokaler Ebene auch über Trägergrenzen hinweg. Verbindliche Qualitätskontrollen sind bisher nicht eingeführt. Zudem wird von einigen Kitas eine Abwanderungstendenz von Kindern aus Mittelschichtfamilien ohne Migrationshintergrund beklagt, die dann in umliegenden Stadtteilen die Kitas besuchen.

Neben den Angeboten der Kitas haben sich im Bereich frühkindlicher Bildung verschiedene Projekte wie „HIPPY“ (Home Instruction for Parents of Pre-school Youngsters), „Bookstart“, „Gedichte für Wichte“ u.a. als Good Practice-Beispiele mit besonderem interkulturellen Fokus in der Region etabliert.



Handlungsempfehlungen

ErzieherInnen sollten in Aus- und Fortbildungen noch besser auf die interkulturelle Bildung vorbereitet werden, um unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen kennen zu lernen und vermitteln zu können. Die ErzieherInnenausbildung muss aufgewertet werden, sodass eine qualifizierte frühkindliche Bildung gewährleistet wird, die ihr Augenmerk auf die sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen richtet. Zudem sollten vermehrt ErzieherInnen mit Migrationshintergrund ausgebildet und bei der Vergabe von Stellen berücksichtigt werden.

Auf Stadtteilebene sollte eine enge und koordinierte Zusammenarbeit der Kitas untereinander sowie zwischen Kitas, Grundschulen, Elternschulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit etabliert werden, um gemeinsame Konzepte interkultureller Bildung mit sozialräumlichem Bezug (weiter) zu entwickeln. Dafür sind entsprechende personelle Ressourcen erforderlich.

Die Finanzierung für Projekte wie „HIPPY“, „Bookstart“ u.a. muss in die Regelförderung aufgenommen und langfristig gesichert werden.

Insgesamt sollten die Voraussetzungen zum Kitabesuch von mehr Kindern aus allen sozialen Bereichen verbessert werden. Darüber hinaus ist es notwendig, spezielle lokale Konzepte zu entwickeln, um den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund zu erhöhen, die eine Kita besuchen.

Interkulturelle Bildung in der Schule

Alle Kinder und Jugendlichen, gleich welchen kulturellen oder sozialen Hintergrunds, müssen in Deutschland mindestens für neun Jahre die Schule besuchen. Die Chance, mit der Schule als gesellschaftlicher Institution tatsächlich allen Kindern die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen, wird bislang jedoch unzureichend wahrgenommen. Internationale Vergleiche wie die PISA-Studie haben gezeigt, dass in keinem anderen Industrieland der Bildungserfolg eines jungen Menschen so abhängig von seiner sozialen Herkunft ist wie in Deutschland. Das Ziel muss daher

sein, die Disparitäten in der Bildungsbeteiligung der unterschiedlichen Herkunftsgruppen zu beseitigen und die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem deutlich zu verbessern.¹⁰

In der Schule ermöglichen besonders die künstlerischen Fächer Kunst, Musik und Darstellendes Spiel sowie Unterricht in Literatur-, Film-, Baukultur- und Tanzprojekten eine Auseinandersetzung mit verschiedenen kulturellen Inhalten, Praktiken und Ausdrucksformen. Das besondere Potenzial dieser Fächer darf jedoch nicht den Blick für die Notwendigkeit einer generellen interkulturellen Öffnung aller inhaltlichen und organisatorischen Bereiche in Schulen verstellen. Dazu gehört auch die Überarbeitung der Lehrmaterialien, sodass sie der Situation in einem Einwanderungsland Rechnung tragen und sich alle SchülerInnen in Rollenmodellen und den Darstellungen von Geschichte und Gesellschaft wiederfinden. Vor allem Ganztagsschulangebote, aber auch Arbeitsgemeinschaften in Halbtagschulen sowie Projekttag- und -wochen bieten die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Kultureinrichtungen auf Stadtteilebene neue interkulturelle Lernangebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen, und so interkulturelle Kompetenzen und soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Vielen ErzieherInnen und LehrerInnen fehlen jedoch die notwendigen interkulturellen Kompetenzen im Umgang mit SchülerInnen und Eltern.

Projekte wie „Wake up“ oder „HoG'smittkids“ können als Good Practice-Beispiele in Bezug auf die Erhöhung der Bildungschancen und die Schulbeteiligung sowie die lokale Vernetzung vor Ort dienen. „HoG'smittkids“ (frei übersetzt mit „Horner Geest Nachmittagskinder“) wurde vom Jugendzentrum Horner Geest in Zusammenarbeit mit dem Elternbund Hamburg-Ost e.V. und der Bürgerstiftung initiiert und wird an verschiedenen Standorten in Horn/Billstedt (GHR-Schule Steinadlerweg, Grundschule Sterntalerstraße und KiFaZ Dringsheide) durchgeführt.

Handlungsempfehlungen

Der Unterrichtsstoff in allen Fächern sollte Interkulturalität als Querschnittsthema berücksichtigen und die besonderen Chancen einer vielfältigen Schülerschaft nutzen, um ernsthaft von einem Defizit zu einem ressourcenorientierten Ansatz von Interkulturalität zu kommen.

Schulen sollten darin unterstützt werden, Aus- und Fortbildungsangebote im Sinne einer interkulturellen Schulentwicklung zu nutzen sowie bei Bedarf Ansprechpartner für Interkulturelles und Kulturmittler einzusetzen. Dazu bedarf es fundierter Weiterbildungsmaßnahmen für ErzieherInnen und Lehrkräfte sowie die verstärkte Ausbildung und Anstellung von Lehrpersonal mit Migrationshintergrund.

Schulen sollten auf lokaler Ebene darin bestärkt werden, den Kontakt mit Kitas, Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, lokalen Kultureinrichtungen und Ausbildungsbetrieben zu suchen und im Sinne eines interkulturellen Mainstreamings zu nutzen.

Interkulturelle Elternarbeit

Die Berücksichtigung der interkulturellen Bildung als integralen Bestandteil der Bildung insgesamt bedeutet für alle Bildungs- und Erziehungsorte eine Herausforderung. Neben der Berücksichtigung der formalen und nonformalen Bildung finden entscheidende Bildungs- und Erziehungsprozesse im Bereich des informellen Lernens statt.¹¹

Ungeachtet der Ausweitung institutioneller und staatlicher Erziehungs- und Bildungseinflüsse kommt der Familie eine zentrale Stellung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu. Sie schafft entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg von Lern- und Bildungsprozessen und ist damit auch der erste Ort für die Vermittlung interkultureller Kompetenzen (sowohl in Familien mit als auch ohne Migrationshintergrund).

Viele Eltern sind jedoch von dieser Aufgabe überfordert. Gerade Eltern mit Migrationshintergrund verfügen oft nicht über das nötige Wissen und die eigenen Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem. Viele von

ihnen haben selbst keine deutsche Kita oder Schule besucht und wissen nicht, was von ihnen als Eltern erwartet wird. Sprachbarrieren und das Gefühl als gleichwertige Partner nicht ernst genommen zu werden, erschweren die Kommunikation zwischen ErzieherInnen, Lehrkräften, SozialpädagogInnen etc. und Eltern zusätzlich. Obwohl Untersuchungen zeigen, dass Migranteneltern zumeist sehr viel am Bildungserfolg ihrer Kinder liegt, sind sie deutlich unterrepräsentiert bei allen Formen der Beteiligung am Bildungsprozess ihrer Kinder.¹²

Offene Elterncafés (z.B. getragen von basis & woge e.V. oder im Rahmen des Netzwerkes Horn-Südost), die sich schwerpunktmäßig an Eltern/Mütter mit Migrationshintergrund richten, genießen im Hamburger Osten daher ebenso wie niedrigschwellige Sprachkurse in Schulen, dem Kinder- und Familienhilfzentrum Dringsheide (KiFaZ) oder im Rahmen des Projektes „Wake up“ sehr große Akzeptanz. Letztere sind teilweise kombiniert mit anderen lebensweltnahen Aktivitäten, wie Kochen oder Fahrradfahren lernen. Zudem gibt es bereits in einigen Kitas Ansätze im Bereich der frühkindlichen Leseförderung, die Eltern aktiv einbeziehen und Mehrsprachigkeit explizit fördern. Auch das „HIPPY“-Projekt, das internationale Anerkennung genießt, wird in Zusammenarbeit mit der Elternschule Billstedt vor Ort umgesetzt. Im Januar 2008 ist zudem das Projekt „Brücken Bauen“ (basis & woge e.V.) angelaufen, bei dem es um Elternarbeit an der Schwelle von der Schule zum Beruf geht.

Ziel dieser Projekte ist nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern vor allem die Ermöglichung von Austausch, Partizipation und demokratischer Ermächtigung (Empowerment) der Eltern. Erst wenn die Eltern gestärkt sind und die Lehr- und Erziehungskräfte über entsprechende interkulturelle Kompetenzen verfügen, können ernsthafte Erziehungspartnerschaften zum Wohle der Kinder entstehen. Obwohl die Bedeutung der Elternarbeit heute weithin unbestritten ist, ist die Finanzierung der meisten Projekte in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg höchst prekär. Zumeist operieren sie auf der Grundlage von kurzfristigen Projektmitteln, ohne eine langfristige Perspektive aufbauen zu können. Viele Elternangebote können zudem aus finanziellen Gründen nur in großen Abständen stattfinden.

Handlungsempfehlungen

Verbesserung der Infrastruktur und Rahmenbedingungen interkultureller Elternarbeit insbesondere durch die Bereitstellung personeller Ressourcen in wohnortnahen Einrichtungen (Kitas, Schulen, Elternschulen, Familienbildungsstätten etc.)

Konzeptentwicklung und qualitative Evaluation der Projekte

Fortbildungen für LehrerInnen und ErzieherInnen zum Thema interkulturelle Elternarbeit

Mehrsprachige Elternabende und eventuelle Elternfortbildungen

Bereitstellung von Räumen für Elternarbeit z.B. in Schulen

Vernetzung der Elternarbeit auf Stadtteilebene unter Beteiligung von schulischen und nicht schulischen Institutionen

Mehrsprachige Erziehungsfortbildung für Eltern (z.B. „Starke Eltern – Starke Kinder“ auf türkisch und anderen Sprachen)

Elterncafés an Orten des täglichen Lebens

Außerschulische interkulturelle Kinder- und Jugendbildung

Einrichtungen außerschulischer kultureller Kinder- und Jugendbildung, wie z.B. der Kulturpalast, die öffentlichen Bücherhallen, die Horner Theater, die staatliche Jugendmusikschule sowie private Kunst- und Musikschulen, aber auch der Jugendmigrationsdienst, bieten Kindern und Jugendlichen die Chance, sich außerhalb der Schule aktiv und freiwillig mit Kunst und Kultur entsprechend ihrer (interkulturellen) Lebenswelt und –situation auseinander zu setzen (z.B. HipHop Academy, Jugendtheater, kreatives Schreiben etc.). Diese Einrichtungen erreichen jedoch nur einen begrenzten Teil der Jugendlichen. Ziel muss daher eine intensive Verzahnung schulischer und außerschulischer Angebote sein, um auf diese Weise auch und gerade in sozial benachteilig-

ten Stadtteilen ein breites Spektrum an kulturellen und interkulturellen Bildungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Interkulturalität in Ausbildung und Arbeitswelt

Neben der interkulturellen Öffnung der politischen, gesellschaftlichen und institutionellen Bereiche kommt gerade Betrieben und Firmen eine besondere Rolle zu.

Einerseits sind Unternehmen auf Grund der Internationalisierung des Wirtschaftsgeschehens zunehmend mit Fragen des interkulturellen Dialogs konfrontiert. Unternehmen mit einer kulturell vielfältigen Belegschaft verfügen z.B. in der Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen über große Potenziale. Andererseits suchen in Deutschland zahlreiche MigrantInnen unterschiedlichen Alters mit den verschiedensten Bildungsniveaus und Abschlüssen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Vor dem Hintergrund eines sozial sehr selektiven Schulsystems, sind es neben Kindern aus bildungsfernen und armen Familien in überdurchschnittlichem Maße Kinder mit Migrationshintergrund, die niedrige, schlechte oder gar keine Schulabschlüsse erzielen. Sie sind daher schon bei der Ausbildungssuche stark benachteiligt und finden häufig keinen Ausbildungsplatz. Besonders eklatant ist diese Disparität im Bereich der betrieblichen, dualen Ausbildung. Der Bezirk Hamburg-Mitte formuliert daher in seinem Integrationsleitbild das Ziel, „dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Durchschnitt gleichwertige Bildungs- und Berufsabschlüsse erwerben, wie deutsche Jugendliche“ und kommt zu dem Schluss, dass „es gezielter Maßnahmen [bedarf], um tatsächliche Chancengleichheit zu erreichen.“¹³

Projekte wie die Kompetenzagentur und das Übergangsmanagement Schule – Beruf sowie zahlreiche weitere Projekte an Schulen im Hamburger Osten setzen hier an.

Darüber hinaus sind viele im Ausland erworbene Berufsqualifikationen und Studienabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt.

Ziel muss daher die Schaffung einer Unternehmenskultur sein, die auf Anerkennung und Einbeziehung von Vielfalt basiert. Auch bei klein- und mittelständischen Betrieben in der Region gilt es, Vorurteile und mentale Hürden abzubauen und ein Bewusstsein für das Potenzial einer vielseitigen Belegschaft zu schaffen. In diesem Sinne müssen die Auswahlverfahren und -kriterien für BewerberInnen auf allen betrieblichen Ebenen verändert und die betrieblichen Strukturen geöffnet werden.

In Billstedt und Horn existieren zudem zahlreiche Betriebe, deren Inhaber selbst Migrationshintergrund haben. Oft verfügen sie jedoch nicht über die notwendige Ausbildererlaubnis.

Gerade die interkulturelle Öffnung im wirtschaftlichen Bereich würde entscheidend zu einer Entkopplung von Migrationshintergrund und sozio-ökonomischer Benachteiligung beitragen und die Weichen für den langfristigen und nachhaltigen Abbau von Benachteiligung und Ausgrenzung stellen. Antidiskriminierungsgesetze sind nur ein erster Schritt auf dem Weg zum interkulturellen Mainstreaming auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Handlungsempfehlungen

Entwicklung und Pflege der regionalen Unternehmenskultur und der lokalen Wirtschaft z.B. in Zusammenarbeit mit Vereinen wie Unternehmer ohne Grenzen.

Entwicklung von regionalen Bewerbungs- und Auswahlverfahren, die der interkulturellen Kompetenz und Mehrsprachigkeit Rechnung tragen und Kriterien jenseits der Schulnoten ins Zentrum rücken.

Unterstützung der UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund beim Erwerb der Ausbildererlaubnis z.B. in Kooperationen mit der Handwerks- oder Handelskammer.

Stärkung vorhandener und Entwicklung neuer Ansätze zur Hinführung zur Ausbildung in Zusammenarbeit mit den lokalen ARGEn.

Ausbau der Zusammenarbeit von Schulen und Ausbildungsbetrieben mit Projekten wie z.B. der Kompetenzagentur, um den Übergang von Schule zum Beruf erfolgreicher zu gestalten.

Förderung der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in lokalen Verwaltungen wie dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und in allen Bereichen des Bildungs- und Kultursektors.

Kooperation und Vernetzung im Stadtteil

Zahlreiche Einrichtungen und Institutionen im Hamburger Osten haben in den letzten Jahren Konzepte und Strategien der interkulturellen Bildung entwickelt und implementiert. Einerseits bemühen sie sich – teilweise in Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen – Interkulturalität als Querschnittsthema in verschiedenen Bereichen zu berücksichtigen; andererseits machen sie spezifische Angebote interkultureller Bildung, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Eine Vernetzung dieser Angebote im lokalen Kontext findet bisher jedoch lediglich punktuell, z.B. zwischen benachbarten Einrichtungen und in Projekten statt. Viele Potenziale gehen dadurch verloren oder liegen brach. Oft fehlen die notwendigen Ressourcen für eine strukturierte Zusammenarbeit.

Um das Thema langfristig im Sinne eines „Mainstreaming“ in allen Bildungs- und Gesellschaftsbereichen zu verankern, bedarf es jedoch systematischer Strukturen der sozialräumlichen Vernetzung sowie einer ineinander greifenden Konzept- und Angebotsplanung der verschiedenen Akteure in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg.

Handlungsempfehlungen

Schaffung eines Bildungsbüros, das die Implementierung interkultureller Bildung in allen Bereichen von frühkindlicher bis zur Seniorenbildung unterstützt und forciert.

Initiierung eines Runden Tisches mit MigrantInnenorganisationen im Hamburger Osten.

Umsetzung von Konzepten wie „Bildungsbotschafter“ oder „Integrationslotsen“ auf Stadtteilebene.

Qualitative Evaluation der Ansätze und Konzepte und gezielte Förderung der Good Practice-Beispiele mit sozialräumlichem Bezug.

¹ Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Der Nationale Integrationsplan: Neue Wege – Neue Chancen. 2007, S. 15.

² Ursula Neumann (Ausländerbeauftragte des Senats von 1999 bis 2002): Bericht an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Nov. 2001, S.22.

³ Vgl. M. Terkessidis: Elefant im Giraffenhäus. taz 21.11.2008

⁴ Vgl. Deutscher Kulturrat: „Interkulturelle Bildung als Chance für unsere Gesellschaft“. 18.06.2007.

⁵ Von den in Hamburg lebenden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (258.225 Menschen) kommen etwa 25 Prozent aus der Türkei, 8 Prozent aus Polen, 7 Prozent aus Serbien/Montenegro und 5 Prozent aus Afghanistan. Aus den Staaten der Europäischen Union sind 66.077 Personen in Hamburg gemeldet (ca. 26 Prozent).

⁶ Deutsche mit Migrationshintergrund sind entweder selbst eingewandert und haben die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen bzw. sind Spätaussiedler oder sie sind Kinder eingewanderter Eltern. Ausführlicher siehe Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG), 2007, S. 10.

⁷ Die Zahlen liegen für den Hamburger Osten nicht gesondert vor.

⁸ Vgl. Deutscher Kulturrat: „Interkulturelle Bildung als Chance für unsere Gesellschaft“. 18.06.2007.

⁹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Familie und Soziales: „Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“, 2005: S.

¹⁰ Vgl. Deutscher Kulturrat: „Interkulturelle Bildung als Chance für unsere Gesellschaft“. 18.06.2007.

¹¹ Vgl. Deutscher Kulturrat: „Interkulturelle Bildung als Chance für unsere Gesellschaft“. 18.06.2007

¹² Li Hamburg. Demokratiepädagogische Blätter: Aktivierende Elternarbeit in Schulen mit multikulturellem Umfeld.

¹³ Bezirksversammlung Hamburg-Mitte: Leitbild zur Integrationsarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte - Kultur des Dialogs. 19. Juni 2007.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

· Zur Entwicklung einer lokalen interkulturellen Strategie sowie eines interkulturellen Leitbildes wird die Durchführung eines berufsgruppenübergreifenden Workshops gewünscht.

Zudem sollte ein Runder Tisch zum Thema „Interkulturelle Bildung“ im Hamburger Osten installiert werden. Bei beiden Vorhaben ist die Beteiligung von MigrantInnenorganisationen von zentraler Bedeutung.

· Feste und Feiern können ein erster Schritt zum Erwerb interkultureller Kompetenzen sein, dürfen aber nicht dazu verleiten, beim kulinarischen oder musischen Bereich stehen zu bleiben. Vielmehr gilt es Strategien zu entwickeln, bei denen MigrantInnen sich mit all ihren Kompetenzen einbringen können.

· Die Mehrheitsgesellschaft muss sich in interkultureller Hinsicht öffnen und verändern, dazu ist auch der politische Wille erforderlich, interkulturelle Bildung zur Chefsache zu machen.

· Ein Bildungsbüro zur Implementierung interkultureller Bildung sollte eingerichtet werden. Bildungsbotschafter und Integrationslotsen könnten darüber hinaus Bildungsbedarfe eruieren und erfolgreich durch den „Behörden- und Angebotsdschungel“ leiten.

· Die Ausbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen berücksichtigt das Thema Interkulturalität bislang nur unzureichend. Entsprechende Aus- und Fortbildungen sollten verpflichtend festgeschrieben und Lehrinhalte zum Thema direkt aus der lokalen Praxis gewonnen werden.

· Um zunehmende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, ist eine Verankerung des Diversity-Ansatzes in der regionalen Unternehmenskultur von herausragender Bedeutung. Insbesondere bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen sollte eine berufsgruppenübergreifende interkulturelle Herangehensweise entwickelt werden.

· Erfolgreiche Projekte sollten langfristig angelegt und in die Regelförderung aufgenommen werden.

Kulturelle Bildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 21. April 2008 im Kulturpalast im Wasserwerk

Ausgangslage

Im internationalen Kontext hat kulturelle Bildung in den letzten Jahren eine große Aufwertung erfahren. Im Jahr 2006 hat die UNESCO dem Thema erstmals eine Weltkonferenz¹ gewidmet, in deren Anschluss die „Road Map für kulturelle Bildung: Schaffung kreativer Kapazitäten für das 21. Jahrhundert“ verabschiedet wurde. Die UNESCO-Road Map hält fest, dass Kultur und Künste „unerlässlicher Bestandteil einer umfassenden Bildung (sind), die es jedem Einzelnen ermöglicht, sich voll zu entfalten.“ Weiterhin erkennt sie kulturelle Bildung als „allgemein gültiges Menschenrecht für alle Lernenden (an), einschließlich derer, die oft von Bildung ausgeschlossen werden, wie z.B. EinwanderInnen, kulturelle Minderheiten und Menschen mit Behinderungen.“²

Der Deutsche Kulturrat betont die Bedeutung kultureller Bildungsprozesse als nie abgeschlossene, sondern lebensbegleitende Lern- und Auseinandersetzungsprozesse des Menschen mit sich, seiner Umwelt und der Gesellschaft. Kulturelle Bildung meint die aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur, die sowohl die aktive Rezeption als auch die eigene kulturelle Praxis beinhaltet.³

Dementsprechend verfügt kulturelle Bildung über eine pädagogische sowie über eine künstlerische



Dimension und ist sowohl prozess- als auch ergebnisorientiert. Neben der Schaffung von Kunst- und Kulturwerken in den unterschiedlichen Bereichen traditioneller und neuer Künste hat sie vor allem eine große Bedeutung bei der Vorbereitung auf die Berufstätigkeit (resp. der Weiterbildung), der Ermöglichung politischer und gesellschaftlicher Teilhabe (Empowerment) sowie der Persönlichkeitsbildung. Der Zugang zu kultureller Bildung ist jedoch sozial sehr ungleich verteilt.

Im Hamburger Osten, wo überdurchschnittlich viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene in sozial benachteiligten Verhältnissen leben bzw. Migrationshintergrund haben, besteht große Zurückhaltung und Schwellenangst gegenüber Angeboten der kulturellen Bildung. Die sozioökonomische Situation und der familiäre Bildungshintergrund spielen eine entscheidende Rolle bei der mangelnden Erschließung und Nutzung von entsprechenden Angeboten.

Besondere Bedeutung kommt daher einem kulturellen Zentrum wie dem Billstedter Kulturpalast zu, der nicht nur in der Region, sondern auch über deren Grenzen hinaus eine wichtige Leitfunktion übernommen hat, die sich einerseits aus großen Ereignissen wie der BilleVue und prämierten Projekten wie der HipHop-Academy und den Klangstrolchen speist, und andererseits untermauert wird durch eine Vielzahl von kleineren, regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen, Aufführungen und Projekten für alle Altersgruppen.

In Horn liegt der kulturelle Schwerpunkt vor allem im Bereich Theater. Neben dem Kleinen Hoftheater, das im Jahr 2008 auch einen Jugendtheaterclub eröffnet, existiert mit dem Theater Washingtonallee ein zweites Schauspielhaus im Stadtteil, während in Mümmelmannsberg bildende Kunst und Malerei durch das Offene Atelier, die Kunst- und Kulturtage Mümmelmannsberg sowie Kunst (und Graffiti) im öffentlichen Raum stark vertreten sind.

Andere Orte und Angebote kultureller Bildung im Hamburger Osten werden im Schatten dieser bekannteren Projekte öffentlich weniger rezipiert. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass vor allem von Kindertagesstätten und Schulen ein relevanter und kontinuierlicher Teil der künstlerischen und musischen Bildung vor Ort geleistet wird. Daneben sind es ins-

besondere die Volkshochschulen und Bücherhallen, die sich stark engagieren. Auch die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Seniorentreffs, Vereine, Gemeinden und Mehrgenerationenhäuser bieten in unterschiedlichem Umfang kulturelle Bildung an.

Der Besuch von privaten Musik-, Tanz- und Kunstschulen kann aus sozioökonomischen Gründen nicht von allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen in Anspruch genommen werden und spielt im Hamburger Osten eine eher untergeordnete Rolle.

Die breite Angebotspalette darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele der Angebote nur punktuell, d.h. an wenigen Orten in Horn, Billstedt oder Mümmelmansberg, gemacht werden und viele BewohnerInnen nicht erreichen. Auf Grund mangelnder dauerhafter Finanzierung haben sie zudem häufig temporären Projektcharakter.

In den Stadtteilen Horn und Mümmelmansberg fehlt eine zentrale Anlaufstelle völlig, die, vergleichbar dem Kulturpalast, mit einem differenzierten Kulturprogramm alle Altersgruppen erreicht.

Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Bereich

Kulturelle Bildung spielt eine sehr wichtige Rolle in der kognitiven, emotionalen und kreativen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP, Programm 2) betont, dass „kulturelle Bildung (...) jungen Menschen eine Teilhabe am kulturellen Leben der Gesellschaft erschließen (soll). Sie soll zum differenzierten Umgang mit Kunst und Kultur befähigen und zu einem gestalterisch-ästhetischen Handeln, insbesondere in den Bereichen Musik, Tanz, Spiel, Theater, Literatur, Bildende Kunst, Architektur, Film, Fotografie, Video, Tontechnik anregen.“

Als Bildungseffekte der Kinder- und Jugendkulturarbeit werden vom zwölften Kinder- und Jugendbericht Ich-Stärke, Erfahrung der Selbstwirksamkeit und Ein-

zigartigkeit sowie soziale Sensibilität und ästhetische Expressivität genannt.⁴

Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die häufig Erfahrungen ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung machen, können in diesem Feld Selbstbewusstsein und eigene Ausdrucksformen entwickeln. Zudem trägt kulturelle Bildung maßgeblich zur Entwicklung interkultureller Kompetenzen und zur Initiierung gelungener Integrationsprozesse bei. Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund werden zur gesellschaftlichen Teilhabe ermutigt bzw. ermächtigt.

Die Orientierung an der jeweiligen Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, die Niedrigschwelligkeit in Bezug auf Zugang, Kosten und inhaltliche Ausrichtung sowie die Wohnortnähe sind entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen von Projekten. Eine große Bedeutung kommt daher Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen vor Ort zu, die von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern alltäglich aufgesucht werden.

Wissenschaftliche Langzeitstudien bestätigen die positive Auswirkung des frühen Musikerlebens auf Intelligenz, Kreativität und Sprache sowie logisches Denken der Kinder. Eine Förderung z.B. des musikalischen Potenzials durch Projekte wie „Klangstrolche“ oder des Lese- und Sprachpotenzials durch „Gedichte für Wichte“ o.ä., die so früh wie möglich beginnen, ist daher essenziell für die weitere kognitive und emotionale Entwicklung.

Kulturelle Bildung gerade im vorschulischen Bereich wird jedoch bislang nur sehr unzureichend gefördert. Eine praxisbegleitende, systematische Unterstützung der Institutionen, um kulturelle Bildung fachlich versiert vermitteln zu können, fehlt ebenso wie die ausreichende finanzielle Ausstattung, um Kinder an Kultur heranzuführen.

Didaktische Lehrmittel, Ausbildung und fachlicher Austausch für Kitas, Elternschulen und Vorschulen sind kaum vorhanden. Zudem fehlen Konzepte, speziell sozial benachteiligte und bildungsferne Zielgruppen zu erreichen, die keine Institutionen wie Kitas, Elternschulen etc. aufsuchen.

Auch im schulischen Bereich wird zunehmend anerkannt, dass durch kulturelle Bildung eine systematische Förderung und Qualifizierung von sozialen, sprachlichen und anderen individuellen Kompetenzen erfolgt. Über den künstlerischen Ausdruck (Musik, bildende Kunst/Malerei, Bewegung und Tanz, Neue Medien etc.) werden andere Fertigkeiten wie die Sprach- und Ausdrucksfähigkeit oder das mathematisch-technische Verständnis erworben und weiterentwickelt. SchülerInnen mit bildungsfernem Hintergrund, negativen Schulerfahrungen oder Lern- und Aufmerksamkeitsproblemen können auf diesem Wege motiviert und gefördert werden.

Diesen Erkenntnissen zum Trotz hat die bildungspolitische Debatte, die durch die PISA-Studien der OECD ausgelöst wurde, eher zu einer Verschlechterung des Stellenwertes von kultureller Bildung in Deutschland geführt. Vom Deutschen Kulturrat wird kritisiert, dass der Bildungsbegriff, der den PISA-Studien zugrunde liegt, stark auf vermeintlich messbare, „harte“ Schulfächer konzentriert ist. Anderen Fächern drohe die Marginalisierung. „Künstlerische Fähigkeiten erscheinen oft nur noch als entbehrlicher Luxus.“⁴⁵ Eine Fokussierung, die nicht nur unter sozialem und bildungspolitischem, sondern auch unter ökonomischem Blickwinkel kurzfristig erscheint, da „Kreativität“ als Schlüsselkompetenz („Soft Skills“) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zunehmend gefragt ist. Darüber hinaus nehmen die Kultur- und Kreativwirtschaft in den OECD-Staaten einen wachsenden Stellenwert mit steigenden Beschäftigungszahlen ein. Kompetenzen in Neuen Medien bieten hier Berufsperspektiven.

Die Rolle, die Schulen gerade in sozial benachteiligten Quartieren im Bereich der kulturellen Bildung einnehmen, ist zentral. In ihrem Ausbau zu Ganztagschulen liegt daher eine große Chance für die kulturelle Bildung, auch wenn die zeitlichen Möglichkeiten, außerschulische Angebote am Nachmittag wahrzunehmen, dadurch eingeschränkt werden. Die Schulen tragen eine wachsende Verantwortung, ihren SchülerInnen umfassende und qualitativ hochwertige Angebote kultureller Bildung zu machen. Eine Aufgabe, die sie weder mit den vorhandenen Ressourcen noch alleine bewältigen können. Vielmehr benötigen die Schulen neben finanzieller auch personell-fachliche Unterstützung. Qualitativ

hochwertige kulturelle Bildung kann insbesondere aus der Zusammenarbeit von LehrerInnen mit KünstlerInnen, MusikerInnen, SchauspielerInnen, DramaturgInnen, GrafikerInnen, KunsterzieherInnen etc. an allgemeinbildenden Schulen erwachsen.

Daher gilt es diese Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen zu forcieren sowie langfristig und kontinuierlich weiterzuentwickeln und abzusichern.

Daneben sollte schulische Kunstvermittlung auf andere Lernorte im Sozialraum und auf außerschulische Kultur- und Jugendeinrichtungen ausgeweitet werden und diese einbeziehen, sodass langfristig Netzwerke kultureller Bildung entstehen.

Handlungsempfehlungen

Kulturelle Bildung im vorschulischen und schulischen Bereich muss gestärkt werden. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass es vielfältige Orte und Methoden kultureller Bildung gibt, die sowohl dem formellen, informellen und nicht-formellen Bereich angehören. Auch für die nonformalen Formen des Lernens und Gestaltens in Kunst und Kultur sind Möglichkeiten der Entfaltung zu schaffen.

Ansätze und Projekte der kulturellen Bildung, die bereits im Kleinkindalter ansetzen und kontinuierlich ineinander greifen werden verstärkt gefördert ebenso wie Angebote, die wohnortnah und niedrigschwellig stattfinden.

Didaktische Lehrmittel, Ausbildungen und fachlicher Austausch für Kitas, Elternschulen, Vorschulen etc. werden entwickelt. Zusätzlich wird den Institutionen eine praxisbegleitende, systematische Unterstützung gegeben, um kulturelle Bildung fachlich versiert vermitteln zu können.

Konzepte speziell zur Erreichung sozial benachteiligter Zielgruppen, bzw. von Familien, die keine Institutionen wie Kitas, Elternschulen etc. aufsuchen werden entwickelt.

Die Zusammenarbeit zwischen LehrerInnen, KulturpädagogInnen, KünstlerInnen, etc. wird auf Stadtteilebene gefördert und verankert.

Fächern wie Kunst und Musik wird ein zentraler Stellenwert im Lehr- und Stundenplan eingeräumt. Sie stellen keine Randerscheinung mehr dar. Die Chance, die die Ausweitung auf Ganztagesbetrieb für kulturelle Bildung bietet, wird genutzt, um das Angebot auszuweiten und qualitativ zu verbessern.

Netzwerke kultureller Bildung, in denen Kitas, Schulen sowie andere Kultur- und Jugendeinrichtungen kooperieren werden unterstützt und gefördert.

Schulische Kunstvermittlung wird auf andere Lernorte im Sozialraum ausgeweitet und bezieht diese ein.

Kulturelle Bildung von Erwachsenen und SeniorInnen

Im Gegensatz zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen, wird diesem Thema bei Erwachsenen und SeniorInnen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Dabei bleibt unberücksichtigt, dass kulturelle Bildung in allen Lebensphasen ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche und soziale Teilhabe ist und entscheidend zum Selbstbild, der Persönlichkeitsstärkung und der Lebensqualität beiträgt. Zudem eröffnet sie insbesondere in Stadtteilen, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, eine interkulturelle Option.

Während Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten oder Schulen an entsprechende Angebote herangeführt werden, erfährt die Entfaltung des kulturellen Potenzials von Erwachsenen und SeniorInnen wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Der Deutsche Kulturrat betont daher die Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens als Chance zur Weiterkennung, zur Lebensgestaltung und Weiterqualifizierung für alle Generationen. Und fordert eine differenzierte Betrachtung der Gruppe älterer Menschen und die Anknüpfung an ihren jeweiligen kulturellen Bedürfnissen.⁶ Für jede Altersstufe gilt es, entsprechende Angebote und Zugangsweisen, adäquate Methoden und Bildungskonzepte zu entwickeln. Trotz des viel diskutierten demografischen Wandels ist dies jedoch im Bereich der kulturellen Bildung bislang nur unzureichend erfolgt. Konzepte für Erwachsene und ältere Menschen fehlen weitgehend.

Nichtsdestotrotz werden auf lokaler Ebene zahlreiche Angebote für Erwachsene und SeniorInnen gemacht, die jedoch untereinander kaum bekannt oder vernetzt sind. Die Volkshochschule mit ihrem breit gefächerten Kursangebot ist ein zentraler Akteur, ebenso wie die Horner Theater und der Kulturpalast. Daneben engagieren sich Kirchengemeinde, Kulturvereine und Seniorentreffs mit einem inhaltlichen Schwerpunkt im Bereich Musik und Gesang für die älteren BewohnerInnen im Hamburger Osten.

Handlungsempfehlungen

Das kulturelle Potenzial der Erwachsenen und SeniorInnen in der Region muss stärker gefördert werden.

Regionale Konzepte der kulturellen Bildung für die heterogene, erwachsene Zielgruppe müssen entwickelt und erprobt werden. Spezielle Angebotsformen gilt es zu forcieren.

Fachkräfte der kulturellen Erwachsenenbildung müssen verstärkt eingesetzt und weitergebildet werden.

Kooperation und Vernetzung im Stadtteil

In zahlreichen Einrichtungen im Hamburger Osten haben sich unterschiedliche Angebote und Formen der kulturellen Bildung etabliert. Im Rahmen der jeweiligen personellen und finanziellen Möglichkeiten werden sie regelmäßig oder temporär durchgeführt. Eine Vernetzung dieser Angebote im lokalen Kontext findet bisher jedoch lediglich punktuell, z.B. zwischen benachbarten Einrichtungen und in Projekten statt. Viele Potenziale gehen dadurch verloren oder liegen brach. Bereits bei Kindern und Jugendlichen sind die Chancen, ihre kulturellen Potenziale zu ent-

wickeln, erheblich eingeschränkt. Wichtige Entwicklungs- und Erprobungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Persönlichkeitsentwicklung sowie die gesellschaftliche Teilhabe bleiben damit weitgehend ungenutzt.

Um langfristig zu einer regionalen Angebotsvielfalt im Bereich der kulturellen Bildung zu gelangen, die auch sozial benachteiligte Personengruppen in ausreichendem Maße erreicht und fördert, bedarf es systematischer Strukturen der sozialräumlichen Vernetzung sowie einer ineinander greifenden Angebotsplanung der verschiedenen Einrichtungen und Institutionen.

Es gilt, auf lokaler Ebene Räume zu schaffen, die sowohl die aktive Rezeption als auch die eigene kulturelle Praxis ermöglichen. Zudem muss kulturelle Bildung in die Angebote von Einrichtungen und Institutionen integriert sein, in denen sich Eltern und ihre Kinder, Jugendliche, SeniorInnen, MigrantInnen und andere Zielgruppen der Angebote regelmäßig aufhalten. Als Querschnittsthema u.a. von Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik bieten sich viele Anknüpfungspunkte, um umfassende lokale Kooperationen und Konzepte zu verwirklichen und zu einer durchdachten Förderstruktur zu gelangen.



Grundlegend ist eine ressortübergreifende Politik für kulturelle Bildung, die sowohl die verschiedenen inhaltlichen Bereiche von Musik über Literatur bis Malerei und Grafik berücksichtigt, als auch den unterschiedlichen Erscheinungsformen und Praktiken im formellen und informellen Rahmen Rechnung trägt.

Um Qualität und Ergebnisse der kulturellen Bildung zu sichern, darf dabei der Blick nicht nur auf den pädagogischen Aspekt der Arbeit gerichtet werden.

Vielmehr muss gleichermaßen dafür gesorgt werden, dass neben qualifizierten ErzieherInnen und (Fach-) LehrerInnen auch Fachkräfte aus den kunst- und kulturschaffenden Berufen aktiv in die Prozesse der kulturellen Bildung einbezogen werden. Erst wenn mit MusikerInnen, MalerInnen, DramaturgInnen etc. gute und kontinuierliche Kooperationsbeziehungen aufgebaut werden, erreichen auch die Ergebnisse des Bildungsprozesses ein qualitativ hochwertiges Ergebnis.

Darüber hinaus ist die gemeinsame Präsentation der Angebote kultureller Bildung z.B. in einem regionalen Veranstaltungskalender, die Entwicklung regionaler Veranstaltungsformate sowie die kooperative Öffentlichkeitsarbeit für Lesungen, Aufführungen, Ausstellungen und Events von großer Bedeutung.

Handlungsempfehlungen

Die Vernetzung der Angebote kultureller Bildung im Hamburger Osten wird forciert und eine ineinander greifende Angebotsplanung auch über Einrichtungsgrenzen hinweg wird für alle Altersgruppen angestrebt.

Die Fachleute aus Kultur, Kunst und Pädagogik arbeiten eng zusammen. KünstlerInnen und Kulturschaffende werden regelmäßig in schulische und außerschulische Angebote eingebunden.

Die kulturelle Bildung in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg wird durch koordinierte Öffentlichkeitsarbeit bekannter gemacht und in einem gemeinsamen Veranstaltungskalender beworben.

Finanzielle Ressourcen und Qualitätsentwicklung

Kulturelle Bildung ist nicht mit einigen Großereignissen erledigt, sondern benötigt vor allem Zeit, Kontinuität und kompetente Fachkräfte. Wer z.B. ernsthaft ein Instrument erlernen möchte, weiß, dass viel Fleiß und Ausdauer mit der künstlerischen Bildung verbunden sind. Die Akzeptanz der Angebote bei den Zielgruppen hängt zudem entscheidend davon ab, ob sie niedrigschwellig, lebensweltnah und interessant gestaltet sind. Auch das ist ein langwieriger Prozess, der in der Regel nicht über wechselnde Einzelprojekte bewegt werden kann. Daher gilt es, Modellprojekte dauerhaft in die Regelförderung aufzunehmen, um langfristige und nachhaltige Perspektiven zu eröffnen, ohne dabei an Aktualität, Vielfalt und Flexibilität zu verlieren.

Um Qualität und Weiterentwicklung des Angebotes sicherzustellen, sollten die vorhandenen Projekte regelmäßig unter qualitativen Gesichtspunkten evaluiert werden.

Eine strukturelle lokale Vernetzung kann nur dann gelingen, wenn die Zusammenarbeit gut koordiniert und Angebote gemeinsam geplant werden, hierzu bedarf es ausreichender personeller Ressourcen.

Zudem ist es erforderlich, für MultiplikatorInnen und Fachkräfte unterschiedlicher Berufsgruppen (LehrerInnen, ErzieherInnen, KunstpädagogInnen, aber auch LeiterInnen von Seniorentreffs etc.), regelmäßige Weiterbildungen anzubieten, die neben thematischen Schwerpunkten auch einen sozialräumlichen Bezug herstellen.

Zusätzlich zu den personellen Ressourcen bedarf es geeigneter Räume für Proben, Aufführungen und Ausstellungen in den Bereichen Musik, Gesang, Tanz, Schauspiel/Theater und Literatur. Viele dieser Räumlichkeiten sind an unterschiedlichen Orten im Hamburger Osten vorhanden, müssen jedoch unterhalten werden. Lediglich ein größerer Veranstaltungssaal für mehr als 250 Personen fehlt. Zudem sollte auch Kunst im öffentlichen Raum in angemessenem Maße gefördert werden.

Die Beschäftigung mit Grafik, Design und Architektur erfordert darüber hinaus zumeist den Zugang zu Neuen Medien und Computern, die z.B. an Schulen bereitgestellt werden sollten.

Handlungsempfehlungen

Für Angebote der kulturellen Bildung müssen von der Öffentlichen Hand ausreichend personelle und räumliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Daneben gilt es Partnerschaften mit privaten Sponsoren zu etablieren, die bereit sind, Projekte in der Region zu fördern.

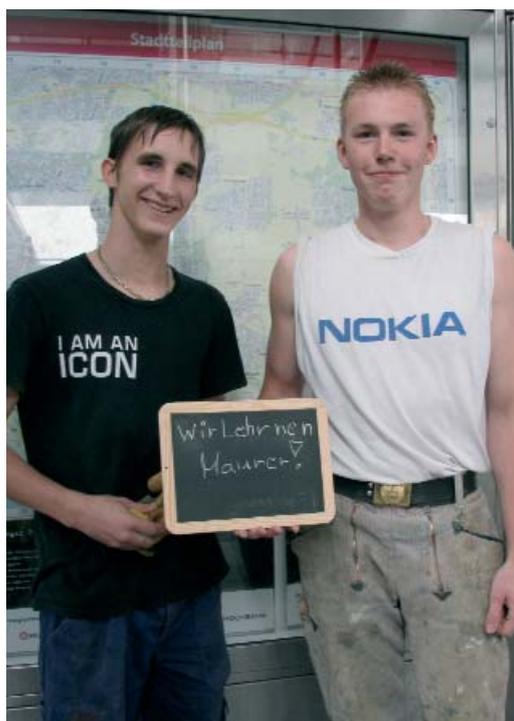
Erfolgreiche Modellprojekte werden in die Regelförderung aufgenommen und langfristig gesichert.

Institutionen (Kitas, Schulen, Seniorentreffs etc.), die kulturelle Bildung in ihr Angebot integriert haben, werden gestärkt und erhalten Unterstützung.

Für verschiedene Berufsgruppen, die an kultureller Bildung beteiligt sind, wird regelmäßig qualitätsgesicherte Aus-, Fort- und Weiterbildung angeboten.

Es stehen personelle Ressourcen für die Koordination und sozialräumliche Vernetzung des Angebotes z.B. in Form einer Koordinierungsstelle zur Verfügung.

Die Wirksamkeit von Programmen wird regelmäßig überprüft (qualitative Evaluation), um nachhaltige Erfolge zu sichern und gezielt erfolgreiche Projekte in die Regelförderung zu übernehmen.



¹ An der UNESCO-Weltkonferenz zur kulturellen Bildung: Schaffung kreativer Kapazitäten für das 21. Jahrhundert, die vom 6. bis 9. Mai 2006 in Lissabon stattfand, haben ca. 1000 Experten aus etwa 100 Mitgliedsländern teilgenommen.

² Road Map für kulturelle Bildung – UNESCO-Weltkonferenz zur kulturellen Bildung. 2006, S. 3.

³ Deutscher Kulturrat: Kulturelle Bildung im digitalen Zeitalter. Standortbestimmung des Deutschen Kulturrates zu Kultur und Bildung. Juni 2000, S. 1.

⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. 2005, S. 242, 249 ff

⁵ Vgl. Max Fuchs: Kulturelle Bildung auf dem Weltgipfel. In: kultur.kompetenz.bildung, Nov./Dez. 2005, S. 2; Olaf Zimmermann: PISA-Jüngern die Zähne zeigen. In: kultur.kompetenz.bildung, Nov./Dez. 2005, S. 1.

⁶ Deutscher Kulturrat: Kulturelle Bildung eine Herausforderung durch den demografischen Wandel. Berlin 2006.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Die musikalische Förderung von Kindern und Jugendlichen im Hamburger Osten ist trotz mehrerer herausragender Projekte insgesamt unzureichend. Es muss daher eine gemeinsame Strategie von Kitas, Schulen und weiteren Einrichtungen vor Ort entwickelt werden, wie die Angebote verbessert und ausgeweitet werden können. Zudem sollte gezielte Nachwuchsförderung betrieben werden. Hierzu bedarf es einer Aufstockung der finanziellen Ressourcen.
- In den Schulen ist, neben einer besseren personellen Ausstattung mit Musik- und KunstlehrerInnen, eine Erhöhung der investiven Mittel dringend notwendig, damit erfolgreiche Projekte mit externen Kunst- und Kulturschaffenden fortgesetzt und neue Projekte initiiert werden können. Neben öffentlichen Geldern ist in zunehmendem Maße das Engagement von Stiftungen und Sponsoren gefragt; daher wird eine gemeinsame Fundraising-Strategie, die Partner wie den Kulturpalast, die Jugendmusikschulen etc. einbezieht, angestrebt.
- Der Kulturetat des Bezirks Hamburg-Mitte, um den zahlreiche Projekte konkurrieren, war schon in der Vergangenheit zu gering und ist nun, durch die Erweiterung des Bezirks um den Stadtteil Wilhelmsburg, vollkommen unzureichend geworden. Der Etat sollte dringend aufgestockt werden.
- Die Präsentation der Projektergebnisse bei öffentlichen Auftritten schafft Erfolgserlebnisse und steigert die Motivation der Beteiligten; gleichzeitig trägt sie sowohl zur Imageverbesserung der Region als auch zur Akquisition von Sponsoren bei und sollte daher gezielt gefördert werden.
- Die Etablierung einer „Kinder Uni“ im Hamburger Osten, bei der verschiedene Bildungseinrichtungen gemeinsam zu einem Thema arbeiten, wird sehr befürwortet.
- Kunst und Kultur für Erwachsene und SeniorInnen stellen einen eigenen Bereich dar, der stärker unterstützt und entwickelt werden sollte. Es besteht z.B. in den verschiedenen Altersgruppen sehr großes Interesse an Theater- oder Schreibprojekten.
- Zugangsbarrieren zu Kunst- und Kulturangeboten, die teilweise über den Preis und teilweise über mentale Hürden vermittelt werden, sollten abgebaut werden, um die Nachfrage langfristig zu stärken.
- Mit einer „Kultur Karte“, die vergünstigten Eintritt zu Ausstellungen, Auftritten und Veranstaltungen in der Region gewährt, könnten mehr Menschen angesprochen werden.
- Mit sichtbaren Projekten zur Architektur im Stadtteil sollte das Thema stärker in den Interessenfokus gerückt werden.

Gesundheitsbildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 26. März 2008 im Kulturpalast im Wasserwerk

Ausgangslage

Die 1986 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verabschiedete Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung besagt, dass Gesundheitsförderung zum Ziel hat, *„allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen.“*

Gesundheit wird nicht als das bloße Fehlen von Krankheit, sondern als *„umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden“* definiert, das nur dann zu erlangen ist, wenn *„sowohl Einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. (...) Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit betont wie die körperlichen Fähigkeiten.“*¹

Zudem stellt Gesundheit eine bedeutsame Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben sowie für die Lebensqualität dar.² Sie ist gesellschaftlich jedoch höchst ungleich verteilt: Menschen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsstatus und insgesamt ungünstigeren Lebensbedingungen haben eine geringere Lebenserwartung, einen schlechteren Gesundheitszustand und verfügen über weniger Ressourcen, Belastungen und Einschränkungen zu bewältigen bzw. ihnen vorzubeugen.³ Neben arbeitslosen und sozial benachteiligten Menschen, zählen MigrantInnen und Flüchtlinge sowie kinderreiche Familien, Alleinerziehende, chronisch Kranke und Wohnungslose zu den benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Diese Erkenntnisse der sozialwissenschaftlich-medizinischen Public-Health Forschung werden für die Stadt Hamburg u.a. durch die Stadtdiagnose 2 aus dem Jahr 2001 bestätigt: *„Wer sozial benachteiligt ist, lebt in benachteiligten Stadtgebieten, verhält sich gesundheitsriskanter, ist verstärkt von Gesundheitsproblemen betroffen und stirbt früher.“*⁴ Zum Zeitpunkt der Untersuchung lebten etwa 415.000 EinwohnerInnen in den 24 Hamburger Stadtteilen mit schlechterer sozialer Lage, in denen die Männersterblichkeit um 35 und die Frauen-

sterblichkeit um 20 Prozent höher lag als in besser gestellten Stadtteilen.⁵

Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg zählen zu diesen Stadtteilen mit schlechterer sozialer Lage, in denen das erhöhte Gesundheitsrisiko unter anderem geprägt wird durch ein spezifisches gesundheitsbezogenes Risikoverhalten (z.B. Ernährung, Zigaretten-, Alkohol- und Drogenkonsum, Bewegungsmangel), die begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen (Geld, Wohnsituation, soziale Unterstützung, Bewältigungskompetenzen), einen schlechteren Zugang und geringere Inanspruchnahme von Informationsangeboten und Versorgungsleistungen sowie durch mangelndes Vorsorgebewusstsein („Gesundheitsanalphabetismus“).

Gesundheitsbildung, also die Vermittlung von gesundheitsbezogenem Wissen, ist ein wesentlicher Faktor, um die gesundheitliche Selbstbestimmung zu fördern und die soziale Ungleichheit auf diesem Gebiet zu mindern (Ziele der Ottawa-Charta). Gesundheitsbildung ist dabei ein Querschnittsthema, das in Kindertagesstätten, Schulen, Elternschulen, Familienhilfezentren, Integrationscentern, Sprachkursen, Seniorentreffs, Beratungsstellen etc. und nicht nur im originär medizinischen Bereich und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) seinen Platz haben muss, will man die Ziele der Ottawa-Charta erreichen.

Im Hamburger Osten gibt es bereits seit Jahren zahlreiche Ansätze und Angebote, die in verschiedenen Einrichtungen und Institutionen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden und als Good Practice-Beispiele in der Region dienen können.

Besonders bewährt haben sich lebensweltorientierte Angebote, die z.B. in den Bereichen Ernährung und Bewegung nicht nur theoretisches Wissen vermitteln, sondern durch gemeinsames Handeln Kenntnisse praktisch erfahrbar und umsetzbar machen. Sie bieten zudem ganz konkrete alltagspraktische und finanzielle Entlastungen (z.B. Kochkurse, in denen gesunde und preiswerte Lebensmittel verwendet werden).

Niedrigschwelligkeit und Wohnortnähe sind wichtige Kriterien, um die Zielgruppen zu erreichen. Orte und

Einrichtungen des täglichen Lebens bieten Anknüpfungspunkte für Gesundheitsbildung, ohne die Adressaten zu stigmatisieren.⁶

Um dauerhafte Lernerfolge und Verhaltensänderungen zu bewirken, sollte Gesundheitsbildung zudem bei den jeweiligen Potenzialen der TeilnehmerInnen ansetzen (Ressourcenorientierung), ihre Lebenssituation berücksichtigen und ihnen nicht zuletzt auch Spaß machen.

Gesundheitsbildung bei Familien und Kindern

In der Verantwortung für ihre Kinder zeigen viele Eltern ein starkes Interesse an Gesundheitsthemen. Daher besteht in Familien mit kleinen Kindern eine große Offenheit gegenüber Angeboten der Gesundheitsbildung und -beratung.

Früh zeigt sich jedoch, dass die gesundheitliche Situation von Kindern aus sozial benachteiligten Familien durch verstärkte Risikofaktoren und ein erhöhtes Krankheitsrisiko gekennzeichnet ist. Der Lebensstil und das Verhalten der Eltern prägen das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Kinder nachhaltig. Wird ein gesundheitsförderlicher Lebensstil nicht kontinuierlich entwickelt, treten im späteren Lebensverlauf deutlich häufiger Erkrankungen auf, die auf falsche Ernährung, mangelnde Bewegung oder den Konsum von Suchtmitteln zurückzuführen sind (Übergewicht, Diabetes mellitus, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und andere chronische Erkrankungen).

Der Hamburger Gesundheitsbericht (Stadttdiagnose 2) untersucht den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und gesundheitlicher Situation für die Bereiche frühkindliche Gesundheitsprobleme und Säuglingssterblichkeit, Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen sowie Zahngesundheit und stellt in allen Bereichen einen eindeutigen Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und einem signifikant schlechteren Gesundheitszustand fest.

Vorsorgeuntersuchungen (U 1 – U 8/U 9) werden zudem deutlich weniger in Anspruch genommen. Dies bestätigt auch der erste Bericht zur „Kinderge-

sundheit in Hamburg“ aus dem Jahr 2007 und stellt darüber hinaus fest, dass auch die Durchimpfungsrate in sozial benachteiligten Stadtteilen wesentlich geringer ist. Der Bezirk Hamburg-Mitte bildet hier mit einer Durchimpfungsrate von nur etwa 65 Prozent (Masern, Mumps, Röteln) das hamburgweite Schlusslicht.⁷



In einigen Bereichen kommt der Bericht zur „Kinder-gesundheit in Hamburg“ zwar zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung, da sich sowohl im Vorsorgeverhalten wie in der Zahngesundheit leichte Verbesserungen abgezeichnet haben.

Alarmierend sind hingegen die Ergebnisse beim Thema Übergewicht und Adipositas von Kindern. Ihre Zahl nimmt auch in Hamburg seit Jahren deutlich zu: während hamburgweit die Anzahl übergewichtiger Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung innerhalb von zehn Jahren von 9,3 auf 11,8 Prozent (Stand: 1994/95 und 2004/05) gestiegen ist, liegen die Werte im Bezirk Hamburg-Mitte weit über diesem städtischen Durchschnitt. Hier waren 15,3 Prozent (2004/05) der einzuschulenden Kinder übergewichtig oder fettleibig.⁸

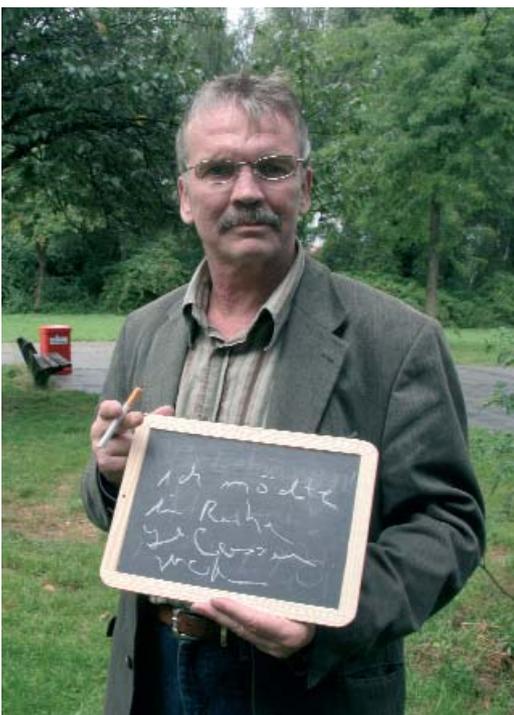
Auch in den Bereichen der Entwicklungsstörungen (Sehen, Hören, Sprechen, motorische und orthopädische Auffälligkeiten) und der Aufmerksamkeits-

defizite (ADS/ADHS) bestehen enge Zusammenhänge zu den kulturellen und sozialen Lebensbedingungen der Kinder.

Um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen langfristig und nachhaltig zu fördern, ist es notwendig, ihr Lebensumfeld gesundheitsfördernd zu gestalten und so früh wie möglich ihre Gesundheitskompetenz zu stärken. Praktische Gesundheitsförderung und Prävention gehen dabei Hand in Hand mit Gesundheitsbildung.

In diversen Einrichtungen des Hamburger Ostens gibt es seit langem integrierte Angebote zur Gesundheitsbildung und -förderung, die in den letzten Jahren ergänzt wurden durch Kooperationsprojekte wie z.B. „Bille in Bewegung“ und „Wake up“ im Legiencenter, an denen sich mehrere Netzwerkpartner vor Ort aktiv beteiligen.

Einerseits richten sich die Angebote von Elternschulen, Eltern-Kind-Zentren, Familienbildungsstätten, Mütterberatungsstellen, Familienhebammen etc. an Eltern, die oft aus Unkenntnis oder mangelndem Bewältigungsvermögen die Möglichkeiten zur gesundheitlichen Stärkung ihrer Kinder wenig nutzen. Ziel ist eine ganzheitliche und familienbegleitende Förderung, die Eltern aktiviert und ermächtigt ihre



Verantwortung und Vorbildfunktion im Bereich Gesundheit wahrzunehmen.

Andererseits haben sich lebensweltbezogene Ansätze z.B. im Setting Kita oder Schule als wirkungsvoll erwiesen. Bewegung und Psychomotorik bilden hier ebenso wie das gesunde Mittagessen Bestandteile des täglichen Angebotes. Darüber hinaus bietet z.B. die Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen sowie Projektwochen zu gesunder Ernährung in Kitas und Schule (z.B. Ausschreibung „Gesunde Schule in Hamburg“, Modellprojekt „Kita fit für die Zukunft“).

Ab August 2008 wird in Hamburg-Mitte (Pilotbezirk) das „Gesundheits- und Familienmobil“ unterwegs sein, das – unter Federführung des Deutschen Kinderschutzbundes in Kooperation mit Einrichtungen vor Ort – Beratungsangebote rund um die Themen Gesundheit, Vorsorge (U-Untersuchungen), Bewegung und Familie anbietet.

Trotz vieler guter Ansätze haben die Untersuchungen zur Kindergesundheit und -bewegung in Hamburg deutlich gezeigt, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen. Insbesondere für die sozial benachteiligten Stadtteile belegen sie eine negative Entwicklung gerade in den Bereichen Übergewicht, Bewegung und Ernährung. Neben ungesundem Essverhalten und bewegungsarmen Freizeitschäftigungen spielt vor allem die schlechte sozioökonomische Lage vieler Haushalte im Hamburger Osten eine maßgebliche Rolle für die gesundheitliche Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien. Gesundheitsbildung stößt hier an ihre Grenzen. Sie kann Verhalten ändern und Gesundheitsbewusstsein fördern, die zugrunde liegenden Probleme kann sie jedoch nicht lösen, sondern bestenfalls abmildern.

Handlungsempfehlungen

Gesundheitsbildung wird systematisch und flächendeckend in die Angebote von Kitas und Schulen integriert.

Die Themen werden sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen in den regulären Stundenplan aufgenommen und regelmäßig in Projektwochen oder bei Aktionstagen praktisch umgesetzt.

Alle sozialen Einrichtungen und Institutionen werden dabei unterstützt, niedrigschwellige und ganzheitliche Gesundheitsförderung und -bildung in ihre Angebote zu integrieren.

Frühstücksprojekte wie z.B. „Wake up“ werden in die Regelförderung aufgenommen und auf weitere Standorte in der Region ausgedehnt.

Schulen, Kitas und andere Einrichtungen werden gefördert bei der Ausgabe von gesunden und kostengünstigen Mittagessen.

Wohnort- und praxisnahe Kurse wie z.B. Mütterkochkurse werden regelhaft unterstützt.

Die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen (U1-U9 bzw. U 10) wird verbindlich geregelt. Schulärzte besuchen die Schulen regelmäßiger.

Im Hamburger Osten werden mobile Beratungsstellen geschaffen, die kompetent zu gesundheitsrelevanten Themen beraten können.

Mütterberatungsstellen und Familienhebammen werden gestärkt, Modellprojekte wie „Wellcome“ werden auf den gesamten Hamburger Osten ausgeweitet.

Der Erfahrungsaustausch zwischen Eltern wird ermöglicht und gefördert. Für Selbsthilfegruppen bspw. zu Themen wie ADS/ADHS stehen Räume und fachliche Unterstützung im Stadtteil zur Verfügung. Laut KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) besteht großer Unterstützungsbedarf für Selbsthilfegruppen im Hamburger Osten. Aus personellen Gründen kann KISS dort derzeit keine intensive Versorgung oder Betreuung leisten.

Ausweitung und Verankerung von Programmen zur gezielten Reduzierung von Übergewicht im Hamburger Osten in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen z.B. „Moby Dick“.

Bewegung:

Es werden gezielt öffentlich zugängliche Bewegungsräume und Freiflächen geschaffen, die als Spiel- und Sportflächen genutzt werden können.

Bewegungsanreize werden z.B. durch Projekte wie die „Abenteuerwege“ in die täglichen (Schul-) Wege im Stadtteil integriert.

Durch Angebote der Gesundheitsbildung wird die Vorbildfunktion der Eltern für das Bewegungsverhalten der Kinder gestärkt z.B. durch Familiensportfeste, gemeinsame Stadtteil Radtouren etc.

Familienfreundliche Sport- und Bewegungsangebote werden kostengünstig und dezentral angeboten.

Gesundheitsbildung für SeniorInnen

Mit zunehmendem Alter sind Menschen in der Regel höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Daher ist es von besonderer Bedeutung, sich mit diesen Veränderungen vertraut zu machen, ihnen vorzubeugen und aktiv zu begegnen.

Angebote der Gesundheitsbildung und -förderung haben im Bereich der SeniorInnenarbeit einen hohen Stellenwert und werden häufig nachgefragt. Neben dem Erhalt der Mobilität und Gesundheit fördern sie vor allem die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung bis ins hohe Lebensalter hinein. Ernährungs- und Bewegungsangebote, Gymnastik, Spaziergänge und Tanz stellen integrale Bestandteile des Programms vieler Seniorentreffs (kirchlich und nicht konfessionell) und der Sport- und Bürgervereine in Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg dar. Sturzprävention und Gedächtnistraining sind weitere wichtige Angebote.

Ein niedrigschwelliges Bewegungs-Projekt „Auf geht's – Spaziergangsbegleitung für Senioren“ wird gerade im Bereich Schleemer Bach neu angeboten.

Seniorenlotsen, Seniorenbeiräte und öffentliche Seniorenberatungsstellen bieten darüber hinaus Informationen und setzen sich für die Belange der Zielgruppe ein.

Insgesamt gibt es im Hamburger Osten jedoch zu wenige Angebote für die heterogene Zielgruppe der SeniorInnen. Viele SeniorInnen werden daher von den vorhandenen Angeboten bisher nur unzureichend erreicht.

Handlungsempfehlungen

Es werden mehr wohnortnahe Angebote der Gesundheitsförderung und -bildung für SeniorInnen geschaffen, die lebensweltlich eingebunden sind z.B. bei Seniorentreffs, Bürgerhäusern, Sportvereinen etc.

Generationen übergreifende Angebote werden verstärkt gefördert, bei denen sich die verschiedenen Altersgruppen unterstützen und bereichern.

Interkulturelle Gesundheitsbildung

Sprachliche und kulturelle Barrieren sowie mangelnde Informationen über das deutsche Gesundheitssystem erschweren den Zugang zu Gesundheitsversorgung und -bildung erheblich. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der MigrantInnen auch und gerade im Hamburger Osten in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen lebt.

Einige MigrantInnen leiden zudem unter körperlichen und seelischen Problemen, die durch die Erfahrung von Migration, Flucht oder Verfolgung bedingt sind. Die Berichte zur Kindergesundheit in Hamburg haben gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund seltener und unregelmäßiger zu den Früherkennungsuntersuchungen gehen, größere Defizite bei den Fähigkeiten „Sehen“ und „Sprechen“ aufweisen und überproportional häufig von Übergewicht und Fettleibigkeit (Adipositas) betroffen sind.

Sprachbarrieren erschweren zudem bei allen Altersgruppen die ärztliche Anamnese und Diagnose. In vielen Einrichtungen und Kursen (z.B. Sprachkursen) vor Ort zeigt sich immer wieder, wie groß gerade

bei Erwachsenen der Bedarf ist, gesundheitsrelevante Fragestellungen zu behandeln, entsprechende Vokabeln zu lernen und Informationen über das Gesundheitssystem zu erlangen.

Um sowohl Informations- als auch Behandlungsdefizite langfristig abzubauen, muss daher eine interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens erfolgen.

Handlungsempfehlungen

Im Hamburger Osten werden in verschiedenen Einrichtungen, die alltäglich von MigrantInnen besucht werden, niedrighschwellige und lebensweltnahe Angebote der Gesundheitsbildung integriert und systematisch vernetzt.

Informationen und Beratungen liegen in mehreren Sprachen vor bzw. werden in verschiedenen Sprachen angeboten.

Ärzte und medizinisches Personal werden im interkulturellen Dialog sowie im Hinblick auf kulturell divergierende Auffassungen von Gesundheitsversorgung geschult.

Langfristig werden mehr Ärzte und medizinisches Personal mit Migrationshintergrund ausgebildet und eingestellt. Die Berufsausübung von ausländischen Ärzten wird erleichtert.

Muttersprachliche MultiplikatorInnen werden geschult und eingesetzt, um Zugänge zum Gesundheitswesen zu erleichtern (z.B. „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“: MiMi-Gesundheitsprojekt).

Spezielle Angebote für MigrantInnen, die sich mit der psychosozialen Situation nach Migration oder Flucht beschäftigen, werden systematisch und regelhaft unterstützt.

Suchtprävention

Sucht ist ein Faktor, der nicht nur die Gesundheit von Erwachsenen, sondern auch bereits von Kindern und Jugendlichen massiv beeinträchtigt. Sie tritt in allen gesellschaftlichen Schichten auf; schwierige soziale Lagen begünstigen jedoch den Konsum von Sucht- und Genussmitteln wie Tabak, Alkohol, Medikamenten und anderen Drogen (Cannabis, Kokain, Ecstasy etc.) wie zahlreiche Untersuchungen zeigen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigt sich in Hamburg ein früherer Kontakt mit Suchtmitteln⁹ und die Konsumanteile von illegalen Drogen liegen höher (Großstadtphänomen).

Trotz großer Nachfrage, ist das Angebot an Suchtberatungsstellen im Hamburger Osten sehr gering. Die notwendige Bildungs-, Präventions- und Beratungsarbeit kann daher nur unzureichend geleistet werden.

Bevölkerungskreisen ungeachtet ihrer sozioökonomischen Situation, ihres Bildungsniveaus oder ihrer Herkunft zu erreichen, ist es von großer Bedeutung, systematische Strukturen der sozialräumlichen Vernetzung zu etablieren.

Gesundheitsbildung muss in die Angebote von Einrichtungen und Institutionen integriert sein, in denen sich Eltern und ihre Kinder, SeniorInnen, MigrantInnen und andere Zielgruppen der Angebote regelmäßig aufhalten.

Wichtig ist darüber hinaus jedoch vor allem eine enge Zusammenarbeit zwischen dem medizinischen Bereich (Ärzten, Kliniken, Apotheken etc.), den Öffentlichen Gesundheitsdiensten und den sozialen Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil, sodass verschiedene Ansätze der Gesundheitsbildung und -förderung nahtlos ineinander greifen.

Handlungsempfehlungen

Im Hamburger Osten werden niedrigschwellige Suchtberatungsstellen gezielt gefördert.

Psychosoziale Betreuung und Präventionsangebote werden ausgeweitet.

Ein integriertes Beratungszentrum zu Sucht- und Gesundheitsproblematiken sowie zur allgemeinen Sozialberatung (Wohnung, Schulden etc.) wird im Hamburger Osten eröffnet.

Handlungsempfehlungen

Lokale Netzwerke, an denen alle Akteure von Gesundheitsbildung beteiligt sind, werden aufgebaut und gefördert. Kooperationen von sozialen Einrichtungen und Institutionen mit Kinderärzten, Sportvereinen, Öffentlichen Gesundheitsdiensten etc. werden gestärkt.

Funktionierende, institutionalisierte Strukturen in den Stadtteilen z.B. Runde Tische, Kooperationsprojekte, Gesundheitskonferenzen sowie Fachforen werden ausgebaut.

Kooperation und Vernetzung im Stadtteil

In zahlreichen Einrichtungen im Hamburger Osten haben sich unterschiedliche Modelle und Angebote zur Gesundheitsbildung etabliert und werden im Rahmen der jeweiligen personellen Möglichkeiten regelmäßig durchgeführt. Eine Vernetzung dieser Angebote im lokalen Kontext findet bisher punktuell z.B. zwischen benachbarten Einrichtungen und in Projekten wie „Bille in Bewegung“ und „Wake up“ statt.

Um jedoch langfristige und nachhaltige Verbesserungen der Lebens- und Gesundheitssituation bei allen

Finanzielle Ressourcen und Qualitätsentwicklung

Wirkungsvolle Gesundheitsbildung kostet Geld: Gesundheitsbildung braucht Zeit und kompetente Fachkräfte. Die Akzeptanz der Angebote hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und Angebote zu verstetigen. Das ist ein langwieriger Prozess, der nicht über wechselnde Einzelprojekte bewegt werden kann. Vielmehr gilt es, Modellprojekte dauerhaft in die Regelförderung aufzunehmen, um langfristige und nachhaltige Perspektiven zu eröffnen.

Eine strukturelle lokale Vernetzung kann nur dann gelingen, wenn die Zusammenarbeit gut koordiniert und Angebote gemeinsam geplant werden, hierzu bedarf es ausreichender personeller Ressourcen.

Zudem benötigen die Fachkräfte unterschiedlicher Berufsgruppen (MedizinerInnen, PädagogInnen, ErzieherInnen, TrainerInnen, ErnährungsexpertInnen, HauswirtschaftlerInnen etc.) regelmäßige Weiterbildungen, die neben thematischen Schwerpunkten auch einen sozialräumlichen Bezug herstellen.

Zusätzlich zu den personellen Ressourcen bedarf es geeigneter Räume für Bewegung und Sport, einerseits im öffentlichen Raum und andererseits in Kitas, Schulen, Elternschulen, Sporthallen etc.

Um Qualität und Weiterentwicklung des Angebotes sicherzustellen, sollten die vorhandenen Projekte regelmäßig unter qualitativen Gesichtspunkten evaluiert werden.

Für die Zielgruppe müssen die Angebote kostengünstig sein.

Wirkungsvolle Gesundheitsbildung spart Geld: Die Folgekosten von Fehlernährung und mangelnder Bewegung einschließlich der daraus resultierenden Erkrankungen sind sozial und monetär kaum zu beziffern. Einerseits entstehen direkte Behandlungs- und Rehabilitationskosten, andererseits können die betroffenen Personen oft nur eingeschränkt am Erwerbsleben teilnehmen.

Ausgaben in den Bereichen Gesundheitsbildung und Prävention sind daher Investitionen, die sich langfristig auszahlen und in ihrer Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden können.

Handlungsempfehlungen

Für Angebote der Gesundheitsbildung müssen sowohl von der Öffentlichen Hand als auch den Krankenkassen ausreichend personelle und räumliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Erfolgreiche Modellprojekte werden in die Regelförderung aufgenommen und langfristig gesichert.

Einrichtungen, die Gesundheitsbildung in ihre Angebote integrieren, werden gestärkt und erhalten Unterstützung.

Für verschiedene Berufsgruppen, die an Gesundheitsbildung beteiligt sind, wird regelmäßig qualitätsgesicherte Aus-, Fort- und Weiterbildung angeboten.

Es stehen personelle Ressourcen für die Koordination und sozialräumliche Vernetzung des Angebotes z.B. in Form einer Koordinierungsstelle zur Verfügung.

Die Wirksamkeit von Programmen wird regelmäßig überprüft (qualitative Evaluation), um nachhaltige Erfolge zu sichern und gezielt erfolgreiche Projekte in die Regelförderung zu übernehmen.

¹ Weltgesundheitsorganisation: Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung, 1986, S. 1.

² Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Umwelt und Gesundheit: Kurzfassung des Landesberichtes Hamburg, Stadtdiagnose 2, April 2001. S. 9.

³ Vgl. Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, 2005.

⁴ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Umwelt und Gesundheit: Kurzfassung des Landesberichtes Hamburg, Stadtdiagnose 2, April 2001. S. 5.

⁵ Sterblichkeit nach sozialer Lage in Hamburg, 1986 bis 1997 zusammengefasst. In: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Umwelt und Gesundheit: Kurzfassung des Landesberichtes Hamburg, Stadtdiagnose 2, April 2001. S. 6.

⁶ Petra Hofrichter: Gesundheitsförderung nachhaltig stärken. In: HAG: Hilfe die Herdmanns kommen ... nicht! 2005, S. 9.

⁷ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG): Kindergesundheit in Hamburg. Bestandsaufnahme der Gesundheit und der gesundheitlichen Versorgung von Kindern in Hamburg. 2007. S. 23ff.

⁸ Ebd. S. 31ff.

⁹ Ebd. S. 61 ff.

In Hamburg werden durchschnittlich im Alter von 12,6 Jahren erste Erfahrungen mit dem Rauchen und im Alter von 12,9 Jahren erste Erfahrungen mit Alkohol gemacht. Cannabis wird mit 14 Jahren erstmalig probiert.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Bei vielen jungen Müttern besteht ein eklatantes Wissensdefizit hinsichtlich des Umgangs mit ihren Kindern. Sie benötigen Anleitung zum Spielen, Schmusen, Vorlesen, usw. Um dieses Wissen gezielt zu vermitteln, könnte an Schulen z.B. ein Elternführerschein angeboten werden.
- In der Region gibt es einen hohen Bedarf an den Angeboten der Familienhebamme und Mütterberatung, für den die vorhandenen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen. Sie müssen dringend erhöht werden, ebenso wie die Stundenzahl der Kita-Ärztin, die mit einer halben Stelle für den ganzen Bezirk Hamburg-Mitte zuständig ist. Anstrengenswert ist eine Regelung wie in den Niederlanden, wo es pro Stadtteil zwei Schwestern gibt, die alle werdenden Eltern besuchen.
- Bei der Versorgung mit Fach- bzw. Kinderärzten gibt es strukturelle Defizite in der Region. Die wenigen vorhandenen Praxen sind überlastet, die Zulassung von Kinderärzten müsste durch die Kassenärztlichen Vereinigung (KV) stärker geregelt bzw. ortsgebunden sein. Zwar wird von Seiten des Bezirksamtes seit Jahren mit der Kassenärztlichen Vereinigung über eine Verbesserung dieser Situation verhandelt, eine Lösung ist aber noch nicht in Sicht. Auch die vorhandenen Ressourcen für Ergotherapie und Logopädie reichen nicht aus.
- Es fehlt an Selbsthilfegruppen. Die KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) betreut den Hamburger Osten von ihrer Geschäftsstelle in Altona aus und unterstützt bei Bedarf Selbsthilfegruppen in Billstedt/Horn.
- Für das Thema Gesundheitsbildung muss häufig erst Bedarf geweckt werden. Bewährt hat sich die Einbeziehung von Gesundheitsbildung in bestehende Angebote bzw. Kurse. Die Angebote sollten wohnortnah in vertrauter Umgebung wie Elternschulen oder Kitas stattfinden, eine Kinderbetreuung ist unbedingt notwendig.
- Das Angebot zur Gesundheitsbildung ist groß und vielfältig. Hierüber sollte eine Übersicht in Form einer Broschüre erstellt werden.
- Sportangebote speziell für Migrantinnen werden zunehmend angefragt und sollen verstärkt angeboten werden.
- Diverse Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, z.B. die im Projekt „Bille in Bewegung“ erprobten Kochkurse und Gärten für Kinder, wurden als Projektvorschläge in das Stadtentwicklungskonzept Billstedt-Horn aufgenommen, so dass die Hoffnung auf eine nachhaltige Sicherung solcher erfolgreicher Angebote besteht.

Allgemeine und politische Weiterbildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 15. Januar 2008 im Bürgertreff Horner Geest

Ausgangslage

Seit langem besteht eine breite gesellschaftliche Übereinkunft darüber, dass dem lebensbegleitenden Lernen und damit auch der Weiterbildung in der Informations- und Wissensgesellschaft zunehmend eine Schlüsselrolle zukommt. Dies gilt nicht allein in ökonomischer Hinsicht, in der das Reservoir an Fähigkeiten und Qualifikationen als wesentliche Basis für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum gilt. Bildung ist mehr als nur Ausbildung und Qualifikationserwerb. Sie ist Voraussetzung dafür, sich in der kompliziert gewordenen Welt zu verorten und zu behaupten, und sie bestimmt zunehmend die Wahrnehmung von Lebenschancen. Das dem Postulat lebensbegleitenden Lernens zu Grunde liegende Bildungsverständnis betrachtet die Menschen in ihren gesamten persönlichen und gesellschaftlichen Lebensumständen. Es zielt sowohl auf die Ausbildung der Persönlichkeitsentwicklung und individuellen Handlungsfähigkeit, als auch auf die Beschäftigungsfähigkeit und nicht zuletzt auf soziale Integration und zivilgesellschaftliche Teilhabe.

Funktionierende Gemeinwesen setzen die aktive Beteiligung und das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Mitglieder über alle Generationen hinweg voraus. Ein Kernbestandteil sozialer Stadtteilentwicklung ist deshalb – neben baulichen, wohnungswirt-

schaftlichen und infrastrukturellen Maßnahmen – das „Empowerment“ der BewohnerInnen, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die Hilfe zur Selbsthilfe.

Viele Menschen können aber ihre eigenen Interessen nur schwer artikulieren oder wissen nicht, wo sie sich aktiv einbringen können und welche Handlungsmöglichkeiten und Ansprechpartner es gibt. Der politischen Weiterbildung mit ihrem auf Partizipation zielenden emanzipatorischen Anspruch eröffnet sich somit ein weites Betätigungsfeld. Bedarfsgerechte Angebote der politischen Bildung können hier grundlegendes Orientierungswissen vermitteln und die Förderung des Engagements wesentlich unterstützen. Ebenso die allgemeine Weiterbildung, die hierfür wesentliche Grundlagen und Voraussetzungen schafft.

Allerdings ist besonders im Entwicklungsraum Horn – Billstedt – Mümmelmannsberg mit einem Großteil sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen eine Situation kennzeichnend, die die gesamte Weiterbildungslandschaft prägt: In der allgemeinen, beruflichen und politischen Weiterbildung finden sich insbesondere diejenigen Personengruppen wieder, die bereits über eine hohe allgemeine und/oder berufliche Grundqualifikation verfügen. Die Erreichung und Einbeziehung sozial- und bildungsmäßig benachtei-



liger Bevölkerungsgruppen stellt deshalb eine besondere Herausforderung dar, nicht allein aus Gründen sozialer Chancengerechtigkeit, sondern auch, um bestehende Begabungsreserven weitgehend auszuschöpfen und nicht zuletzt die Potenziale für zivilgesellschaftliches Engagement zu nutzen.

Zentrales Ziel muss es sein, die Weiterbildungsbeteiligung im Entwicklungsraum Horn – Billstedt – Mümmelmannsberg insgesamt deutlich zu erhöhen und dabei besonders sozial- und bildungsmäßig benachteiligte Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Ein wichtiges Ziel besteht in der Aktivierung und Stärkung der in den Stadtteilen vorhandenen Potenziale und Ressourcen. Die Maßnahmen der allgemeinen und politischen Weiterbildung zielen darauf ab, die Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil zu erhöhen, deren politisches Interesse und demokratisches Engagement zu stärken und die konstruktive Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen zu fördern. Auf diese Weise trägt die allgemeine und politische Weiterbildung zur Entfaltung kultureller, sozialer und politischer Partizipation im Stadtteil bei. Durch die Maßnahmen können bereits bestehende Initiativen und Institutionen in ihrem Engagement gestärkt und – vermittelt über die sozialen Einrichtungen – bildungsferne Gruppen angesprochen und aktiviert werden.

Die allgemeine und politische Weiterbildung muss deshalb eng mit Jugendeinrichtungen, Schulen, weiteren Bildungseinrichtungen, sozialen Initiativen und Betrieben in den Stadtteilen zusammenarbeiten und im Rahmen von integrativen Projekten einer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegen wirken und Freiraum für Beteiligung, Initiative und Kreativität schaffen. Demokratie kann auf diese Weise im Stadtteil durch politische Bildung erlebbar gemacht werden.

Handlungsempfehlungen

Die Einrichtungen der allgemeinen und politischen Weiterbildung entwickeln gemeinsam mit den Akteuren in den Stadtteilen eine Strategie für ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot und zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung.

Zugang zur Weiterbildung, Information und Beratung

Der Zugang zu lebensbegleitendem Lernen ist eine entscheidende Voraussetzung für das Leben in einer auf demokratische Teilhabe ausgerichteten Gesellschaft, in der Persönlichkeitsentwicklung und Wissenserwerb sowie eine sozial verantwortliche Anwendung von Wissen und Kompetenzen immer größere Bedeutung erhalten. Zu keinem Zeitpunkt seiner Bildungsbiographie darf jemand aus dem Lern- und Bildungsprozess ausgeschlossen werden.

Eine Lernkultur, die diesem Postulat Rechnung trägt, setzt Rahmenbedingungen voraus, „die einen chancengerechten Zugang für alle, insbesondere auch bildungsfernere Menschen, zu den Möglichkeiten lebenslangen Lernens eröffnen.“ (BLK 2004, 16)¹

Eine Strategie der Aktiven Stadtteilentwicklung mit dem Ziel, der zunehmenden „Spaltung der Stadt“ und der Gesellschaft entgegen zu wirken, legt es nahe, besonders die Bildungsinstitutionen und Angebote in benachteiligten Quartieren zu stärken und auszuweiten und beim Abbau von Bildungsbarrieren mit einer quartiersbezogenen Bildungsarbeit gerade hier anzusetzen, um die Zugänge zum System der Aus- und Weiterbildung zu erweitern und eine dauerhafte Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Bereitschaft zu lebensbegleitendem Lernen muss besonders im Sozialraum, im direkten Lebensumfeld angelegt und gefördert werden.

Ein solcher Ansatz muss bestimmte Bevölkerungsgruppen ebenso in den Blick nehmen, wie die kommunale Entwicklung insgesamt. Bildung würde sowohl im Hinblick auf individuellen Kompetenzerwerb gesehen, als auch im Hinblick auf soziale Entwicklungen. Die Kommune wäre in diesem Zusammenhang nicht nur Lernort, sondern auch selbst Gegenstand der Bildungsprozesse. Bildung selbst wird zum sozialen Prozess, an dem zahlreiche Akteure innerhalb der Kommune beteiligt sind.

Angebote der allgemeinen und politischen Bildung die sich im Rahmen von allgemein ausgeschriebenen Programmen an die allgemeine Öffentlichkeit wenden und auf individuelle Anmeldungen setzen, erreichen in der Regel nur diejenigen, die schon über

eine hohe Ausgangsqualifikation verfügen. Deshalb sind besondere Formen zur Ermittlung der Weiterbildungsbedarfe und zur Ansprache benachteiligter Zielgruppen notwendig.

Handlungsempfehlungen

Die Weiterbildungsinformation ist weiter auszubauen. Dabei müssen die Zielgruppen adressatengerecht informiert und beraten werden, damit sie die für sie erforderliche bzw. infrage kommende Weiterbildung in Anspruch nehmen. Ein stärker dezentralisierter Aufbau der Weiterbildungsinformation und -beratung, der die Stadtteile und Wohngebiete stärker berücksichtigt, erreicht auch die BewohnerInnen, die sich nicht selbstständig über Weiterbildung informieren. Hierbei sind insbesondere auch sozialräumlich orientierte Modelle einer peer-to-peer-Ansprache und Beratung („Bildungsbotschafter“) zu erproben.

Formen und Methoden der Weiterbildung

Die allgemeine und politische Weiterbildung muss sich vielfältiger Methoden und Formen bedienen, wenn sie bislang eher bildungsferne sozial benachteiligte Zielgruppen erreichen will. Diese müssen über die traditionellen Maßnahmen, wie Seminare, Vorträge und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen hinausgehen und insbesondere erlebnisorientierte Angebote (z.B. Medienprojekte mit Jugendgruppen) bis hin zu einer reinen „Ermöglichungspädagogik“ für selbstorganisierte Gruppen enthalten.

Letzteres kann zum Beispiel darin bestehen, eine Mieterinitiative durch Bereitstellung einer Moderation und externer Experten dabei zu unterstützen, ihre Arbeit zielorientiert zu planen und sich als gemeinnütziger Verein zu konstituieren. Oder einer Bewohnergruppe mit fachlichem Rat und entsprechenden Ressourcen dabei zu helfen, eine Stadtteilzeitung herauszugeben.

Die Weiterbildung muss sich stärker in Lebenszusammenhänge integrieren. Dazu wären neue Lernformen wie z.B. das Lernen im Arbeitsprozess, das Erfahrungslernen und das Lernen in sozialen Zusam-

menhängen zu fördern und gleichwertig neben das Lernen in institutionalisierten Bildungsmaßnahmen zu stellen.

Die Träger der politischen und allgemeinen Weiterbildung müssen die TeilnehmerInnen/Adressaten dort abholen wo sie sich sozialräumlich und hinsichtlich ihrer spezifischen Interessenlagen befinden. Dabei müssen sie einen integrativen Ansatz verfolgen, also in der politischen Bildung ebenso berufliche, allgemeinbildende, und interkulturelle Interessen berücksichtigen.

Handlungsempfehlungen

Maßnahmen in reiner Seminarform werden häufig weder den sozialräumlichen Problemstellungen, noch den Zielgruppen gerecht. Aus diesem Grunde müssen die entsprechenden Förderrichtlinien und Verwaltungsvorschriften den veränderten Lernbedürfnissen, -gewohnheiten und Lernbedingungen angepasst und Möglichkeiten eröffnet werden, auch neue Veranstaltungsformen in die Förderung einzubeziehen.

Familienbildung

Die intensive Ansprache und Einbeziehung der Familien stellt auf verschiedenen Handlungsfeldern im Entwicklungsraum Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn eine zentrale Herausforderung dar. Dies gilt ganz besonders für den Bildungssektor. Die Einrichtungen der allgemeinen oder politischen Weiterbildung könnten hier entscheidende Beiträge leisten. Allerdings beruht die Familienbildung bisher im wesentlichen auf der Förderung im Rahmen des SGB VIII und findet nur zu einem sehr geringen Teil im Rahmen der allgemeinen Weiterbildung statt. So verweist die Hamburger Volkshochschule in der Regel auf die Elternschulen und konfessionellen Familienbildungsstätten. Da es in Hamburg kein Weiterbildungsgesetz gibt, könnten Angebote zur Familienbildung sonst nur über die Landeszentrale für politische Bildung gefördert werden, deren Richtlinien allerdings auf bestimmte (politische) Themen und Angebotsformen begrenzt sind.

Handlungsempfehlungen

Es sind gesetzliche Regelungen bzw. Verordnungen zu schaffen, die Familienbildung auch außerhalb der Regelungen des SGB VIII auf eine breitere Grundlage stellen. Das Verwaltungshandeln in der Genehmigungs- und Förderpraxis ist entsprechend anzupassen.

Mit der Abteilung Weiterbildung in der Behörde für Schule und Berufsbildung und mit der Landeszentrale für politische Bildung sind Verhandlungen darüber aufzunehmen, welche Beiträge die Weiterbildung bei der Entwicklung lokaler Bildungslandschaften leisten kann, um die Bildungsbeteiligung im Entwicklungsraum zu erhöhen und das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Möglichkeiten zur Nachholung des Hauptschulabschlusses

Bekanntlich verlässt eine erschreckend hohe Anzahl Jugendlicher im Entwicklungsraum Horn - Billstedt - Mümmelmannsberg Jahr für Jahr die Schulen ohne Hauptschulabschluss (20% - 22%). Vor diesem Hintergrund ist es äußerst unglücklich, dass in Hamburg in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten, den Hauptschulabschluss nachzuholen immer stärker eingeschränkt wurden. So musste die Hamburger Volkshochschule ihre erfolgreiche Arbeit zur nachträglichen Erlangung des Hauptschulabschlusses einstellen. Dieses Projekt erreichte insbesondere sozial und bildungsmäßig benachteiligte Zielgruppen.

Handlungsempfehlungen

Im Rahmen der allgemeinen Weiterbildung sind Möglichkeiten zur Nachholung des Hauptschul- wie auch des Realschulabschlusses zu schaffen bzw. auszubauen.

Interkulturalität und europäische Orientierung

Die Stadtteile Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg sind geprägt durch Multikulturalität und einen hohen Anteil an BewohnerInnen mit Migrationshintergrund. Aus diesem Grund hat die Erarbeitung und Umsetzung von Handlungskonzepten

- zur Sprachförderung
- für den Ausbau und die Förderung von Begegnung
- für den Abbau von kulturell und religiös bestimmten negativen Verhaltensmustern, unter Einbeziehung der Ergebnisse des Verbundvorhabens „Sozialräumliche Integration von Zuwanderern: Netzwerk Forschung und Praxis“

bei den Entwicklungszielen und Aufgabenschwerpunkten im Rahmen des Programms „Aktive Stadtteilentwicklung 2005 - 2008“ einen besonderen Stellenwert. Auch in diesem Zusammenhang kann die allgemeine und politische Weiterbildung entscheidende Beiträge leisten.

Handlungsempfehlungen

Europäische Integration und lokale Problemlösungskompetenz müssen zusammen gedacht und in quartiersbezogenen europabezogenen Veranstaltungen aufgegriffen werden. Dabei sind Fragen des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen im Stadtteil oder im gesamten Europa, differierende Arbeits- und Lebensbedingungen und die Erfahrungen mit unterschiedlichen Konzepten z. B. der Bildungspolitik, der sozialen Sicherungssysteme und der Alternativen zu Arbeitslosigkeit und Armut, von hervorgehobener Bedeutung. Sozialräumlicher Segregation und Ghettobildung ist mit zielgruppenübergreifenden, interkulturellen Bildungsmaßnahmen zu begegnen.

Daneben ist für Hamburg als europäische Metropole und internationale Drehscheibe zumindest in Teilbereichen auch eine grenzüberschreitende Weiterbildung unabdingbar. Die Bildung von Europaklassen in der Erstausbildung und in der Weiterbildung, die einen Teil ihrer Ausbildung / Weiterbildung im Ausland absolvieren, sollte deshalb deutlich intensiviert und gefördert werden.

Schnittstellen zu anderen Bildungsbereichen

Der Bereich der allgemeinen und politischen Weiterbildung weist zahlreiche Überschneidungen mit anderen (außerschulischen) Bildungsbereichen auf, wie Jugendbildung, Familienbildung, Seniorenbildung, Sprachförderung, kulturelle und interkulturelle Bildung, Gesundheitsbildung usw. Im Sinne der Herausbildung lokaler Bildungslandschaften kommt es deshalb darauf an, die Ermittlung der Bildungsbedarfe und die Angebotsentwicklung sinnvoll aufeinander abzustimmen.

Handlungsempfehlungen

Zur Ermittlung der Bildungsbedarfe und zur Entwicklung einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur wird ein kommunales Bildungsforum gegründet, in dem sich die Einrichtungen der allgemeinen und politischen Weiterbildung mit den übrigen Bildungseinrichtungen abstimmen.



Finanzierung der allgemeinen und politischen Weiterbildung

Die Finanzierung der öffentlich verantworteten Weiterbildung wurde in den vergangenen Jahren in Hamburg systematisch gekürzt. Hierunter leidet besonders das Angebot für sozial und bildungsmäßig benachteiligte Zielgruppen. Erfolgreiche Strukturen der Förderung von unterrepräsentiert in der Weiterbildung vertretenen Zielgruppen mussten deshalb inzwischen aufgegeben oder die Arbeitsschwerpunkte der Bildungseinrichtungen auf höher qualifizierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer verlagert werden.

So wurde zum Haushaltsjahr 2006 in Hamburg über ein Drittel der Fördermittel für die politische Bildung vom Senat gekürzt, wodurch die Förderung der politischen Weiterbildung in Hamburg hinter das Jahr 1981 zurückgefallen ist. Schon vorher wurde im Rahmen von Richtlinienänderungen der politischen Weiterbildung, die besondere Förderung von sozial und bildungsmäßig Benachteiligten im Rahmen des Bildungsurlaubs gestrichen. Ebenso wurden die Zuschüsse an die Volkshochschule um ein Drittel gekürzt und damit die Förderung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der VHS, die aufgrund ihrer sozialen und/oder finanziellen Situation eine Ermäßigung erhielten, erheblich verschlechtert. Die sächliche und personelle Ausstattung der Hamburger VHS wurde ebenfalls radikal gekürzt.

Handlungsempfehlungen

Um ein ausreichendes Engagement der allgemeinen und politischen Weiterbildung im Rahmen lokaler Bildungslandschaften sicherzustellen, sind entsprechende finanzielle Ressourcen bereitzustellen.

¹ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung Heft 115, Bonn 2004, Seite 16

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Die Hamburger Volkshochschule hat als öffentlicher Bildungsträger eine wichtige Leitfunktion auf dem Weiterbildungssektor. Die kommunale Grundversorgung ist allerdings durch erhebliche Kürzungen gefährdet, insbesondere die aufsuchende Bildungsarbeit in benachteiligten Stadtteilen wurde zurückgefahren. Hier muss dringend gegengesteuert werden.
- Konzept und Ressourcen für ein kontinuierliches regionales Bildungsmarketing sind erforderlich.
- Die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote besonders für Bildungsbenachteiligte setzt nicht nur die Ermittlung, sondern auch die Weckung von Bildungsbedarfen voraus. Bevor sie als Bildungsbedarfe erkennbar sind, werden sie als Wünsche zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation artikuliert. Für ihre Erfassung muss geeigneter Raum geschaffen werden.
- Strategien zur Bedarfsermittlung, Bedarfsweckung und Angebotsentwicklung müssen milieuspezifisch ausgerichtet sein, damit Bildungsangebote als Chance zur Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten im eigenen Umfeld wahrgenommen werden können.
- Eine stadtteilnahe Weiterbildungsberatung vor Ort wird als wichtig angesehen, diese könnte auch über mobile Beratungsstellen erfolgen. Bildungsbotschafter oder Bildungslotsen könnten dazu beitragen, die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen in benachteiligten Stadtteilen zu erhöhen, indem sie in ihren Nachbarschaften über Bildungsangebote informieren, Bedarfe an die Einrichtungen melden und die Umsetzung von Bildungsmaßnahmen unterstützen.
- Kommunale Lernzentren oder Bildungshäuser in den Stadtteilen können dazu beitragen, die Erreichbarkeit von Angeboten und damit die Bildungschancen zu erhöhen. Diese Zentren sollten als Begegnungsstätten konzipiert sein und möglichst an Bürgerhäuser, Bücherhallen etc. angelehnt werden.
- Um Bürgerhäuser und Nachbarschaftstreffs als offene Lernzentren zu gestalten und dort bedarfsgerechte Bildungsveranstaltungen durchführen zu können, bedarf es eines ausreichenden Planungsvorlaufes und eines entsprechenden Managements, das eng mit Bildungsträgern zusammenarbeitet.
- Zur kontinuierlichen Zusammenarbeit aller Netzwerkpartner muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die Erfahrungsaustausch, Absprachen und Transparenz ermöglicht, ohne die verfügbaren Kapazitäten zu überfordern. Abstimmung über Prioritäten und Schwerpunkte der Beteiligten ist wünschenswert, periodische Evaluation nach definierten Erfolgsfaktoren ein wichtiges Element im gemeinsamen Lernprozess.
- Angebote allgemeiner und politischer Weiterbildung für bildungsferne Gruppen bedürfen der besonderen Förderung, um Teilnahmebeiträge gering halten zu können.
- Regionale Möglichkeiten zum Nachholen von Bildungsabschlüssen, sowohl des Hauptschulabschlusses, als auch des mittleren Schulabschlusses (vgl. RESA), sollten dringend geschaffen bzw. ausgeweitet werden..

Seniorenbildung

Diskussionspapier zum Fachgespräch am 17. Oktober 2007 im Seniorenzentrum Vitanas

Bildung für ältere Menschen

Auch in den Stadtteilen Mümmelmannsberg, Billstedt und Horn werden ältere Menschen die Zukunft maßgeblich mitgestalten und mitprägen. Zukunftschancen liegen ganz wesentlich auch darin, auf die Fähigkeiten, Potenziale, Stärken und Erfahrungen der älteren Generation zu setzen. Ältere Menschen sind oftmals bis ins hohe Alter aktiv und mobil. Ihre Bedürfnisse und Wünsche nach einer selbstständigen und individuellen Lebensführung sollen deshalb im Entwicklungsraum Billstedt – Horn – Mümmelmannsberg durch entsprechende Rahmenbedingungen begleitet werden. Hierzu gehören entscheidend auch geeignete Bildungsangebote. Bildungsangebote, die sich primär an ältere Menschen wenden, werden deshalb als zentraler Bestandteil einer Strategie lebensbegleitenden Lernens angesehen.

Die Gruppe der „Älteren“ umfasst auch die Erwachsenen, die sich in einem Alter nur noch wenige Jahre vor oder bereits im Ruhestand befinden. Die bewusste Einbeziehung des Lernens in diesem Lebensabschnitt ist mit neuen Anforderungen an das Lernen und die Integration Älterer in unserer Gesellschaft verbunden. Ein neues Altersbild wird zur Selbstverständlichkeit, das den älteren Menschen nicht als ein den Sozialstaat belastendes und von

der Entwicklung der Gesellschaft ausgegrenztes, sondern als ein die Gesellschaft förderndes Mitglied betrachtet.

Die Lebensphase Älterer zeichnet sich aus durch eine größere Freiheit der Lernenden, selbst zu bestimmen, ob, wie und wofür gelernt werden soll. Ältere wirken durch ihr Wissen und ihre Erfahrung an der Gestaltung kultureller und gesellschaftlicher Entwicklung mit. Dies ist Ausgangspunkt für die Selbstbeteiligung an Lernprozessen, für Selbstorganisation und Selbstverwirklichung der Älteren auch durch neue soziale Bindungen.

Lernen unter den veränderten Bedingungen des Alters dient der persönlichen Lebenszufriedenheit und zielt auf die Befähigung zur Mitgestaltung der Gesellschaft und zur Erweiterung notwendiger Kompetenzen zur individuellen Lebensführung.



Allgemeine Ziele der Bildung für Ältere

Erhalt von Fähigkeiten

Der Erwerb oder der Erhalt von Selbstständigkeit und Selbstbestimmung auch im höheren Lebensalter stellt eine wesentliche Zielsetzung lebensbegleitenden Lernens in dieser Lebensphase dar. Im Alterungsprozess kommt es weniger auf die Neuentwicklung von Fertigkeiten und Fähigkeiten an, sondern mehr auf den Erhalt vorhandener. Werden intellektuelle, körperliche, psychische und/oder soziale Kompetenzen nicht ständig neu angeregt, gehen sie verloren.

Die Bedeutung von Gedächtnistrainings aus der Nachfrageperspektive wird durch den aus der Infas-Untersuchung berichteten Befund, dass eine Beteiligung an Bildungsangeboten in 87 Prozent der Fälle durch den Wunsch, geistige Fähigkeiten zu trainieren, motiviert wird, gestützt.

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Die Nutzung von Bildungsangeboten in der Nacherwerbsphase ist auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Integration und Partizipation älterer Menschen sowie der Förderung von Beziehungen zwischen den Generationen zu begrüßen.

Allgemeines, politisches und kulturelles Lernen vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen, damit sie den politischen und gesellschaftlichen Wandel in einer komplexer werdenden Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Es befähigt in allen Lebensphasen zum bürgerschaftlichen Engagement, ohne das viele Aufgaben der heutigen Zivilgesellschaft nicht mehr leistbar sind.

Ältere erwerben auch neue Kompetenzen, um Erfahrung und Wissen weiterzugeben oder um ehrenamtliche Funktionen ausüben zu können.

Welche Themenschwerpunkte sind relevant?

Als bedeutsame Themenschwerpunkte wurden in Anbieteruntersuchungen „Gedächtnistraining“, „Kommunikation, Konfliktbewältigung, Sozialkompetenzen“, „Rechts-, Versicherungs- und Rentenfragen“, „Kunst, Musik, Konzerte, Museen“ sowie „Gesellschaft, Geschichte, Politik“ ermittelt. Für die genannten Themengebiete wurde von den Anbietern eine in der Regel hohe Nachfrage konstatiert.

Lediglich für den Bereich „Kommunikation, Konfliktbewältigung und Sozialkompetenzen“ scheint dem Angebot keine vergleichbare Nachfrage gegenüber zu stehen.

Ähnlich ist für Veranstaltungen im Bereich „Technik, Computer“ ein vergleichsweise hohes, durch die Nachfrage nicht gedecktes Angebot festzustellen. Obwohl Befunde der Nachfrageuntersuchung ein etwas höheres Interesse vermuten lassen, zählen Computer- und Technikkurse vergleichsweise häufig zu den schlecht besuchten Angeboten der befragten Anbieter.

Uneinheitliche Ergebnisse werden für den Bereich Fremdsprachen berichtet. Diese zählen sowohl zu den am häufigsten als auch zu den am schlechtesten nachgefragten Angeboten. Dabei ist zu vermuten, dass die Akzeptanz derartiger Angebote in besonderem Maße vom Prestige des Veranstalters abhängt. So werden Fremdsprachenangebote von Volkshochschulen häufig, solche von Kirchen dagegen selten nachgefragt.

Für Angebote aus dem Bereich Sport bleiben die Angebote derzeit zum Teil deutlich hinter der Nachfrage zurück. Dieser sowohl durch die Anbieter, als auch durch die Nachfrageuntersuchung gestützte Befund geht zu einem guten Teil darauf zurück, dass viele moderne Sportarten unzulässigerweise als exklusive Domänen junger Leute angesehen werden.

Handlungsempfehlungen

Im Zusammenwirken mit den Sportvereinen sollten die Angebote für SeniorInnen kritisch überprüft und ggf. bedarfsorientiert ausgeweitet werden.

Gesundheit

Der Bereich „Gesundheit/Ernährung“ ist der sowohl am häufigsten angebotene als auch der aus Sicht der Anbieter am häufigsten nachgefragte Themenschwerpunkt. Eine 2001 durchgeführte Nachfrageuntersuchung (infas 2001) spricht ebenfalls dafür, dass das Thema „Gesundheit/Ernährung“ mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnt und Menschen entsprechend einerseits zunehmend Kenntnisse über Möglichkeiten der Prävention und Gesundheitsförderung nachfragen, andererseits lernen wollen, mit Einschränkungen und Erkrankungen zu leben.

In der aktuellen Diskussion zur Patientenorientierung in der medizinischen und pflegerischen Versorgung wird ein Mehr an Selbstbestimmung für die Patienten und eine Stärkung der Eigenverantwortung für die Gesundheit gefordert. Diese Forderung wird von einem neuen Selbstbewusstsein auch der älteren Patienten getragen. Sie bemängeln immer nachdrücklicher fehlende Mitbestimmung in der Gesund-

heitspolitik und der Selbstverwaltung, unzureichend durchgesetzte Patientenrechte, Defizite an Informationen und Aufklärung, Intransparenz des Leistungsangebots, der Strukturen und Abläufe und nicht zuletzt den Zustand, unmündiger Patient statt Partner im Behandlungsprozess zu sein.

Lernangebote zur Förderung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit werden nicht nur durch die klassischen Bildungsträger unterbreitet, sondern zunehmend auch durch Krankenkassen und Sportvereine. Des Weiteren gewinnen Selbsthilfegruppen hier immer mehr an Bedeutung.

Altersspezifische Anforderungen an Weiterbildungsangebote

Weiterbildungsangebote für ältere Erwachsene müssen altersspezifische Anforderungen berücksichtigen, z. B.

- direktere Lernmöglichkeiten, die anwendungsrelevant sind,
- Spielraum für nach eigenen Möglichkeiten selbst gesteuertes Lernen,
- Lernmöglichkeiten zu Hause mit abrufbaren Lernhilfen,
- sinnvolle gesellschaftliche Tätigkeiten, die zum Lernen herausfordern, z. B. Aktivitäten in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld.

Barrieren abbauen

Um die Forderung eines chancengerechten Zugangs zum lebensbegleitenden Lernen auch für Ältere zu verwirklichen, werden altersspezifische Barrieren in vorhandenen Bildungsangeboten abgebaut. Hierzu gehören

- physische Barrieren für wenig mobile Ältere
- unflexible Angebotszeiten, unangemessene Zeiträume
- örtliche Entfernung vom Wohnbereich
- Sprachdefizite bei MigrantInnen
- mangelndes Selbstbewusstsein
- Modularisierung
- Lernberatung
- Chancengerechter Zugang
- Neue Lernkultur
- Popularisierung des Lernens



Veränderungen in der Qualifikation älterer Menschen als eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung

Die über 60-Jährigen unterscheiden sich in ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation gegenüber erheblich vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Die Mikrozensushebung 2002 (Statistisches Bundesamt 2003: 39ff.) weist die Haupt- bzw. Volksschule als die unter der älteren Bevölkerung mit weitem Abstand dominierende Schulform aus. Unter den über 60-Jährigen liegt der Anteil mit einem entsprechenden Bildungsabschluss bei 73,6 Prozent, in der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen bei 52,7 Prozent.

Noch deutlicher als bei den Schulabschlüssen zeigen sich altersgruppenspezifische Unterschiede in den beruflichen Bildungsabschlüssen. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen haben 32 Prozent keinen beruflichen Bildungsabschluss, in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen liegt der entsprechende Anteil lediglich bei 16,5 Prozent.

Die dargestellten Unterschiede zwischen den über 60-Jährigen und den 50- bis 59-Jährigen machen die Herausforderungen deutlich, denen sich die Erwachsenenbildung in den kommenden Jahren stellen muss.

Handlungsempfehlungen

In einer Bedarfsuntersuchung ist zu ermitteln, in welchem Verhältnis Angebot und Nachfrage in der Seniorenbildung bezogen auf die unterschiedlichen Personengruppen und Bildungsvoraussetzungen im Entwicklungsraum stehen. Welche Inhalte werden von wem besonders nachgefragt? Wo gibt es Lücken im Angebot?

Gezielte Förderung bildungsferner Schichten

Die vorliegenden Befunde zur Partizipation an Bildungsangeboten machen deutlich, dass Personen mit höherer Schul- und Berufsausbildung überproportional an Bildungsangeboten partizipieren, sodass Bildungsungleichheiten im Alter eher verstärkt werden. Daraus lässt sich als eine vorrangige Aufgabe von Bildungspolitik ableiten, verstärkt bildungsungewohnte Personen für Bildungsaktivitäten im Alter zu gewinnen.

In ähnlicher Weise gilt, dass für Angehörige unterprivilegierter sozialer Schichten ein angemessener Zugang zu Angeboten garantiert werden muss, mit deren Hilfe die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit sowie Selbstständigkeit und Selbstverantwortung gefördert werden kann.

Handlungsempfehlungen

Um Bildungsungleichheiten im Alter nicht weiter zu verstärken, sind gezielt Maßnahmen zur Gewinnung bildungsferner Personen für die Seniorenbildung zu ergreifen.

Ziele

Mit Blick auf die Nacherwerbsphase ergibt sich die Aufgabe, allgemeine Bildungsangebote in zweierlei Hinsicht gezielt zu fördern: Zum einen werden mehr Angebote für das hohe Alter benötigt (Personen über 75 Jahre werden aktuell nur unzureichend erreicht), zum anderen mehr generationenübergreifende Angebote.

Bildungsangebote für Senioren über 60 Jahre müssen die relativ geringe formale Vorbildung der Zielgruppe berücksichtigen.

Des Weiteren ist von einem zukunftsfähigen Bildungssystem zu fordern, dass es auch attraktive Bildungsangebote für bildungsgewohnte ältere Menschen zu unterbreiten in der Lage sein sollte, dies vor allem auch angesichts des in späteren

Geburtsjahrgängen höheren durchschnittlichen Bildungsstandes.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang zum einen Seniorenakademien und -universitäten, zum anderen Versuche, Bildungsangebote für SeniorInnen in den regulären Universitätsbetrieb zu integrieren (sei es in Form eines Seniorenstudiums, in Form eines Gasthörerstatus oder in Form eines regulären Studiums).

Handlungsempfehlungen

Im Zusammenwirken mit den Bildungsträgern sind mehr Angebote für höhere Altersgruppen zu entwickeln, ebenso geeignete Angebote für bildungsgewohnte ältere Menschen.

Förderung des gemeinsamen Lernens der Generationen

Sowohl in der beruflichen Weiterbildung als auch in der Erwachsenenbildung wird der Aspekt des Generationenaustauschs im Kontext von Bildungsaktivitäten vermehrt thematisiert. Der Austausch zwischen den Generationen ist für Jung und Alt von hohem zusätzlichen Wert, sowohl hinsichtlich des Erfahrungs- und Wissenstransfers als auch hinsichtlich der Motivation, die in beiden Gruppen erkennbar zunimmt.

Handlungsempfehlungen

Maßnahmen zur Verbesserung von Lernmöglichkeiten für Ältere sollten nicht einseitig ein getrenntes Lernen von Älteren und Jüngeren fördern, sondern wesentlich auch das generationenübergreifende Lernen.

MigrantInnen

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter den großen europäischen Ländern den bei weitem höchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung, der durch Zuwanderung noch zunehmen wird. Ein beträchtlicher Teil der ausländischen Bevölkerung – darunter auch viele der Dritten Generation – weist erhebliche Mängel in der Schreib- und Lesefähigkeit auf.

Handlungsempfehlungen

Es sind gezielt Bildungsangebote für ältere MigrantInnen zu entwickeln und wohnortnah vorzuhalten.

Informations- und Beratungsstruktur

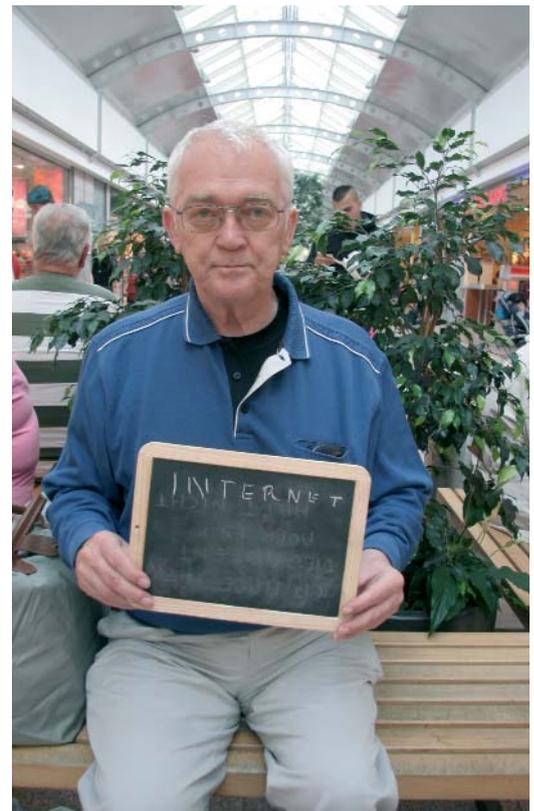
Eine nachfragerfreundliche Informations- und Beratungsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Lerner eigenverantwortliche Entscheidungen für ihren Bildungsweg treffen können. Gleichzeitig ist das Weiterbildungsangebot sehr unübersichtlich, weshalb sowohl die Qualität als auch der Nutzen einzelner Angebote vom Nachfrager oft nur schwer einzuschätzen sind.

Handlungsempfehlungen

Lernberatung für Ältere ist qualitativ und quantitativ so zu verbessern, dass die Nützlichkeit lebensbegleitenden Lernens insbesondere für das alltägliche Leben aktivierend vermittelt wird. Eine Beratung erfolgt vorwiegend im persönlichen Kontakt und berücksichtigt die individuellen und altersspezifischen Bedürfnisse.

Wichtige Ergebnisse aus der Diskussion

- Auf dem Gebiet der Seniorenbildung besteht mit dem Seniorenleitbild der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte ein konkreter Anknüpfungspunkt in der Kommunalpolitik. Die Förderung und Umsetzung gezielter Bildungsmaßnahmen böte die Möglichkeit zur wirksamen Operationalisierung des Leitbildes.
- Ein differenziertes Angebotsspektrum in der Seniorenbildung sollte die unterschiedlichen Altersgruppen und Bildungsniveaus der Zielgruppe berücksichtigen.
- Dabei sollten mehr generationenübergreifende Maßnahmen, Angebote für bildungsgewohnte SeniorInnen und insbesondere auch für ältere MigrantInnen Berücksichtigung finden.
- Wohnortnahe niedrighschwellige Aktivitäten bieten gute Einstiegsmöglichkeiten, um daran anschließend das Spektrum zu erweitern. Geeignete Orte im Stadtteil müssen angesprochen und entsprechend genutzt werden.
- Es gibt ein stark nachgefragtes Angebot der öffentlichen Bücherhallen, Literatur durch „Medienboten“ nach Hause zu bringen. Dieses Prinzip der „Medienboten“ sollte auch im Entwicklungsraum stärker gefördert werden, um individuelles Lernen zuhause zu unterstützen.
- Es gibt bisher zuwenig altersgerechte Angebote im Sport.
- Die regionale Informations- und Beratungsstruktur sollte verbessert werden.
- Es sollten verstärkt Fortbildungen sowohl für ehrenamtliche Kräfte in der Seniorenbildung, als auch für hauptamtliche SeniorengruppenleiterInnen angeboten werden. Insbesondere fehlen Fortbildungsmöglichkeiten für neue, auch generationenübergreifende Konzepte.



Bildung für Menschen mit geistigen Behinderungen

Positionspapier von Maren Röse, Das Rauhe Haus, 16.07.2008

Erwachsenenbildung und Behinderung

Die gestiegene Bedeutung von Bildung wird heute allgemein anerkannt: Wachsende Anforderungen bestimmen Alltag und Berufsleben. Wissenserwerb und das Erlernen von Fähigkeiten und Fertigkeiten sind längst zu einem lebenslang andauernden Prozess geworden. Dies alles gilt ebenso für Menschen mit Behinderung.

Im Folgenden werden primär Bedürfnisse und Bildungsinteressen von Menschen mit geistigen Behinderungen thematisiert; vieles ist jedoch auch auf andere Gruppen behinderter Menschen übertragbar.

Eine beachtliche Zahl von Menschen mit Behinderungen nimmt heute Lebenschancen wahr, die noch vor wenigen Jahrzehnten kaum oder gar nicht denkbar waren: Es gibt Arbeitsassistenzen und die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt. Menschen mit Behinderungen nutzen ambulante Betreuungsangebote in den Wohnbereichen oder in ihrer eigenen Wohnung.

Es hat sich in den vergangenen 15 Jahren eine „Sonder-Erwachsenenbildung“ insbesondere in den Einrichtungen der Behindertenhilfe etabliert, die sehr sinnvolle und unverzichtbare Lernangebote macht, wie z. B. arbeitsbegleitende Maßnahmen, Berufsbildung oder Bildungs- und Freizeitangebote im Wohnbereich. Die Folge ist jedoch eine weitgehende Zurückhaltung der allgemeinen Erwachsenenbildung bei integrativen Angeboten. Hier ist eine Richtungs-umkehr dringend erforderlich.

Bei all diesen Angeboten ist zu beachten, dass einrichtungsinterne Erwachsenenbildung sich überall dort als Sackgasse erweist:

- wo sie nicht auf Integration und Inklusion ausgerichtet ist;
- wo keine Trennung des Lernortes vom Arbeits- bzw. Wohnort erfolgt;
- wo Kooperationsmöglichkeiten mit der allgemeinen Erwachsenenbildung nicht erschlossen oder nicht genutzt werden;
- wo die Teilnahme von Menschen mit Behinderung an der allgemeinen Erwachsenenbildung eingeschränkt wird.

Anspruch und Wirklichkeit

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Die Wirklichkeit sieht jedoch bis heute weitgehend anders aus: Dem beträchtlichen Interesse behinderter Menschen an Kursen und Seminaren steht ein beschränktes Angebot an vergleichsweise wenigen Orten gegenüber. Bildungsbedürfnisse werden oft gänzlich vernachlässigt oder nur durch besondere Projekte aufgegriffen. Kontinuierliche und vielfältige Angebote werden nur in geringem Maße bereitgestellt (siehe auch Sokrates-Grundtvig Bildungsprogramm der EU).

Menschen mit geistiger Behinderung, die sich bilden wollen, brauchen ihren Bedürfnissen in Quantität und Qualität entsprechende Bildungsmöglichkeiten.

Erwachsenenbildung von geistig behinderten Menschen unterliegt keinem staatlichen Monopol. Sie wird von einer Vielzahl von Anbietern praktiziert. Hieraus hat sich historisch eine Heterogenität der Ansätze entwickelt, in der sich die Vielfalt des Lebens und ein Stück Sozialgeschichte der Behindertenhilfe spiegelt.

Das bedeutet, dass der Bildungsanspruch von Menschen mit Behinderung unterschiedlich interpretiert und unterstützt wird. Es hängt von der Ausrichtung des jeweiligen Trägers ab, ob Bildungsangebote gemacht werden oder nicht. Die berufliche Bildung fand beispielsweise bislang ausschließlich in Werkstätten für behinderte Menschen statt. Quantität und Qualität der Maßnahmen waren kaum transparent und von Werkstatt zu Werkstatt sehr unterschiedlich.

Erwachsenenbildung von Menschen mit Behinderung sollte sich sowohl an den Bedürfnissen und Wünschen ihrer InteressentInnen orientieren, als auch an den Anforderungen, die die gesellschaftliche Entwicklung in der konkreten Lebenswelt des Einzelnen an jeden von uns stellt.

Es bedarf einer Entwicklung von der „Sonder-Erwachsenenbildung“ hin zur Erwachsenenbildung für alle Menschen. Eine Behinderung darf die Bildungsmöglichkeiten des Menschen nicht einschränken.

Ziele

Angebote zur Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung verfolgen grundsätzlich die gleichen Ziele, wie sie für die allgemeine Erwachsenenbildung formuliert werden:

- Autonomiegewinn und Emanzipation
- Auseinandersetzung des Menschen mit seinen gesellschaftlichen Verflechtungen
- Übungen in kommunikativen Prozessen
- Bewältigung technischer Anforderungen
- Qualifizierung für ein eigenständiges Handeln im Alltagsleben
- Ästhetische Bildung in allen künstlerischen Bereichen
- Entfaltung spielerischer und gestalterischer Tätigkeiten
- Vermittlung berufsbezogener Fähigkeiten, Kenntnisse und Qualifizierungen.

Die Ziele der Hilfe für behinderte Menschen sind im vergangenen Jahrzehnt unter den Leitbegriffen der Normalisierung, der Integration/gesellschaftlichen Teilhabe und zuletzt der Selbstbestimmung diskutiert worden. Hinter diesen Leitbegriffen steht die Forderung nach einer bewussten und reflektierten Einschließung der Ziele der allgemeinen Erwachsenenbildung in die Erwachsenenbildung von Menschen mit Behinderung.

Ziel ist so zum einen die Vermittlung von Wissen und Erfahrung, zum anderen die Förderung und Entwicklung sozialer Kompetenzen durch spezifische persönlichkeitsorientierte Angebote.

Darüber hinaus soll Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung nachholendes Lernen ermöglichen, zur Erhaltung erworbener Fähigkeiten und Fertigkeiten beitragen und gesellschaftliche Benachteiligung ausgleichen.

Ziel muss daher die uneingeschränkte Teilnahme von Menschen mit Behinderung an allgemeinen Bildungsangeboten unter Bereitstellung der erforderlichen Unterstützung sein.

Von den Bemühungen um Integration zur Inklusion

Die oben genannten Ziele der Behindertenhilfe, so die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V. Deutschland, müssen um den Punkt der Inklusion erweitert werden. Das bedeutet, ein selbstverständliches und vollständiges Dazugehören, die Präsenz und Mitwirkung von Menschen mit Behinderung in allen Gesellschaftsbereichen.

Inklusion ist die Anerkennung von Unterschieden und Differenzen, Vielfalt und Pluralität. Das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit führen dazu, dass die heterogene Gruppe zur Basis des Bildungsprozesses in der Erwachsenenbildung wird.

Allgemeine Forderungen

Es ist notwendig, eine Bildung für alle zu erreichen, die auf den Prinzipien der vollen Teilhabe und Gleichberechtigung, sowie der Freiwilligkeit und der Wahlmöglichkeit beruht.

Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die Zukunft eines jeden Menschen, sowohl aus persönlicher als auch aus sozialer und beruflicher Sicht. Das Bildungssystem muss daher die Hauptrolle spielen, um eine persönliche Entwicklung und soziale Einbeziehung zu sichern, die es Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erlauben wird, so unabhängig wie möglich zu sein. Die Veränderung des Bildungssystems ist der erste Schritt zu einer einbeziehenden Gesellschaft.

Der Europäische Kongress der Behinderten hat im März 2002 in seiner „Deklaration von Madrid“ den Weg gewiesen:

„Behinderung ist kein Anlass, davon betroffene Menschen von gesellschaftlicher und politischer Partizipation auszuschließen und zu bevormunden. Zur Teilnahme an gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen gehört die Beteiligung an Bildungsprozessen – im schulischen wie außerschulischen Bereich.“

Bedeutung für den Hamburger Osten

Die Bildungsmöglichkeiten für erwachsene Menschen mit Behinderung sind im Hamburger Osten kaum anders aufgestellt als im Rest der Hansestadt sowie der gesamten Bundesrepublik.

Leider gibt es für diese Zielgruppe noch immer viel zu wenige Möglichkeiten an öffentlichen Bildungsangeboten teilzunehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Hamburger Osten zu den bildungsschwachen Regionen Hamburgs gehört und somit das Thema „Bildung und Behinderung“ eine noch kleinere Rolle einnimmt. Hier sind besonders die Träger der Behindertenhilfe gefragt, Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung vehement einzufordern.

Ein kleiner Lichtblick ist die Koordinationsrunde Erwachsenenbildung Hamburg. Sie ist ein Zusammenschluss verschiedener Träger der Behindertenhilfe. Die Bildungsangebote haben das Ziel, Menschen mit Behinderung Weiterbildungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen zu eröffnen. Dabei werden für die Zielgruppe spezielle didaktische und methodische Konzeptionen umgesetzt und entsprechende organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen. Die Angebote werden kontinuierlich weiterentwickelt und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Nachfrage angepasst. Zurzeit gehören ihr Alsterdorf Assistenz Ost, Behindertenhilfe Hamburg, Lebenshilfe Landesverband Hamburg, Leben mit Behinderung und Das Rauhe Haus an. Bis vor einigen Jahren war auch die VHS Mitglied in der Koordinationsrunde und hat einige Kurse für diese Zielgruppe organisiert und durchgeführt. Leider hat die VHS diese Zusammenarbeit aufgrund fehlender Ressourcen beendet.

Die Koordinationsrunde wird durch die Behörde für Schule und Berufsbildung gefördert. Dieser Förderbeitrag, der für die direkte Kursumsetzung verwendet wird, ist seit 20 Jahren konstant. Die notwendigen Mittel für die Kooperation mit anderen Anbietern, Organisation der Kurse und Mieten für Räume müssen die jeweiligen Träger aus eigenen Mitteln finanzieren. Das bedeutet, dass in der Regel Spendengelder und Zuschüsse aus refinanzierten Hilfen eingesetzt werden müssen, wie z.B. stationäre Kostensätze. Diese Gelder fehlen dann in den entsprechenden Berei-

chen und führen nicht selten zu Erwartungen, die sich nicht immer mit den Grundsätzen der Erwachsenenbildung, wie z.B. Freiwilligkeit und Wahlmöglichkeit, vereinbaren lassen.

In der Koordinationsrunde werden seit fast 20 Jahren trägerübergreifende Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung erarbeitet und angeboten. Die Koordinationsrunde bemüht sich um ein möglichst flächendeckendes Bildungsangebot in ganz Hamburg. Damit Miet- und Organisationskosten gering gehalten werden, finden die Bildungsangebote in der Regel in Räumen der jeweiligen Träger statt.

Da sich das Stiftungsgelände des Rauhen Hauses in Horn befindet, werden hier jährlich ca. 10 Bildungskurse für Menschen mit Behinderung veranstaltet. Hinzu kommen einige Kurse der VHS in Billstedt, die nicht für Menschen mit geistiger Behinderung geeignet sind. Beratungsbedarf zu Bildungsfragen wird in der Regel von den Beauftragten der Koordinationsrunde erfüllt. Der Zugang für Menschen mit Behinderung zu weiteren Bildungsangeboten, die trägerintern oder gelegentlich von anderen Bildungseinrichtungen angeboten werden, ist in der Regel abhängig vom Hilfebedarf und von der Möglichkeit, überhaupt etwas von diesen Angeboten zu erfahren. Es gibt keine geregelten Zuständigkeiten für Bildungsangebote für Menschen mit Behinderung.

In Horn trägt die Stadtteilkonferenz dazu bei, Kooperationen der verschiedenen Träger von Bildungsangeboten voranzutreiben. Sie ist Plattform für Kontakt und Informationsaustausch. Es gibt z. B. erste Gespräche über ein Kooperationsprojekt zwischen Beschäftigung und Bildung e.V. (B+B) und dem Rauhen Haus. Bislang werden überwiegend Jugendliche ohne oder mit sehr schlechtem Schulabschluss in den beruflichen Maßnahmen von B+B qualifiziert. Denkbar ist jedoch auch die Qualifizierung von Menschen mit so genannten geistigen Behinderungen. B+B betreibt ein kleines Gästehaus in Horn, wo Jugendliche Fähigkeiten und Fertigkeiten lernen, um den Anforderungen einer Lehrstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gewachsen zu sein. Es wurde deutlich, dass die Bedarfe beider Zielgruppen gar nicht so unterschiedlich sind.

Die grundsätzliche Bereitschaft von B+B oder anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen, Menschen

mit Behinderung in ihrem Programm mit einzuschließen, reicht jedoch nicht. Die Praxis zeigt, dass notwendige Rahmenbedingungen fehlen, um dem Anspruch auf ein gemeinsames Leben und Lernen im Erwachsenenalter gerecht zu werden, unabhängig davon, ob es sich um allgemeine oder berufliche Bildung handelt. Diese Rahmenbedingungen kosten in erster Linie Geld. Die finanziellen Möglichkeiten sind jedoch sehr begrenzt.

Handlungsempfehlungen

Erwachsenenbildung mit geistig behinderten Menschen ist Bildung, nicht Pflege oder Sozialhilfe. Sie muss daher grundsätzlich aus den Etats der entsprechenden Bildungsbehörden finanziert werden.

Anerkennung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten spezifischer Bedingungen für das Lernen erwachsener Menschen mit Behinderung. Dies meint insbesondere die finanzielle Absicherung der notwendigen Lernbedingungen und Infrastrukturmaßnahmen.

Mobilitäts- und Kommunikationsbeschränkungen dürfen nicht zum Ausschluss von Bildungseinrichtungen führen.

Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen öffentlicher Träger müssen sich auch an die Zielgruppe der Menschen mit Behinderung richten.

Das Recht auf Bildungsurlaub muss Menschen mit Behinderung zweifelsfrei eingeräumt werden.

Es bedarf Bildungsreferenten in Festeinstellung, die die Interessen der Zielgruppe vertreten und koordinieren.

Die Mehrkosten für die Ermöglichung der Teilnahme an Angeboten (z.B. Fahrdienste, Assistenz, Kommunikationshilfen) müssen für behinderte Teilnehmer kostenneutral erstattet werden.

Qualitätssicherung soll durch Aus- und Weiterbildung der Kursleiter erreicht werden.

Freie nichtkommerzielle Bildungsprojekte bieten Anstöße zur Innovation und sollen gefördert werden.

Die oben genannten Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an die Stadt. Auch die Verbände und Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie der Erwachsenenhilfe müssen jedoch Egoismen überwinden, um im Sinne eines flächen- und bedarfsdeckenden Erwachsenenbildungsangebotes zusammenzuarbeiten. Dabei sollen Vielfalt und Verschiedenheit nicht nivelliert sondern garantiert werden.

Handlungsempfehlungen

Es bedarf:

Der strukturellen Absicherung von Bildung in den Institutionen der Behindertenhilfe.

Stärkung der trägerübergreifenden, möglichst regionalen Vernetzung aller Anbieter von Erwachsenenbildung.

Für alle in der Erwachsenenbildung tätigen Personen muss eine regelmäßige qualifizierte Weiterbildung erreicht werden.

Zur Angebotsplanung, Bedarfsabstimmung und Konzept- wie Qualitätsentwicklung sollen trägerübergreifende regionale Koordinierungsstellen mit hauptamtlich besetztem Personal eingerichtet und strukturell abgesichert werden.

Menschen mit Behinderung sollen in die Planungsarbeit, in die konkrete Verwirklichung und in den laufenden Betrieb der Erwachsenenbildung konstruktiv, projektbezogen und auf Dauer einbezogen werden.

Quellen:

Berliner Manifest, Erwachsenenbildung und Behinderung, 6. Internationale Tagung der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (1995)

Grundsätze und Standpunkte der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (2003)

Bildung für alle, Broschüre mo.bi.le, EU-Bildungsprogramm Sokrates-Grundtvig1 (2004)

Das vorliegende Konzept wurde den Delegierten der Koordinationsrunde Erwachsenenbildung Hamburg vorgelegt und wird von Ihnen unterstützt.



■ ReferentInnen der Fachgespräche

■ Frühkindliche Bildung

- Jenni Runge, Spielhaus Horner Landstraße, Frühkindliche Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Klaudia Wöhlk, Kita Bauerberg, Kita, weil wir es wissen wollen

■ Übergang Kita-Grundschule-

- Ingo Benze, Das Rauhe Haus, Modellprojekt „Übergang Kita-Grundschule“ (Rauhes Haus/Billenetz)
- Dirk Erdmann, Grundschule Rahewinkel, Bildungsrichtlinien und Schulgesetze zum Übergang Kita-Grundschule

■ Leseförderung

- Elke Andresen, Gesamtschule Horn, Modellprojekt „Lesewettbewerb“ an der GS Horn
- Susanne Märtens, Bücherhalle Horn, Angebote der Bücherhallen zur Leseförderung
- Klaudia Wöhlk, Kita Bauerberg, Kinder-Spiel im Alter von 3-4 Jahren und Leseförderung

■ Elternarbeit

- Heidi Böhm, Bewohnerin, Angebote der Elternarbeit sind eine große Hilfestellung
- Nina Bürstenbinder, Elternschule Horner Geest, Überblick über Themenfelder der Elternarbeit
- Katja Röschmann, Das Rauhe Haus, Elternbildungsangebote in der Kinder- und Jugendhilfe
- Regina Schlage, Internationaler Bund, Modellprojekt „Elterncafé an der Schule Hermannstal“
- Ines Weding, Das Rauhe Haus, Elternbildungsangebote in der Kinder- und Jugendhilfe

■ Familienbildung

- Bewohnerinnender Horner Geest, Elternschule Horner Geest, Präsentation: Familienbildung in der Praxis
- Barbara Löptien, Evangelische Familienbildungsstätte Horn, Grundlagen der Familienbildung

■ Übergang Schule-Beruf

- Ingrid Heldmann, Integrierte Haupt- und Realschule Hermannstal, Überblick über Berufsorientierungsangebote der Schule Hermannstal
- Norbert Steffen, Gesamtschule Mümmelmansberg, Überblick über Berufsorientierungsangebote der Gesamtschule Mümmelmansberg
- Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg / Billenetz, Systematisierung von Maßnahmen beim Übergang Schule-Beruf

■ Sprachförderung und Integration

- Katrin Koldewey, Das Rauhe Haus, KiFaZ Dringsheide, Niederschwellige Sprachkurse als „Vorschule des Lernens“
- Tina Lakemeier, AWO Integrationszentrum Billstedt, Überblick über die neuen Regelungen und die Angebote bei Integrationskursen

■ Interkulturelle Bildung

- Maha Al-Asiri, basis und woge e.V., Modellprojekt „Brückenbau“
- Maria Engst, basis und woge e.V., Modellprojekt „Brückenbau“
- Ute Grütter, Jugendmigrationsdienst der AWO, Modellprojekt „Integrationscoach“
- Regine Hartung, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Interkulturelle Bildung an Schulen
- Mariam Jaqubi, Jugendmigrationsdienst der AWO, Modellprojekt „Integrationscoach“
- Dr. Christine Tuschinsky, verikom, Definition des Begriffs „Interkulturelle Bildung“

■ Kulturelle Bildung

- Dörte Inselmann, Kulturpalast im Wasserwerk e.V., Kulturelle Bildung am Beispiel der „Klangstrolche“ und der „HipHop Academy“

ReferentInnen der Fachgespräche

Gesundheitsbildung

- Raimund Menzel, Das Rauhe Haus, KiFaZ Dringsheide, Angebote der Gesundheitsbildung für MigrantInnen
- Karin Naeve, AWO Seniorentreff Billstedt, Gesundheitsbildung in Senioreneinrichtungen
- Randi Spitzer, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Überblick über die Angebote der Mütterberatungsstellen

Allgemeine und politische Weiterbildung

- Dr. Hannelore Bastian, Hamburger Volkshochschule, Förderung allgemeiner und politischer Weiterbildung für bildungsferne Gruppen
- Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg / Billenetz, Politische Bildung und lokale Entwicklungsprozesse

Seniorenbildung

- Ulrich Kluge, Seniorenbüro Hamburg, Wichtige Aspekte bei der Seniorenbildung
- Irmgard Wolff, Landesseniorenbeirat Hamburg, Brauchen wir Kultur und Bildung im Alter?

Positionspapier zu Bildungsangeboten für geistig behinderte Menschen

- Maren Röse, Das Rauhe Haus, Überblick über Bildungs-Angebote für geistig behinderte bzw. lernbehinderte Menschen

TeilnehmerInnen der Fachgespräche

- Elke Agel, Kita Arche Noah
- Maha Al-Asiri, basis + woge e. V., Projekt „Brückenbau“
- Mathilda Amponsah, Schule Hermannstal
- Andreas Andresen, Jugendbildung Hamburg
- Elke Andresen, Gesamtschule Horn
- Annika Arens, TIMO-Jugendclub
- Renate Arndt, Billenetz
- Behice Aykurt, bilim Integrationskurse
- Dr. Hannelore Bastian, Hamburger Volkshochschule
- Cornelia Baumeister, Wichern-Schule Abt. Grund-/Realschule
- Eva Becker, Kita Sturmvogelweg
- Anna Behncke, Schule Speckenreye
- Petra Behrsing, Das Kleine Hoftheater
- Mirjam Beleites, Schule Hermannstal
- Ingo Benze, Das Rauhe Haus – Schule Rahewinkel
- Ines Weding, Das Rauhe Haus
- Jürgen Beste, Schule Steinadlerweg
- Gunild Blenski, Förderschule Hauskoppelstieg
- Heike Böhm, BewohnerIn
- Claudia Borchert, Gesamtschule Horn – Vorschule
- Albert Borde, Das Rauhe Haus Kinder-/Jugendhilfe
- Ingo Böttcher, Journalist
- Helmut Brauer, Schule Beim Pachthof
- Jutta Braun, Kurt-Körper-Gymnasium
- Lothar Burkschat, Vor- u. Grundschule Arche
- Arne Burmeister, Schule Wendenstraße
- Nina Bürstenbinder, Elternschule Horner Geest
- Katrin Busche, Kompetenzagentur Hamburg-Mitte
- Herr Carstens, Stadtteilprojekt Sonnenland
- Marco Czech, Schule Stengelestraße
- Marcus Donath, REBUS Billstedt
- Marianne Dotzek, Elternschule Horner Geest
- Julia Drexelius, Gesamtschule Mümmelmannsberg
- Rüdiger Drozdowski, Bezirksamt Hamburg Mitte, Fachamt Sozialraummanagement
- Detlev Eggers, Wichern-Schule
- Maria Engst, basis + woge e.V.
- Dirk Erdmann, Schule Rahewinkel
- Telse Evers, Gymnasium Hamm
- Nicole Fandré, Das Rauhe Haus – Schule Sterntalerstraße
- Detlef Fickermann, Behörde für Schule und Berufsbildung, Amt für Bildung
- Peter Fischer, Gesamtschule Horn
- Brigitte Fleige, Bücherhalle Billstedt
- Dörte Frevel, Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
- Monika Friedrich-Wussow, Hamburger Volkshochschule

■ TeilnehmerInnen der Fachgespräche

- Martin Garske, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Zuwanderung und Integration
- Maike Gelling, Projekt Lesezeit der Bürgerstiftung Hamburg
- Rainer Gelling, Schule Steinadlerweg
- Magdalena Gobelius, VHS – Billstedt
- Eva-Maria Gomolzig, TIMO Seniorenentretf und Seniorenentretf Martin
- Ilse Grant, HoG ´sMittkids Jugendzentrum Horner Geest
- Anneke Gräper, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Julia Grebner, Behörde für Schule und Berufsbildung
- Gerda Großmann, AWO – Seniorenentretf u. Seniorenlotse
- Ute Grütter, AWO Migration gGmbH - Integrationszentrum -
- Jürgen Haasper, St. Paulus Gemeinde
- Rezwaneh Hamidi, Schule Hermannstal
- Ute Hantelmann, Zentrale für Ernährungsberatung e. V.
- Ragna Hapel, Förderschule Hauskoppelstieg
- Regine Hartung, Landesinstitut für Lehrerbildung
- Babette Haß, Schule Hermannstal
- Gabriele Haynes-Hasanagic, Bündnis 90/Die Grünen
- Marianne Heimfarth, steg Hamburg
- Detlef Heinke, Billenetz - Leseförderung
- Ingrid Heldmann, Schule Hermannstal
- Anneliese Herberzt, Schule Steinadlerweg
- Christa Herrmann, KISS-Altona
- Anna-Lena Heyer, Schule Fuchsbergredder
- Angelika Hoffmann, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Sozialraummanagement
- Annette Huber, Literaturkontor „Buchstart“
- Tilman Hübner, Staatl. Jugendmusikschule Hamburg
- Mareike Hülpenhaus, Behörde für Schule und Berufsbildung, Amt für Bildung
- Katja Husen, GAL-Bürgerschaftsfraktion
- Dörte Inselmann, Kulturpalast im Wasserwerk e. V.
- Viviane Jeschkowski, Spielhaus Horner Rennbahn
- Wiebke Johannsen, Billenetz, Studentin Ev. Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie
- Thomas Juhl, REBUS Billstedt
- Brigitte Jung, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Elvira Kantarevic, Kompetenzagentur Hamburg-Mitte
- Astrid Kaspercyk, Kita Druckerstraße
- Gerlinde Khawaja, Bücherhalle Mümmelmannsberg
- Dogan Kilickaja, Jugendzentrum Horner Geest e. V.
- Nicole Kistenbrügger, team.arbeit.hamburg
- Dr. Adrian Klenner, Schule Beim Pachthof
- Ulrich Kluge, Seniorenbüro Hamburg e.V.
- Brigitte Knees, Kita Druckerstraße
- Katrin Knizia, Kinderhaus Mümmelmaus
- Lothar Knode, GAL-Fraktion Hamburg-Mitte
- Elfriede Koch, Kita Hermannstal
- Rainer Köker, Kurt-Körper-Gymnasium
- Katrin Koldewey, Das Rauhe Haus KiFaZ Dringsheide
- Konstanze Krebs, Gesamtschule Horn
- Susanne Kühn, Schule Sterntalerstraße
- Jacqueline Kupko, Kinderhaus Mümmelmaus
- Tina Lakemeier, AWO Integrationszentrum
- Eddi Lamotte, Haus der Jugend Öjendorf
- Ingrid Lange-Bohaumilitzky, Bücherhallen Hamburg
- Alexandra Laske, Schule Sterntalerstraße
- Regine Last, Schule Steinbeker Marktstraße
- Susann Lau, Gesamtschule Horn
- Angelika LePrince, Schule Wendenstraße
- Frauke Lerch, Kita JuKiCo
- Witold Lesner, Vitanas Seniorenzentrum
- Marion Lewes, Elternschule Mümmelmannsberg
- Alexandra Leydecker, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Sozialraummanagement
- Anne Lieckfeldt, Schule Hauskoppelstieg
- Frank Lindner, M.A.R.E e.V.
- Berend Loges, Zentrum Schule-Wirtschaft
- Annemarie Loley, FIPS Mümmelmannsberg
- Barbara Löptien, Evangelische Familienbildungsstätte Horn
- Zena Lüdtke, AWO Sonnenland
- Heike Lüken, Stadtkultur Hamburg e.V.
- Axel Mangat, TIMO-Jugendclub STOB
- Susanne Märtens, Bücherhalle Horn
- Petra Meier-Ehlers, Bücherhallen Hamburg
- Holger Ment, Spielhaus Speckenreye
- Michael Mentz, Quartiersentwicklung Horner Geest
- Raimund Menzel, Das Rauhe Haus KiFaZ Dringsheide
- Rudolf Menzel, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Christine Michalski, KiGa Falkennest
- Dagmar Müller, Schule An der Glinder Au
- Lena Müller, Studentin Ev. Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie

TeilnehmerInnen der Fachgespräche

- Anna-B. Müller-Heidtkamp, Förderschule Hauskoppelstieg
- Wolfgang Müns, Carl-Toepfer-Stiftung Bibliothek f. Niederdeutsch
- Karin Naeve, AWO - Seniorentreff u. Seniorenlotse
- Silvia Nissen, Kita Horner Strolche
- Tabea Noack, Uni Hildesheim
- Sabine Nusser, foerdern + wohnen
- Andreas Oehme, Uni Hildesheim
- Bernd Ohde, AWO Horn und GO EAST
- Lars Omland, Jugendetage
- Susanne Otto, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Dr. Gottfried Pareigis, Gesamtschule Öjendorf
- Michaela Pfau, Jugendverein Dringsheide
- Sarah Picard, Koordinierungsstelle Ausbildung
- Ines Porepp, Haus der Jugend Öjendorf
- Petra Purrucker, Schule Speckenreye
- Petra Radi, Kinderhaus Mümmelmaus
- Elke Reimer, Ev. Kindergarten Steinbek
- Monika Renz, Landesinstitut für Lehrerbildung
- Helmuth Rick, Schule Sterntalerstraße
- Christine Robertson, Gesamtschule Horn
- Klaus-Dieter Roger, Bücherhalle Billstedt
- Christiane Roling, Schule Steinbeker Marktstraße
- Nicole Romppel, Elternschule Mümmelmannsberg
- Katja Röschmann, Das Rauhe Haus
- Christa Rosenboom, SBB Kompetenz gGmbH
- Bettina Rosenbusch, Billenetz
- Uschi Roth, Stadtteilverein Horn
- Dr. Christa-Maria Ruf, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit
- Jenni Runge, Spielhaus Horner Landstr.
- Uwe Rütz, Autohaus Rütz e.K.
- Herbert Rzepus, St. Paulus Gemeinde
- Martina Saalman, Heinrich-Braune-Kinderhaus
- Bettina Sassenberg, Schule Speckenreye
- Hassan Sattarian, Haus der Jugend Mümmelmannsberg
- Birgit Schaefer, Behörde für Schule und Berufsbildung, Amt für Bildung
- Axel Schaper
- G. Scheel, Heinrich-Braune-Kinderhaus
- Sabine Scheller, Plus Punkt GmbH
- Marianne Scherbath, Billenetz - Leseförderung
- Wiebke Scheuermann, Schule Stengelestraße
- Jochen Schindlbeck, Kulturpalast im Wasserwerk e. V.
- Regina Schlage, Internationaler Bund
- Christine Schley, Schule Stengelestraße
- Bernd Schmidt, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Ursula Schmidt-Paul, Mehrgenerationenhaus
- Nicolas Schroeder, ProQuartier
- Gisla Schulze, Bezirksamt Hamburg Mitte, Jugendamt Region II
- Birgit Schumann, Elternschule Billstedt
- Kerstin Schumann, Arbeit und Leben Hamburg e.V.
- Ruth Schütte, Gymnasium Hamm
- Nils Schwemann, Internationaler Bund
- Andrea Sensenschmidt, Körber Stiftung, Bereich Bildung
- Birgit Sokolowski, Elternschule Mümmelmannsberg
- Randi Spitzer, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Mütterberatung
- Norbert Steffen, Gesamtschule Mümmelmannsberg
- Krimhild Strenger, steg Hamburg
- Elke Thiel, KiGa Falkennest
- Jürgen Tiburtius, Schule Möllner Landstraße
- Wolfgang Tiedtke, Bücherhallen Hamburg
- Edgar Toth, HT 16
- Sabine Treu, Förderschule Hauskoppelstieg
- Christine Tuschinsky, Verikom
- Britta Uhlig, ProQuartier
- Jutta Vis, HT 16
- Werner Vogel, Kunst- und Kulturtage Mümmelmannsberg
- Katinka Weickardt, Schule Stengelestraße
- Holger Weidemann, Schule Beim Pachthof
- Martin Werner, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Sozialraummanagement
- Karin Wienberg, Stadtteilverein Horn e. V.
- Rüdiger Winter, Arbeit und Leben - Billenetz
- Nils Wodzak, Schule Präbenweg
- Klaudia Wöhlk, Kita Bauerberg
- Irmgard Wolff, Landessenorenbeirat Hamburg
- Pia Wolters, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Jugend und Soziales
- Patricia Yagli, AWO Sonnenland
- Mariam Yaqubi, AWO Migration gGmbH - Integrationszentrum -
- Barbara Zielkowski, VSK-Kath. Schule Hammer Kirche
- Litha zu Knyphausen-Kloß, Mentor - Die Leselernhelfer



Billenetz

Billstedter Hauptstraße 97
22117 Hamburg

Tel. 040 2190 2194
Fax 049 2104 0693

www.billenetz.de